

(A)

(C)

135. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 26. Oktober 2011

Beginn: 12.11 Uhr

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Sitzung ist eröffnet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie herzlich zur 135. Sitzung des Bundestages.

Interfraktionell ist vereinbart worden, die **heutige Tagesordnung** um die Beratung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf der Drucksache 17/7359 zu **erweitern**. Dieser Zusatzpunkt soll zusammen mit dem ersten Tagesordnungspunkt aufgerufen werden. Außerdem ist vorgesehen, die Wahl der Mitglieder des Gremiums gemäß § 3 Abs. 3 des Stabilisierungsmechanismusgesetzes – das ist unser Tagesordnungspunkt 7 – auf heute vorzuziehen. Die Wahl soll im Anschluss an die im Zusammenhang mit der Regierungserklärung vorgesehenen namentlichen Abstimmungen erfolgen. Nach der Fragestunde ist dann noch eine von der Fraktion Die Linke verlangte Aktuelle Stunde zur Steuerpolitik geplant.

(B)

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Zum Steuerchaos! – Gegenruf des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie? Redet der Seehofer da für euch? – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

– Ich habe keinen Zweifel daran, dass die Zwischenrufe, wie meistens, im Protokoll erfasst sind, sodass sie hier nicht wiederholt werden müssen.

(Sigmar Gabriel [SPD]: Schade, Herr Präsident!)

Ich stelle jedenfalls Einvernehmen zu den von mir gerade vorgetragenen beabsichtigten Veränderungen fest. Dann können wir so verfahren.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 1 sowie den gerade aufgesetzten Zusatzpunkt 1 auf:

- 1 Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin

zum Europäischen Rat und zum Eurogipfel am 26. Oktober 2011 in Brüssel

ZP 1 Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Gerhard Schick, Fritz Kuhn, Dr. Thomas Gambke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einsetzung einer Kommission des Deutschen Bundestages zur Regulierung der Großbanken

– Drucksache 17/7359 –

Überweisungsvorschlag:

Finanzausschuss (f)

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Haushaltsausschuss

Zu der Regierungserklärung liegen mehrere Entschließungsanträge vor. Wir werden mindestens drei namentliche Abstimmungen im Anschluss an die Regierungserklärung haben. Stellen Sie sich darauf bitte schon einmal ein.

(D)

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache im Anschluss an die Regierungserklärung 90 Minuten vorgesehen. – Auch hierzu höre ich keinen Widerspruch. Dann können wir das so handhaben.

Das Wort zur Abgabe einer Regierungserklärung erhält nun die Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor gut drei Jahren löste die Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers den größten Börsencrash der Nachkriegszeit aus. Was als amerikanische Immobilienkrise begann, entwickelte sich rasch zu einer globalen Finanzkrise. Gemeinsame Anstrengungen der Bundesregierung und des Bundestages haben damals verhindert, dass Deutschland in eine tiefe Rezession geriet. Den Bürgerinnen und Bürgern hat die Krise dennoch viel abverlangt: wirtschaftliche Einbußen, aber auch Geduld und Vertrauen.

Heute können wir festhalten: Unsere gemeinsamen Anstrengungen haben sich gelohnt; denn Deutschland ist

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) stärker aus der globalen Finanzkrise hervorgegangen, als es in sie hineingegangen ist. Wir können uns über ein beachtliches Wirtschaftswachstum freuen. Und vor allen Dingen ist die Arbeitslosigkeit so gering wie seit 20 Jahren nicht mehr.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Klar ist aber auch: Deutschland kann es auf Dauer nicht gut gehen, wenn es Europa schlecht geht. Deshalb ist jetzt das wichtigste Anliegen der Bundesregierung, dass auch Europa stärker aus der Krise hervorgeht, als es in sie hineingekommen ist. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger als: Europa muss eine Stabilitätsunion werden. Was heißt das?

Das bedeutet erstens: Wir müssen die akute Krise bewältigen. Dazu müssen wir tragfähige Lösungen für die Länder finden, die eine zu hohe Verschuldung aufweisen, und damit die Fehler der Vergangenheit korrigieren. Gleichzeitig müssen wir verhindern, dass sich die Krise immer weiter auf andere Länder ausbreitet.

Genauso wichtig wie das Erstgesagte ist zweitens: Wir müssen Vorsorge für die Zukunft treffen. Dazu müssen wir die Ursachen dieser Krise entschlossen an ihrer Wurzel packen. Das ist die übermäßige Verschuldung, aber auch die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit einiger Euro-Mitgliedstaaten. Das bedeutet nichts anderes, als dass wir die Fundamente der Wirtschafts- und Währungsunion maximal verstärken müssen.

- (B) Jede dieser beiden von mir genannten Herausforderungen ist für sich genommen schon relativ groß. Wir müssen jedoch auf diese Herausforderungen gleichzeitig überzeugende Antworten finden, wenn die Wirtschafts- und Währungsunion ihre Belastungsprobe bestehen und dauerhaft gestärkt aus ihr hervorgehen will. Ich glaube, wir sind uns einig: Dies ist die größte Belastungsprobe der Wirtschafts- und Währungsunion, die es je gegeben hat.

(Zuruf von der LINKEN: Wahrscheinlich nicht die letzte!)

Bei der Formulierung der Antworten sind wir am vergangenen Wochenende in den Beratungen der Finanzminister und der Staats- und Regierungschefs ein gutes Stück vorangekommen, und ich werde mich heute Abend dafür einsetzen, dass wir insgesamt zu tragfähigen Entscheidungen kommen. Die Probleme, mit denen wir es zu tun haben, haben ihren Ursprung zum Teil weit vor Ausbruch der aktuellen Krise. Dieses wurde jedoch interessanterweise sowohl von den Märkten, aber eben leider auch von der Politik viel zu lange ignoriert.

Die Wahrheit ist: Jahrelang war es möglich, Schulden zu machen, ohne dass es Sanktionen der Märkte in Form von erhöhten Zinsen gab oder die Sanktionen im Stabilitäts- und Wachstumspakt, die eigentlich dafür vorgesehen sind. Jahrelang war es möglich, notwendigen Reformen auszuweichen und in der Wettbewerbsfähigkeit zurückzufallen. Zur Wahrheit gehört auch, dass die für die Angleichung der Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der Europäischen Union vorgesehenen Fonds – die Struktur-

- kungen geführt und gerade nicht das gewünschte Ergebnis gezeitigt haben. Mit diesem jahrelangen Reformstau haben wir jetzt zu kämpfen. Deshalb wäre es völlig unseriös, zu behaupten, das könne man über Nacht einfach auflösen. (C)

Aber es gibt auch positive Nachrichten. Vor allem Irland ist wieder auf einem guten Weg, Portugal ist fest entschlossen, sein Anpassungsprogramm durchzusetzen, und die griechische Regierung hat in den letzten Monaten mit dringend notwendigen Reformen begonnen. Es ist auch einmal der Erwähnung hier wert, dass den Menschen in Griechenland viel abverlangt wird. Sie verdienen unseren Respekt, und sie verdienen vor allen Dingen eine tragfähige Zukunftsperspektive in der Euro-Zone.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dennoch: Es ist noch sehr viel zu tun, um die Probleme Griechenlands in den Griff zu bekommen. Die sogenannte Troika aus Vertretern von Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds überwacht die Umsetzung des Programms und bewertet, ob Griechenland seine Schuldenlast grundsätzlich tragen kann. Aus dem inzwischen vorliegenden neuesten Bericht der Troika müssen wir jetzt die richtigen Schlüsse ziehen. Der Bericht zeichnet auf der Basis der Erfahrungen von inzwischen anderthalb Jahren ein realistisches Bild der Lage Griechenlands. Das ist insbesondere das Verdienst des IWF und seiner neuen Direktorin, Christine Lagarde, der ich an dieser Stelle ausdrücklich danken möchte.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP) (D)

Der Troika-Bericht verdeutlicht, dass Griechenland erst am Anfang eines langen und schwierigen Weges steht. Er verdeutlicht auch, dass der Privatsektor einen erheblichen Beitrag leisten muss, um die Schuldenfähigkeit Griechenlands nachhaltig zu verbessern. Das Ergebnis lautet auch: Die Maßnahmen, die wir am 21. Juli 2011 im Europäischen Rat auf der Grundlage der damals vorliegenden Ergebnisse beschlossen haben, sind heute nicht mehr tragfähig. Das Ergebnis der heutigen Beratungen muss sein – das ist das Ziel –, dass die Schuldenfähigkeit Griechenlands so ausgestaltet wird, dass Griechenland im Jahr 2020 auf einen Schuldenstand von 120 Prozent Verschuldung des Bruttoinlandsprodukts kommt. Das geht nicht, ohne dass sich der private Sektor in erheblich größerem Umfang an den Lasten beteiligt, als das am 21. Juli 2011 vorgesehen war.

(Dr. Ilja Seifert [DIE LINKE]: Das war damals schon klar!)

Ein Schuldenerlass allein – das will ich hier ganz deutlich sagen –, egal wie er ausgestaltet ist, löst allerdings die Probleme Griechenlands nicht. Schmerzhaft und notwendige Strukturreformen müssen konsequent umgesetzt werden. Sonst stehen wir trotz Schuldenerlass nach kurzer Zeit wieder da, wo wir heute stehen. Das muss immer klar sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) Deshalb ist das Prinzip, das wir von Anfang an anwenden, richtig: Hilfen kann es nur geben, wenn der Empfänger Eigenverantwortung übernimmt. Hilfen müssen immer an strenge Bedingungen geknüpft sein.

Meine Damen und Herren, auf diesem Weg müssen wir Griechenland mit Sicherheit noch eine ganze Zeit begleiten. Ich glaube – auch darüber werden wir heute sprechen –, es reicht nicht aus, dass alle drei Monate eine Troika kommt und wieder geht. Es wäre wünschenswert, dass eine permanente Überwachung in Griechenland stattfindet.

(Zuruf von der LINKEN: Genauso wie bei uns!)

Genauso sind wir verpflichtet, alles dafür zu tun, dass Griechenland die Möglichkeit gegeben wird, wieder zu wachsen. Das bedeutet natürlich auch: Investitionen unter wahrscheinlich verbesserten Voraussetzungen. Deshalb gibt es eine EU-Mission unter Leitung des Deutschen Horst Reichenbach. Deshalb gab es die Reise des Bundeswirtschaftsministers nach Griechenland – mit einer Vielzahl potenzieller Investitionen deutscher Unternehmen im Gepäck.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Als ob die Griechen darauf angewiesen sind!)

Und deshalb gibt es auch ein Treffen der Vertreter deutscher und griechischer Kommunen in der nächsten Woche. Sie wollen darüber beraten, wie sie sich gegenseitig helfen können.

(B)

Ich sage ausdrücklich – ich glaube, ich sage das in Ihrer aller Namen –: Wir wollen, dass Griechenland schnell auf die Beine kommt. Wir werden in allen Bereichen das tun, was uns möglich ist, im Sinne der deutsch-griechischen Partnerschaft.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ein Schuldenschnitt für Griechenland, das heißt eine Beteiligung der privaten Gläubiger, bedeutet, egal wie er aussieht, dass wir gleichzeitig auch eine Lösung finden müssen, um systemische Risiken zu vermeiden, das heißt, um zu vermeiden, dass andere Länder aufgrund dieses Vorgangs angesteckt werden. Deshalb müssen wir zwei Wege beschreiten.

Wir müssen dafür sorgen – das ist der eine Weg –, dass die Banken das Vertrauen ineinander nicht verlieren. Deshalb wurde am vergangenen Wochenende eine stärkere Rekapitalisierung der Banken von den Finanzministern auf der Grundlage der Vorschläge der europäischen Bankenaufsicht beschlossen. Diese ist unbedingt notwendig und wird ein ganz wichtiges Element sein, um eine solche Ansteckung zu verhindern. Wenn wir diese Rekapitalisierung der Banken durchführen, dann gilt die folgende Reihenfolge – das ist klar –: Zuerst sind die Banken aufgefordert, die Kapitalisierung aus eigener Kraft zu leisten, an zweiter Stelle müssen die Nationalstaaten helfen, und nur dann, wenn die Stabilität des Euro insgesamt in Gefahr ist, weil ein Nationalstaat das

nicht leisten kann, kann es in Betracht kommen, dass die EFSF dazu herangezogen wird. Das ist die Reihenfolge. (C)

Ein zweites wichtiges Element, um die Ansteckungsgefahr zu verhindern, ist der sogenannte Schutzwall, über den wir jetzt sehr viel gesprochen haben. Sie können es auch Firewall nennen, wenn Sie des Englischen mächtig sind;

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

ich wollte mich allerdings deutsch ausdrücken, was sicherlich hilfreich ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Hierzu müssen wir – das ist der zweite Weg – alle anderen Länder von den Ansteckungsgefahren, die von Griechenland ausgehen können, abschirmen. Dazu sage ich: Unabdingbar, bevor wir solche Abschirmungen vornehmen, ist erst einmal, dass jedes Land, das davon betroffen sein könnte, seine Hausaufgaben macht und mit zusätzlichen Maßnahmen versucht, eigene Solidität zu beweisen. Auch darüber wird zuerst gesprochen.

Nun geht es um die Formen der Abschirmung; darüber ist schon viel geredet worden. Die EFSF hat jetzt eine effektive Kapazität von 440 Milliarden Euro; das haben wir hier beschlossen. Deutschland übernimmt dabei Garantien in Höhe von 211 Milliarden Euro. Dabei bleibt es: sowohl hinsichtlich des Gesamtvolumens der EFSF als auch der Obergrenze der deutschen Garantien.

In unserer heutigen Beratung geht es darum, dass die EFSF mit dieser Kapazität eine möglichst große Wirkung bei der Verhinderung von Ansteckungsgefahren erzielt. Die Wirkung dieser Abschirmung muss groß genug sein. Es hat eine umfassende öffentliche Diskussion dazu gegeben. Ich sage noch einmal – das ist ganz wichtig in diesem Zusammenhang –: Alle Modelle, die eine Beteiligung der Europäischen Zentralbank voraussetzen, sind vom Tisch und heute nicht Gegenstand der Beratung. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie widersprechen den europäischen Verträgen. Ich habe klar gemacht, dass solche Lösungen mit der Bundesregierung nicht infrage kommen.

(Zuruf von der LINKEN: Der größte Unsinn!)

Nun werden zwei Optionen ohne Beteiligung der Europäischen Zentralbank verfolgt: erstens die Teilabsicherung neuer Staatspapiere des betreffenden Euro-Staates und zweitens die Schaffung der Möglichkeit zur Beteiligung von privaten und öffentlichen Investoren an der Finanzierung von Maßnahmen, also an der EFSF. Beide Optionen können nur im Rahmen der für die EFSF vereinbarten Instrumente Anwendung finden. Damit ist auch sichergestellt, dass die geltenden klaren Prinzipien der EFSF immer Anwendung finden. Der Mitgliedstaat muss einen Antrag auf Hilfe stellen, es wird ein Memorandum of Understanding ausgehandelt, und darin wird eine strenge Konditionalität der Hilfen vereinbart.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) Der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung müssen der Gewährung einer Hilfe im Einzelfall und damit der Anwendung einer der beiden Optionen zustimmen, und zwar in der Form, die die Vorschläge für das parlamentarische Vorgehen beinhalten. Über beide Optionen wird der Bundestag heute politisch im Grundsatz befinden, über beide Optionen werden wir heute Abend im Rahmen des Treffens der Staats- und Regierungschefs noch einmal politisch im Grundsatz beraten und sie beschließen. Selbstverständlich werden die Leitlinien, wenn sie vorliegen, anschließend entsprechend dem parlamentarischen Verfahren hier im Deutschen Bundestag beraten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Darüber hinaus besteht auf europäischer Ebene Konsens, mit dem Internationalen Währungsfonds Gespräche darüber zu führen, wie der IWF über das heutige Maß hinaus zur Stabilisierung der Euro-Zone beitragen kann, und zwar mit Blick sowohl auf seine Expertise als gegebenenfalls auch auf seine Finanzierungsinstrumente.

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, weil es für die Beschlussfassung von heute wichtig ist: Wer auch immer möchte, dass sich private Gläubiger an der Schuldentragfähigkeit Griechenlands beteiligen, der muss Sorge dafür tragen, dass eine Abschirmung, ein Schutz gegenüber Ansteckungsgefahren mit beschlossen wird. Alles andere ist grob unverantwortlich.

- (B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich habe es gesagt: Die Bundesregierung will, dass die Wirtschafts- und Währungsunion zu einer Stabilitätsunion wird. Deshalb müssen wir neben der Bewältigung der akuten Krise natürlich auch Vorsorge für die Zukunft treffen, und zwar dadurch, dass die Euro-Mitgliedstaaten mehr gemeinsame Verantwortung übernehmen. Dazu haben wir bereits erste Schritte gemacht, zum Beispiel mit dem Euro-Plus-Pakt, mit dem die Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone freiwillige Verpflichtungen eingegangen sind, Strukturreformen durchzuführen. Das bedeutet: Wettbewerbsfähigkeit ist jetzt auch in der Europäischen Union Chefsache. Mit dem neuen, gerade in Kraft getretenen Verfahren zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte können Wettbewerbschwächen früher erkannt und auch behoben werden. Auch die Struktur- und Kohäsionsfonds müssen in Zukunft mehr dahin gehend eingesetzt werden, dass sie wirklich der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit dienen.

Aber ich sage auch – darauf werden wir im weiteren Verfahren achten –: Wirtschaftliche Ungleichgewichte sind noch nicht als solche schlecht. Wenn ein Überschuss entsteht, weil ein Land wettbewerbsfähiger als ein anderes ist, dann darf das natürlich nicht infrage gestellt und nivelliert werden, genauso wie unterschiedliche Zinsen Ausdruck unterschiedlicher Stärke sind.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie des Abg. Manfred Zöllmer [SPD])

- (C) Wir haben den Stabilitäts- und Wachstumspakt verschärft. Sanktionen setzen früher ein. Sie sind effektiver. Der Pakt bekommt jetzt sehr viel mehr Biss. Insofern haben wir hier eine Trendumkehr eingeleitet.

Zudem haben der französische Präsident und ich vorgeschlagen – auch darüber werden wir sprechen –, dass sich Parlamente, wenn die Europäische Kommission im Rahmen des Europäischen Semesters bei der Überprüfung der Haushalte Kritik äußert, freiwillig verpflichten, diese bei der Umsetzung im nationalen parlamentarischen Verfahren zu berücksichtigen, und dass sich alle Euro-Mitgliedstaaten verpflichten, eine Schuldenbremse in ihrer Verfassung aufzunehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Die Diskussion darüber ist in vollem Gange. Ich finde es absolut bemerkenswert, dass ein Land wie Spanien noch kurz vor den Wahlen seine Verfassung geändert hat, um eine solche Schuldenbremse aufzunehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Da sind ja auch Sozialdemokraten in der Verantwortung!)

(D) Wir verschärfen und verbessern damit europäische Verfahren. Diese ergänzen und verstärken wir durch Selbstverpflichtungen, wie ich es eben gesagt habe. Wir schöpfen damit den Rahmen der geltenden europäischen Verträge weitestgehend aus. Die Probleme, vor denen wir heute stehen, müssen und können heute in diesem Rahmen gelöst werden. Aber ich sage auch: Wir brauchen mehr. Es ist meine feste Überzeugung, dass wir über diesen Ansatz hinausgehen müssen.

Es ist im Übrigen auch so: Wenn die internationale Öffentlichkeit auf uns in Europa schaut, dann will sie auch wissen, wie die Entwicklung der Europäischen Union mittelfristig weitergeht, weil sie Sicherheiten braucht, dass der Euro-Raum zusammensteht, seine Wettbewerbsfähigkeit verbessert und die Stabilitätskultur stärkt.

Deshalb werden wir die europäischen Verträge ändern müssen.

(Zuruf von der LINKEN: Aha!)

Dafür hat sich der Bundesaußenminister am Samstag, und dafür habe ich mich am Sonntag eingesetzt, und zwar dahin gehend, dass wir – das wird sich auch in den Schlussfolgerungen widerspiegeln – den Präsidenten des Rates bitten, uns im Dezember Vorschläge zu machen, wie die Stabilitätskultur besser verankert werden kann. Dabei geht es nicht um eine umfassende Reform des Vertrags von Lissabon – damit hätte man sich zu viel vorgenommen –, es geht auch nicht um eine Vergemeinschaftung weiter Teile der Wirtschafts- und Finanzpolitik,

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schade!)

sondern im nächsten Schritt geht es darum, erst einmal im Hinblick auf Länder, die permanent und immer wieder den Stabilitäts- und Wachstumspakt verletzen, eine Möglichkeit zu schaffen, durchzugreifen und auf ihre

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) Verletzungen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes wirklich Einfluss zu nehmen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP –
Unruhe bei der LINKEN)

Denn – weil hier gerade wieder gemurmelt wird – es ist so: Es kann nicht sein – das ist über 50 Mal passiert –, dass gemeinsame Verabredungen im Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht eingehalten werden. Wir wissen jetzt, dass eine Nichteinhaltung in einem der 17 Mitgliedstaaten – Griechenland ist nicht der größte – zur Gefährdung der Stabilität des Euro insgesamt führen kann.

(Zuruf von der LINKEN: Natürlich!)

Deshalb müssen Verletzungen dieser Stabilitätskultur schärfer geahndet werden, zum Beispiel durch ein Klagericht beim Europäischen Gerichtshof, wenn sich ein Land permanent nicht an die Vorgaben hält.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich bin mir sehr sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland, die sich mit Recht viele Sorgen machen, genau dies verstehen. Sie wollen nicht einfach mehr Europa, aber sie wollen mehr Sicherheit für die Stabilitätskultur in Europa.

Ich glaube, erst dann, wenn wir in diesem Sinne mehr Europa schaffen, wenn wir Europa also weiterentwickeln, haben wir die politische Dimension dieser Krise verstanden. Dann haben wir auch verstanden, dass wir die Konstruktionschwächen bzw. die Konstruktionsmängel bei der Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion entweder jetzt oder gar nicht beseitigen. Wenn wir sie jetzt beseitigen, dann nutzen wir die Chance dieser Krise. Ansonsten würden wir versagen.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich bin mir durchaus bewusst: Eine Vertragsänderung birgt immer Risiken. Sie ist ein mühsamer Weg. Alle 27 Mitgliedstaaten müssen zustimmen. Dennoch ist sie der notwendige und beste Weg, eine Spaltung der Europäischen Union in Euro- und Nicht-Euro-Staaten zu verhindern. Wenn uns das nicht gelingt, dann wird sich die Notwendigkeit ergeben, dass die Euro-Staaten untereinander verbindliche Verträge abschließen. Das will ich nicht. Das fände ich nicht vernünftig, weil noch viele Länder dem Euro beitreten wollen. Deshalb muss man bereit sein, diesen Weg zu gehen.

Da wir in einer solch existenziellen Krise in Europa sind, frage ich: Wo steht eigentlich geschrieben, dass eine Vertragsänderung immer eine Dekade dauern muss? Wer auf der Welt wird uns für handlungsfähig halten, wenn wir uns hinstellen und sagen: „Nach dem Lissabonner Vertrag darf es nie wieder eine Änderung geben“? Die ganze Welt ändert sich, also muss auch Europa veränderungsbereit sein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Thomas
Oppermann [SPD]: Ein Jahr zu spät!)

So wie wir im Zusammenhang mit der deutschen Einheit in sechs Monaten einen Zwei-plus-Vier-Vertrag hin-

bekommen haben, wird es doch wohl auch möglich sein – der Euro sollte uns so viel wert sein –, dass wir gemeinsam Vertragsänderungen ins Auge fassen.

(C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Angesichts der Dimension bei der Bekämpfung der Krise ist nicht zu vergessen: Entstanden ist sie maßgeblich auch durch zu wenig Regulierung. Deshalb bleibt die Regulierung der Finanzmärkte eine der großen Aufgaben, die bei weitem noch nicht erledigt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen hat sich auch der Europäische Rat am Sonntag noch einmal damit beschäftigt und betont, dass wichtige Vorschläge zur Regelung der Derivate, der Einlagensicherung und der Eigenkapitalanforderungen an Banken jetzt zügig angenommen werden müssen. In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal betonen, dass sich die Bundesregierung für die Einführung einer Finanzmarkttransaktionsteuer einsetzt,

(Zuruf des Abg. Alexander Ulrich [DIE
LINKE])

und zwar in den nächsten Tagen zunächst einmal beim G-20-Gipfel in Cannes. Wir sind auch dankbar dafür, dass die Europäische Kommission einen Vorschlag dafür vorgelegt hat. Die Finanzminister werden diesen Vorschlag Anfang November beraten, und Deutschland wird alles tun, damit dieser Vorschlag der Europäischen Kommission ein Erfolg wird.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie
bei Abgeordneten der SPD und des BÜND-
NISSES 90/DIE GRÜNEN – Alexander
Ulrich [DIE LINKE]: So wie hier!)

(D)

Wahr ist aber auch: Viele Fragen erfordern nicht nur eine nationale oder europäische Antwort, sondern globale Antworten. Dafür ist die G 20 das geeignete Gremium. Die G 20 verkörpert immerhin zwei Drittel der Weltbevölkerung und 80 Prozent der Weltwirtschaftskraft. Deshalb war der Ausgangspunkt der G-20-Beratungen im Übrigen auch eine bessere weltweite Regulierung der Finanzmärkte.

Man kann sagen: Wir haben einiges geschafft. Ein wichtiger Schritt wird jetzt in Cannes gegangen werden: Systemrelevante Banken werden nicht mehr so, wie es in der Krise der Fall war, behandelt, dass nämlich letztlich der Steuerzahler dafür eintreten muss. „Too big to fail“ gibt es nicht mehr, und international wird ein Restrukturierungsprozess für die systemischen Banken vereinbart, so wie wir das in Deutschland mit dem Restrukturierungsgesetz für Banken bereits vorgeschlagen haben.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-
NEN]: Dann machen Sie das doch endlich ein-
mal! Voran! Die Schweiz ist doch weiter als
wir!)

Das hat lange gedauert, aber es ist gut, dass wir das jetzt in Cannes beschließen können.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

- (A) Gleichzeitig werden wir den Auftrag erteilen, dass das, was für die Banken gilt, auch für die „Schattenbanken“ gelten muss, zum Beispiel für die Hedgefonds; denn auch sie stellen genauso ein systemisches Risiko für die Finanzmärkte dar. Dieser Auftrag wird von dem sogenannten Financial Stability Board als Nächstes bearbeitet werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

In Europa haben wir bereits die Hedgefonds geregelt. Aber weltweit ist das noch nicht in ausreichendem Maße geschehen. Deshalb muss auch das Thema Steueroase wieder auf den Tisch; denn wir hatten uns seitens der G 20 zu Beginn vorgenommen, dass jedes Instrument, jeder Platz und jeder Akteur einer Regulierung unterworfen wird. Da reicht es nicht, dass wir das national oder in Europa tun, sondern das muss weltweit geschehen. Allerdings sage ich auch: Mit Einzelmaßnahmen in Deutschland, zum Beispiel dem Verbot von Leerverkäufen, haben wir gute Erfahrungen gemacht; denn jetzt wird das ganze Thema wenigstens in Europa diskutiert. Nun müssen wir es noch weltweit nach vorne bringen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Was auch sehr wichtig ist: G 20 wird nur dann funktionieren, wenn nicht jedes Jahr neue Beschlüsse gefasst werden. Im letzten Jahr in Toronto hatten wir uns verpflichtet, dass alle Industrieländer bis 2013 ihr Staatsdefizit halbieren. Deutschland wird das schaffen, aber längst nicht alle Industrieländer in der G 20. Ich halte nichts davon, jedes Jahr nach Konjunkturlage gerade das zu beschließen, was passt. Vielmehr glaube ich, dass die G 20 die Verpflichtung hat, auf einem langen Pfad das Beschlossene durchzuhalten und der Ursache vieler der Schwierigkeiten entgegenzuwirken. Verschuldung gibt es nicht nur in Europa, sondern Verschuldung gibt es auch in anderen Teilen der Welt, zum Beispiel in Japan oder in den Vereinigten Staaten von Amerika. Deshalb glaube ich: Es reicht nicht, wenn wir uns gegenseitig immer nur ermahnen, sondern es geht vor allen Dingen darum, dass wir gemeinsam handeln.

- (B) Wer in diesen Tagen im Lande unterwegs ist und mit den Bürgerinnen und Bürgern spricht, wer die Demonstrationen in New York, Brüssel, Frankfurt oder Berlin verfolgt, der weiß, wie sehr die Schuldenkrise die Menschen bewegt. Ich sage: Dafür habe ich großes Verständnis. Die Lage ist sehr ernst. Die Krise zu bewältigen, erfordert Ausdauer. Wir alle betreten Neuland. Die Ursachen der Krise habe ich dargestellt. Sie sind komplex. Einfache Lösungen, den einen Paukenschlag, wird es nicht geben. Die Themen werden uns noch Jahre beschäftigen.

Ihnen liegen heute die Unterlagen mit Details zur Maximierung der Kreditvergabe Kapazität der EFSF vor, die derzeit nach bestem Wissen und Gewissen vorgelegt werden können. In der öffentlichen Debatte über diese Maximierung ist viel von einem größeren Ausfall- und Haftungsrisiko, das Deutschland mit der Maximierung der EFSF möglicherweise eingeht, die Rede. Ob das so

sein wird, kann letztlich niemand abschließend abschätzen. Ich sage aber ausdrücklich: Ausschließen können wir es nicht. (C)

(Thomas Oppermann [SPD]: Das klang letzte Woche noch anders!)

Deshalb ist es richtig und gut, dass wir dies in unserem Entschließungsantrag so verankert haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte darüber sprechen, weil wir hier an einem Punkt sind, an dem wir, die wir alle politische Verantwortung tragen, eine schlichte politische Frage beantworten müssen. Sie lautet: Wie gehen wir in einer solchen Situation, wie wir sie jetzt haben, mit Risiken um? Anders gefragt: Wann halten wir Risiken für vertretbar? Können wir im konkreten Fall das Risiko, das wir mit der Maximierung der EFSF eingehen, für vertretbar halten oder nicht? Das ist heute die konkrete Frage. Wenn ich das Risiko für nicht vertretbar halte, dann darf ich es natürlich nicht eingehen. Wenn ich es aber nach Abwägung aller Argumente für und wider für vertretbar halte, dann muss ich das Risiko eingehen. Genau das zeichnet politisches Handeln aus und unterscheidet es von anderem Handeln.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Bezogen auf die Maximierung der EFSF können wir festhalten:

Erstens. Der deutsche Anteil bleibt bei 211 Milliarden Euro. (D)

Zweitens. Verträge werden nicht gebrochen.

Drittens. Die wirtschaftlich stärkste Nation sind wir. Aber – auch das sage ich – wir sind nicht der Nabel der Welt. Die Welt schaut auf Europa und Deutschland. Sie schaut darauf, ob wir bereit und fähig sind, in der Stunde der schwersten Krise Europas seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs Verantwortung zu übernehmen.

Viertens. Dem möglichen Ausfall- und Haftungsrisiko steht der ökonomische Gewinn gegenüber, den Deutschland wie kein anderes Land vom Euro hat.

Fünftens. Mein Fazit lautet deshalb: Das Risiko, das mit der jetzt beabsichtigten Maximierung der EFSF verbunden ist, ist vertretbar.

(Zuruf von der LINKEN: Für wen?)

Ich gehe sogar noch einen Schritt weiter: Es wäre nicht vertretbar und nicht verantwortlich, das Risiko nicht einzugehen. Eine bessere Alternative, eine vernünftige Alternative liegt mir nach Prüfung aller Möglichkeiten nicht vor.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke Ihnen für Ihre bisherige Unterstützung und kritische Begleitung auf unserem Weg, den Euro zu schützen und zu stärken. Es ist mir ein persönliches Anliegen, in enger Abstimmung mit dem Deutschen Bundestag – mit Regierungs- und Oppositionsfraktionen – Lösungen zum Wohle unseres Landes zu finden.

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

(A) Ich bin überzeugt: Mit unserem umfassenden Ansatz, so wie ich ihn dargestellt habe, zur Bewältigung der akuten Krise einerseits und kluger Vorsorge für die Zukunft andererseits wird es uns gelingen, die Wirtschafts- und Währungsunion wieder zur Stabilitätsunion zu machen. Unseren Bürgerinnen und Bürgern sage ich: Es gilt: Was gut ist für Europa, das ist auch gut für Deutschland. Dafür steht ein halbes Jahrhundert Frieden und Wohlstand in Deutschland und in Europa.

Gestatten Sie mir angesichts der Lage – nicht nur der ökonomischen Lage wegen der Schuldenkrise, sondern auch der politischen Lage in einzelnen Staaten Europas – zum Schluss ein persönliches Wort. Niemand sollte glauben, dass ein weiteres halbes Jahrhundert Frieden und Wohlstand in Europa selbstverständlich ist. Es ist es nicht. Deshalb sage ich: Scheitert der Euro, dann scheitert Europa. Das darf nicht passieren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(B) Wir haben eine historische Verpflichtung, das Einigungswerk Europas, das unsere Vorfahren nach Jahrhunderten des Hasses und des Blutvergießens vor über 50 Jahren auf den Weg gebracht haben, mit allen uns zur Verfügung stehenden verantwortbaren Mitteln zu verteidigen und zu schützen. Die Folgen, wenn das nicht gelänge, kann niemand von uns absehen. Es darf nicht geschehen – das ist meine tiefe Überzeugung –, dass später einmal gesagt werden kann, dass die politische Generation, die im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts in Europa politische Verantwortung getragen hat, vor der Geschichte versagt hat.

Als umso wertvoller empfinde ich das politische Signal, das heute der Deutsche Bundestag mit einem gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen an die Menschen in Deutschland, nach Europa und in die Welt aussendet. Er sendet damit eine Botschaft aus, die weit über die finanzpolitischen Aussagen des Antrags hinausreicht. Er sendet die Botschaft aus, dass Deutschland parteiübergreifend das europäische Einigungswerk schützt und für dieses Ziel zusammensteht. Dafür danke ich allen, die daran mitgewirkt haben. Sie können sicher sein, dass ich diese Botschaft auch für die nicht einfachen Verhandlungen heute mit nach Brüssel nehme.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die heutige Debatte findet große Aufmerksamkeit nicht nur in der deutschen, sondern auch in der internationalen Öffentlichkeit. Stellvertretend für die vielen Gäste, die heute hier im Deutschen Bundestag die Debatte verfolgen, begrüße ich besonders gerne unseren Kollegen Klaus Hänsch, den früheren Präsidenten des Europäischen Parlaments.

(Beifall)

(C)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Frank-Walter Steinmeier für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Frank-Walter Steinmeier (SPD):

Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Dass die FDP und die CSU zu dieser Regierungserklärung Beifall geklatscht haben, wird in der Tat viele in Deutschland überraschen. Frau Bundeskanzlerin, ich hätte viele dieser Sätze gerne vor einem Jahr gehört,

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

zum Beispiel den guten und richtigen Satz über die Anerkennung der Eigenanstrengungen der Griechen. Er wäre vor einem Jahr in diesem Hause und gegenüber der Öffentlichkeit dringend notwendig gewesen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der FDP – Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Sie können es nicht lassen!)

Stattdessen haben Sie Ressentiments geweckt, mit denen Sie jetzt zu kämpfen haben.

Das ist ein besonderer Tag, nicht nur für Europa, sondern auch für uns Deutsche. Griechenland ist ohne fremde Hilfe zahlungsunfähig. Italien ist seit Monaten politisch nahezu führungslos. In Portugal ist eine Regierung schon aus dem Amt. In Spanien steht ein Regierungswechsel bevor. Frankreich ringt um seine Bonität. Die europäischen Institutionen wirken hilflos, sind kaum sichtbar, und überall in Europa haben die Menschen Sorge um ihren Wohlstand.

(D)

Ich schildere es so dramatisch, weil sich Ehrlichkeit auch gegenüber der Öffentlichkeit gehört.

(Beifall bei der SPD)

Da helfen keine Beschwörungsformeln. Ich sage es, wie es ist: Das europäische Projekt steht auf der Kippe, und deshalb ist das, was wir in Brüssel im Augenblick erleben, kein normales Gipfelgeschehen, sondern das ist eine Operation am offenen Herzen. Jeder vernünftige Mensch in Deutschland muss hoffen, dass diese Operation gelingt. Ich tue das, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Fraktion tut das in gleicher Weise. Die SPD steht – das wissen Sie – zur europäischen Geschichte und zur europäischen Integration, und wir flüchten nicht aus dieser Verantwortung für Europa, nur weil wir Oppositionspartei in diesem Lande sind. Auch wir kennen den Wert für eine Demokratie, wenn man Fragen solcher Grundsätzlichkeit – um die geht es – nicht auf dem Altar des täglichen Hickhacks opfert. Es gibt eine Tradition in diesem Hause, dass die großen Grundlinien der Außen- und Europapolitik von einer breiten Mehrheit getragen werden. So weit werden mir auch die Koalitionsfraktionen zustimmen. Nur, Sie sind in diesen Tagen heftig da-

Dr. Frank-Walter Steinmeier

- (A) bei, diese Tradition zu zerstören. Frau Merkel und Herr Schäuble, Sie gehen nicht offen und ehrlich mit diesem Parlament um, und das zerstört den Rest von Vertrauen, den Ihre Regierung dringender braucht als jede andere vorher.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Norbert Barthle [CDU/CSU]: Das müssen Sie zurücknehmen!)

Ich verstehe es nicht. Ihr Motiv, Herr Schäuble, wird Ihr Geheimnis bleiben.

(Zuruf von der FDP)

– Ich würde nicht so überheblich sein an Ihrer Stelle, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Warum nicht? Weil Sie es auch den Gutwilligen in den Reihen der Opposition von Mal zu Mal schwerer machen. Es wird Sie nicht weiter interessieren, weil Sie ohnehin nur auf das Ergebnis der Abstimmung in knapp zwei Stunden warten. Aber wenigstens einmal in dieser Debatte soll es gesagt sein: Ihren Umgang mit dem Parlament bei der Debatte über den Rettungsschirm fand ich unverschämt.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Es lagen alle Fragen auf dem Tisch. Sie haben taktiert und Informationen zurückgehalten. Sie hatten die Chance zur Wahrheit, weil nämlich gefragt worden ist, ob über den Rettungsschirm hinaus Weiterungen und Hebelungen beabsichtigt seien. Die Spatzen piffen es doch schon von den Dächern. Sie haben, statt irgendetwas dazu zu sagen, mit gespielter Empörung geantwortet. Die CSU ist aufgetreten und hat die roten Linien beschworen, Herr Brüderle hat Hebelungsinstrumente jeder Art als Massenvernichtungswaffen gebrandmarkt, und der Finanzminister hat von diesem Pult aus Nebelkerzen gezündet.

(Beifall des Abg. Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Ganze ist nicht drei Jahre her, das Ganze ist nicht drei Monate her, es ist nicht einmal drei Wochen her. Sie wollen das alles vergessen machen und sagen heute: Ab sofort gilt das Gegenteil.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Hier wird ein Popanz aufgebaut!)

Verstehen Sie eigentlich, dass es in meiner Fraktion und vermutlich nicht nur in meiner Fraktion nicht wenige Kollegen gibt, die mich fragen: Warum sollen wir eigentlich für die die Kohlen aus dem Feuer holen, warum sollen wir für das Chaos, das die angerichtet haben, noch die Finger heben? – Das ist doch die Lage.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(C) Wir entziehen uns unserer Verantwortung nicht. Da können Sie sicher sein. Aber Hilfe und Unterstützung hätten Sie nach diesem Vorlauf eigentlich nicht verdient. Im Gegenteil: Sie im Regen stehen zu lassen, wäre nicht nur verständlicher Oppositionsreflex gewesen; das wäre die naheliegendste Entscheidung gewesen.

Wir stimmen heute aber nicht über die Zukunft einer Regierung ab. Wir spekulieren nicht auf das Ende einer Regierung, die politisch gescheitert ist. Die Regierung hat allein nicht mehr die Kraft, das Notwendige zu tun. Das wissen Sie. Sie stehen am Abgrund und wissen es genau.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CDU/CSU und der FDP: Oh!)

Um all das geht es bei dieser Abstimmung eben nicht. Worum es geht,

(Zuruf von der LINKEN: Ist die Hebelung!)

ist die Zukunft Europas. Die Zukunft Europas ist in höchster Gefahr. Sie darf nicht weiter durch drei Regierungsparteien gefährdet werden, die seit 18 Monaten zwischen leichtfertigem Populismus auf der einen Seite und europäischen Rationalitäten auf der anderen Seite schwanken. Ich sage Ihnen: Die SPD wird in diesen europäischen Fragen berechenbar und gegenüber den Europäern eine verlässliche Kraft bleiben. Ob das bei Ihren eigenen Leuten auch so ist, wage ich zu bezweifeln.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(D) Dass Sie immer mehr Schwierigkeiten haben, Ihre eigenen Leute hinter sich zu bekommen, wundert mich auch nicht; denn Sie dementieren im Drei-Wochen-Abstand immer genau das, was bis dahin ehernes Gesetz zu sein schien. Wir haben Ihnen vor drei Wochen in diesem Parlament gesagt: Wenn das Krisenszenario, das Sie uns allen hier gezeichnet haben, stimmt, dann ist der Rettungsschirm zu klein gestrickt. – Stimmt nicht, haben Sie gesagt. Wir haben Ihnen gesagt: Wenn Sie das Volumen des Rettungsschirms hebeln, dann hebeln Sie auch die Risiken. – Stimmt nicht, haben Sie gesagt. Wir haben Ihnen gesagt: Wenn die Ausfallwahrscheinlichkeit der Garantien sich verändert, sich vergrößert, dann muss die Entscheidung hier ins Plenum. – Bloß nicht, haben Sie gesagt.

Sie haben das alles dementiert und kommen mit einigen Tagen Verspätung doch auf unseren Kurs zurück. Meine Damen und Herren, ich finde es ja gut, dass wir am Ende noch die Kraft für eine gemeinsame Entschließung finden. Aber jenseits des Nutzens, den diese Entschließung für Europa hat – Frau Bundeskanzlerin, Sie haben es am Ende gesagt –, brauchen Sie sie auch, um sich von eigenen Irrtümern zu verabschieden. Vor allen Dingen brauchen Sie diese Entschließung, weil Sie sich auf die Seehofer-CSU und die Schäffler-FDP nicht verlassen können. Das ist doch der Grund.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Frank-Walter Steinmeier

(A) Alle Ihre europapolitischen Wendungen, von denen wir in den letzten 18 Monaten genügend mitbekommen haben, folgen derselben Dramaturgie. Ich könnte das vor den Gipfeln schon herunterbeten. In den Überschriften steht immer, was Frau Merkel zurückweist, was Frau Merkel richtigstellt und was Frau Merkel ausschließt. Am Ende wird aber genau das getan, was vorher verschwiegen und ausgeschlossen worden ist.

Wir alle in diesem Hause kennen das Struck'sche Gesetz, dass kein Gesetz das Parlament so verlässt, wie es hineingekommen ist. Bislang blieb unerkannt, dass sich ein weiteres Gesetz eingeschlichen hat, nämlich das Merkel'sche Gesetz: Je bestimmter ich etwas ausschließe, desto sicherer kommt es am Ende doch. – So ist das, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sie erinnern sich: Kein Cent für Griechenland. – Am Ende waren es 22,4 Milliarden Euro. Weiter hieß es: Griechenland ist ein Einzelfall. – Dann kam der Rettungsschirm. Danach wurde gesagt: Der Rettungsschirm wird nicht in Anspruch genommen. – Dann kamen Irland und Portugal. Schließlich wurde gesagt: Der Rettungsschirm ist temporär. – Dann kam der ESM, der Europäische Stabilitätsmechanismus. Das setzt sich jetzt bei der Weiterung des Rettungsschirms fort.

(B) Frau Merkel, wenn man so agiert, dann kann man nicht auf Dauer hoffen, dass man auch nur die eigenen Leute auf eine gemeinsame Linie bringt. Das funktioniert doch nach unserer aller Erfahrung nicht. Das geht nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Solange es bei all dem nur um Ihre Glaubwürdigkeit ginge, könnten Sie ja sagen, das könne der SPD doch egal sein. Es geht aber um Politik. Es geht um Demokratie in diesem Lande. Ich sage es zum wiederholten Male: Diese Art und Weise, Politik zu betreiben, untergräbt Ansehen und Handlungsfähigkeit der Politik insgesamt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vertrauen ist die Ressource, mit der wir alle gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Lande arbeiten. Dieses Vertrauen wird untergraben durch die Politik, die ich gerade geschildert habe. Das merken Sie noch nicht heute Mittag. Das merken Sie auch noch nicht morgen Nachmittag. Aber genau das ist der langfristige Schaden für die Demokratie. Für den sind Sie mitverantwortlich, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wo ist der Weg nach vorn? Was brauchen wir konkret? Sie wissen, dass wir Sozialdemokraten seit langem sagen: Wir brauchen einen Schuldenschnitt, wir brauchen eine Schuldenreduzierung zugunsten Griechenlands; Peer Steinbrück und ich haben das vor einem Jahr geschrieben. Damals haben Sie gesagt: Alles Unsinn! – Wir Sozialdemokraten sind auch dafür, dass das europäi-

sche Bankensystem stabilisiert wird. Wir wissen: Der Schuldenschnitt ist nur hinzubekommen, wenn wir ihn gleichzeitig mit einer Bankenstabilisierung begleiten. Das ist unsere Überzeugung, und das bleibt sie. (C)

Des Weiteren sind wir der Überzeugung, dass der Rettungsschirm – das haben wir vor drei Wochen auch gesagt – nicht ausreicht, wenn er wirklich Wirkung haben soll. Aber ob er Wirkung und welche Wirkung er haben wird, kann ich beim besten Willen nicht aus den dreieinhalb dürren Seiten erschließen, die uns von Ihnen zugegangen sind. Ich verstehe mittlerweile, was eine Versicherungslösung ist. Ja, ich könnte sie mittragen. Aber ich müsste die zweite Option, von der die Rede ist, wenigstens verstehen, um mir ein Urteil zu bilden: Ist das ein Fonds mit einer internationalen Beteiligung, oder was bedeutet diese Investmentlösung? Bedeutet das etwa, dass wir jetzt in den Handel mit Produkten einsteigen, die wir doch eigentlich verbieten wollen? Wir wollen jedenfalls Klarheit, bevor wir solche Modelle hier im Hohen Haus absegnen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb ist sich meine Fraktion einig: Das, was wir heute hier erteilen, ist keine Carte blanche. Wir erwarten – nicht mehr und nicht weniger –, wie es im Schlusssatz der gemeinsamen Entschließung heißt, dass solche Instrumente in Kenntnis der Risiken und der Funktionsweise vor Inkraftsetzen, vor Ingebrauchnahme vom Deutschen Bundestag beraten und beschlossen werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten
des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN) (D)

All das wird heute in Brüssel zur Sprache kommen. Ich habe gesagt: Wir haben ein Interesse daran, dass der Brüsseler Gipfel Ergebnisse zeitigt, die Europa weiterhelfen. Aber wir alle sollten wissen, dass das nicht ausreicht. Jeder weiß hier: Die Wunderwaffe gegen die Krise gibt es nicht. Aber allein mit Stückwerk werden wir Europa nicht retten. Was wir brauchen, ist eine glaubwürdige, auf Dauer angelegte Gesamtstrategie. Sonst werden wir dieses Europa nicht vom Krankenbett herunterbringen. Wir müssen eben auf mehr setzen als nur auf Haushaltsdisziplin und Rettungsschirme. Sparen ist eine Tugend. Ja, wir brauchen sie. Aber wo kein Geld mehr hereinkommt und die Wirtschaft den Bach heruntergeht, nutzt auch eisernes Sparen nichts mehr. Das sehen wir im Augenblick an dem Großprojekt Griechenland.

(Beifall bei der SPD)

Was wir jetzt brauchen – etwas vom heutigen Tag und von der näheren Zukunft abgesetzt –, ist ein mit konkreten Zielen und Zwischenzielen unterlegtes Zehnjahreskonzept für eine Wirtschafts- und Fiskalunion in Europa. Wir müssen uns daran orientieren, was in früheren Zeiten gelungen ist, zum Beispiel bei der Einführung des Euro. Ich erinnere an den Delors-Plan, der über den langen Zeitraum von 10 bis 15 Jahren angelegt war. So etwas brauchen wir jetzt auch zur Wiedergesundung dieses Europas, wenn Sie so wollen einen Delors-Plan II.

Dr. Frank-Walter Steinmeier

- (A) Dabei geht es natürlich – das vertrete ich auch – um die Durchsetzung der Haushaltsdisziplin. Aber vor allem muss es auch um eine Wachstumsstrategie für die südliche Peripherie in Europa gehen. Sonst wird das Ganze nicht gelingen.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen Konvergenz in der Steuerpolitik. Dazu gehören eben auch Regeln, die dazu führen, dass das elende Steuerdumping in Europa endlich beseitigt wird. Sonst funktioniert es nicht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dazu gehört auch ein gemeinsamer europäischer Umgang mit den Steueroasen, von denen es noch viel zu viele auf der Welt gibt. Das muss man gemeinsam in Europa regeln. Bilaterale Abkommen werden da allein nicht ausreichen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen Regelungen für die Finanzmärkte. Wir müssen dahin zurückkommen, wo wir 2008 waren, als wir schon einmal gesagt haben: Kein Produkt mehr auf den Finanzmarkt, das nicht vorher auf seine Risiken untersucht und zugelassen worden ist. Wenn der Derivatemarkt ein Vielfaches des globalen Bruttosozialproduktes ausmacht, dann müssen wir das selbstverständlich zurückschneiden. Zurückschneiden müssen wir auch das, was sich an Dynamik im Hochfrequenzhandel entwickelt, wo kein einziger Mensch mehr, sondern namenlose Logarithmen darüber entscheiden, was gekauft und was verkauft wird, und damit die Negativdynamik noch weiter verstärken. Wir müssen die grauen Finanzmärkte austrocknen, und wir müssen dem Treiben der Schattenbanken ein Ende setzen. Sie werden sagen: Das alles ist nicht unbekannt. – Ja, das alles ist nicht unbekannt. Was fehlt, ist das Handeln. Da ist Fehlanzeige, leider auch in dieser Regierung.

(B)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Klaus Ernst [DIE LINKE]: Genau wie in der vorherigen!)

Ich bin froh über den Satz zur Besteuerung der Finanzmärkte. Die Finanzmarkttransaktionsteuer ist das Stichwort, an dem hier noch vor einem Jahr, Herr Kauder, eine gemeinsame Entschließung gescheitert ist. Dass das jetzt enthalten ist, ist gut. Wir erwarten, dass das keine Lippenbekenntnisse bleiben, sondern dass diese Steuer jetzt auch durchgesetzt wird, maßgeblich auf deutschen Druck hin, auch durch Überzeugung der anderen, die in Europa möglicherweise noch dagegenhalten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in den letzten Wochen sind in Europa Tausende auf die Straße gegangen. Wenn ich es richtig gehört habe, Frau Merkel, haben Sie an einer Stelle auch Verständnis für die Motive dieser Men-

schen gezeigt. Nur, diese Menschen haben – davon bin ich überzeugt – mehr verdient als warme Worte. Was sich hier Bahn bricht – davon bin ich überzeugt –, das ist eben nicht klassisch links oder rechts, sondern das ist die Sorge von Menschen, dass die Politik dem Treiben der Märkte nur noch hilflos zusehen kann, und dagegen – gegen diese Angst, gegen diese Sorge – hilft eben nur überzeugende Politik. Spätestens seit der Pressekonferenz von Herrn Schäuble und Herrn Rösler in der vergangenen Woche und der Reaktion von Herrn Seehofer darauf haben Sie bitte Verständnis dafür, dass diese überzeugende Politik von dieser Bundesregierung nicht mehr erwartet wird.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur, das ist keine Privatangelegenheit dieser Regierung, nicht in diesen Zeiten. Die Zerrüttung dieser Regierung wird zu einer Hypothek für Europa. Aber Europa darf an dieser Regierung nicht scheitern.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Rainer Brüderle für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Rainer Brüderle (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Steinmeier, ich bin wahrlich ein Freund einer kraftvoll-lebendigen Parlamentsdebatte. Aber ich glaube, das heutige Thema sollte nicht überlagert werden von dem Showdown der SPD über den Kanzlerkandidaten.

(Lachen bei der SPD – Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nachdem Helmut Schmidt Ihren Kollegen Steinbrück gesalbt hat, sollten Sie die Debatte ruhig entspannt führen. Sie haben wahrlich keinen Anlass, so kraftvoll herumzuschimpfen.

(Joachim Poß [SPD]: Das machen Sie doch schon!)

Bei der Griechenland-Hilfe I haben Sie sich vom Acker gemacht und haben sich kraftvoll enthalten. Da hatten die Sozialdemokraten keine Meinung.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Als Herr Minister Rösler den Schuldenschnitt für Griechenland gefordert hat, haben Sie seinen Rücktritt gefordert,

(Manfred Zöllmer [SPD]: Das war auch richtig! – Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist nie verkehrt, seinen Rücktritt zu fordern!)

(C)

(D)

Rainer Brüderle

(A) statt ihn zu unterstützen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie haben elf Jahre den Bundesfinanzminister gestellt und – um es vorsichtig zu formulieren – viel Aufzuarbeitendes hinterlassen.

Vom heutigen europäischen Gipfel wird ein Signal der Entschlossenheit ausgehen: ein Signal der Entschlossenheit, aus der Schuldenkrise Einzelner keine Währungs- und Bankenkrise entstehen zu lassen, ein Signal der Entschlossenheit, keine zweite Bankenkrise zuzulassen, und ein Signal der Entschlossenheit, keine tiefe Wirtschaftskrise zuzulassen.

Im Vorfeld wurde international geunkelt, ein zweigeteilter Gipfel werde die Situation verschlimmern. Aber der Deutsche Bundestag hat sich für das Primat der Politik entschieden. Das hat die Märkte beeindruckt. Sie sind nicht abgestürzt. Wir haben mit der Parlamentsbeteiligung einen demokratischen Meilenstein gesetzt.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zu diesem Meilenstein mussten Sie begrüßt werden!)

Das ist eine Herausforderung für unsere europäischen Partner, aber auch eine Herausforderung für uns selbst. Wir müssen unserer Regierung genügend Flexibilität in den Verhandlungen lassen.

(B) Volker Kauder hat es vor wenigen Wochen hier deutlich dargelegt: Wir halten ein Verfahren ein, das der Bundestag sich selbst gegeben hat.

(Lachen des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir gehen verantwortungsvoll mit unseren neuen Rechten um. Das ist wichtig: Werden sie überdehnt, werden sie missbraucht, dann werden sie entwertet.

(Norbert Barthle [CDU/CSU]: Wohl wahr!)

Der gemeinsame Entschließungsantrag der vier Fraktionen ist ein gutes Signal für Europa, und es zeigt, dass wir trotz aller unterschiedlichen Positionen noch die Kraft haben, dann, wenn es darauf ankommt, gemeinsam ein Signal zu setzen. Das sollte heute im Vordergrund stehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir stärken damit die Position der Kanzlerin auf dem Gipfel. Uns ist bewusst: Wir müssen die Ansteckungsgefahren im Euro-Raum eindämmen. Wir müssen das Bankensystem stabil halten. Wir müssen eine Umschuldung Griechenlands vorbereiten, müssen darauf auch vorbereitet sein.

Die Troika hat grünes Licht für die nächste Griechenland-Tranche gegeben. Das Urteil ist eher eine Vier minus. Keiner hat erwartet, dass Griechenland über Nacht zum Einserschüler wird. Aber ein „Befriedigend“ müsste es schon sein. Wenn Griechenland nicht mehr erreicht, wird das die Versetzung gefährden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

(C)

Die Beteiligung privater Gläubiger im Fall Griechenland wird erheblich größer ausfallen als geplant. Der Schuldenschnitt ist ein Gebot der Fairness. Das ist ein Gebot der sozialen Marktwirtschaft. Es muss klar sein: Wer mit Risiken hohe Gewinne erreichen kann, muss auch für die Verluste einstehen. Dieser Grundsatz muss wieder stärker zum Tragen gebracht werden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Zuruf: Auch für die Finanzwelt!)

Es muss in Griechenland ein umfassender Umdenkprozess stattfinden. Früher lebte in Griechenland nur Diogenes in einem Fass ohne Boden.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Fass war rund!)

Die Griechen haben es selbst in der Hand, dass nicht alle Griechen in einem Fass ohne Boden leben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Der Troika-Bericht hat sehr deutlich gemacht: Griechenland ist ein Transformationsland, wie es die Staaten Osteuropas vor 20 Jahren waren. Griechenland braucht Wettbewerbsfähigkeit, eine funktionierende Verwaltung, Privatisierung und Reformen.

Viele Banken haben in den Büchern bereits Vorsorge für einen Schuldenschnitt getroffen. Dennoch müssen die Ansteckungsgefahren eingedämmt werden. Mich beunruhigt, dass viele Banken wieder mehr Geld bei der Zentralbank, bei der EZB, parken. Unangenehme Erinnerungen werden wach. Bei den Banken muss es sein wie bei den Staaten: Machen sie ihre Hausaufgaben nicht, nehmen wir sie an die Hand. Notfalls müssen die Staaten den Banken auch klare Vorgaben machen.

(D)

Zunächst sind nationalstaatliche Aufgaben zu erledigen. Das muss koordiniert, grenzübergreifend geschehen. Aber klar muss sein: Die Bereitstellung europäischer Gelder ist nicht der erste Schritt, sondern nur der allerletzte Schritt dessen, was man im Bankensektor machen muss.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will es noch einmal deutlich sagen: Bei der EFSF gilt der Grundsatz der Einstimmigkeit. Macht ein Land nicht mit, dann geht nichts. Deshalb müssen die Regeln klar eingehalten werden.

Ich habe vor drei Wochen hier gesagt, die EFSF darf nicht zur Investmentbank werden; in diesem Zusammenhang habe ich Warren Buffett zitiert. Deshalb kam eine Banklizenz für den Rettungsfonds für uns nicht infrage. Es gab andere in Europa, die das wollten. Ich begrüße sehr, dass SPD und Grüne heute auf dieser Linie sind.

(Zuruf von der FDP: Endlich!)

Sie sind nicht dem DGB auf den Leim gegangen. Der DGB hat vor kurzem wörtlich gesagt: Präsident Sarkozy hat recht, genau eine solche Banklizenz einzuführen. –

Rainer Brüderle

- (A) Teile des DGB haben die Zentralbank oft als verlängerten Arm der Wirtschafts- und Finanzpolitik gesehen, frei nach dem Motto von Helmut Schmidt: 6 Prozent Inflation sind besser als 6 Prozent Arbeitslosigkeit. Er hat am Schluss beides erreicht: Stagflation. Das ist nicht unser Weg.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Thomas Oppermann [SPD]: Die alte Leier!)

Wir wollen eine unabhängige Zentralbank. Der Kurs stimmt. Wir führen keine Euro-Bonds ein. Der Rettungsfonds bekommt keinen Zugriff auf die Notenpresse. Eine Beteiligung der privaten Gläubiger erfolgt.

Ich sage ganz klar zur Finanztransaktionssteuer: Sie kann dämpfende Wirkung entfalten.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aha!)

Aber diese ist nur dann gegeben, wenn entsprechende Finanzplätze einbezogen sind. Eine Wettbewerbsverzerrung löst die Probleme nicht. Entscheidend ist, das breit anzulegen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, das Haftungsrisiko kann in diesem Zusammenhang – es wird sehr unterschiedlich interpretiert – auch vermindert werden. Die beiden Ansätze, die unser Entschließungsantrag enthält, bedeuten Diversifikation. Wenn man das intelligent macht, kann das Haftungsrisiko sinken. Eine alte Anlegerweisheit lautet: Lege nie alle Eier in ein Nest. Deshalb ist es gut, dass hier verschiedene Instrumente aufgezeigt werden und eine Kombination möglich ist.

- (B)

Entscheidend ist immer, dass Deutschland und Frankreich sich zusammenfinden. Das ist nicht einfach, weil die zentralistische Tradition unseres Nachbarn und die dezentrale soziale Marktwirtschaft nicht leicht zu kombinieren sind. Aber Deutschland und Frankreich haben sich immer gefunden. Wir sind gute Freunde. Das ist auch die Basis, das historische Verdienst eines erfolgreichen Wirkens. Da bin ich bei Ihnen, Herr Steinmeier: Ja, die Europäische Union ist das erfolgreichste Friedensprojekt aller Zeiten. Aber – die Kanzlerin hat es angesprochen, und auch der Außenminister hat es deutlich gemacht – wir brauchen Vertragsänderungen, kleine und größere. Ich halte den Gedanken, wieder einen Konvent in Betracht zu ziehen, für durchaus erwägenswert. Europa braucht ein gutes und verständliches Recht, und es braucht Bürger, die hinter Europa stehen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die zentrale Aufgabe, die uns allen gestellt ist, lautet, dass die krisenhaften Zustände auf den Finanzmärkten keine Legitimationskrise der parlamentarischen Demokratie auslösen. Das sollte unsere gemeinsame Basis sein. Wir sollten der Versuchung widerstehen, die Ängste zu missbrauchen. Was wir brauchen, ist Ordnungspolitik, ein Ordnungsrahmen für die Finanzwirtschaft. Erste Schritte hat die Regierung getan. Sie hat un-

gedeckte Leerverkäufe verboten, die Bankenabgabe auf den Weg gebracht und Verbriefungen mit einem Selbstbehalt eingeführt. Was weiter ansteht, ist, den Hochfrequenzhandel unter die Lupe zu nehmen. Der computerisierte Handel birgt viele Gefahren. Wir brauchen unabhängige und mehr Ratingagenturen, mehr Bereiche, die im Wettbewerb stehen. Der Schattenbanksektor muss in die Regulierung des Bankensektors einbezogen werden. Wer wie eine Bank handelt, muss auch wie eine Bank behandelt werden. Sonst haben wir eine Schieflage im Finanzsektor.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, die Welt verändert sich dramatisch schnell. Europa muss sich neu aufstellen. Wir handeln entschlossen. Wir bringen mit dem Rettungsschirm und der heutigen Grundausrichtung wichtige Entscheidungen auf den Weg. Damit sichern wir eine gute Entwicklung in Deutschland und in Europa. Das sollte die Kernposition unseres gemeinsamen Tuns sein. Wir müssen aber auch die Kraft haben, dann, wenn wir unterschiedlicher Meinung sind, dies nicht zu verdecken, weil dies sonst bei den Menschen, die ganz unterschiedliche Empfindungen haben, nicht als ein glaubwürdiges Handeln einer parlamentarischen Demokratie ankommt.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Gregor Gysi, Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir verdanken es der Opposition, dass es überhaupt zur Abstimmung über den Hebel im Bundestag kommt. Sie wollten das in den Haushaltsausschuss verlegen. Ich sage Ihnen: Es ist immer Ausdruck der Arroganz der Macht, wenn man anfängt, das Parlament zu vernachlässigen. Das sollten Sie sich nicht leisten.

(Beifall bei der LINKEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Da wissen Sie ja sehr gut Bescheid! Das kennen Sie aus Ihrer Vergangenheit nur zu gut!)

Ich sage ferner, dass der Bundestag vor der letzten Abstimmung am 29. September 2011 getäuscht wurde; denn damals haben gerade Sie, Herr Brüderle, den Hebel ausgeschlossen. Ich werde Sie einmal zitieren. Am 29. September, also am Tag der Abstimmung, haben Sie gegenüber dem Deutschlandfunk gesagt: „Meines Erachtens wird es ihn“ – gemeint war der Hebel – „nicht geben.“

(Rainer Brüderle [FDP]: Gibt es ja auch nicht, wenn der Hebel verstanden wird!)

(C)

(D)

Dr. Gregor Gysi

(A) Der Vorsitzende der CSU, Herr Seehofer, hat einen Tag nach der Abstimmung Folgendes gesagt:

Weitere Aufstockungen oder größere Risiken aus den übernommenen Garantien – beispielsweise über finanztechnische „Hebel“ – lehnen wir jedoch ab.

Was machen die Abgeordneten der CSU heute? Sie werden zustimmen. Sie widerlegen die Aussagen ihrer eigenen Politiker innerhalb weniger Wochen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Am 1. September hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium Kampeter unserer Abgeordneten Sahra Wagenknecht schriftlich mitgeteilt, dass eine Ausweitung der Risiken nicht erfolgen wird. Auch das ist nicht wahr.

Was bedeutet nun der Hebel? Das müssen wir der Bevölkerung einmal sagen. Am 29. September habe ich hier davon gesprochen, dass ein Schuldenschnitt kommen wird. Sie alle haben dazu nichts gesagt. Es ist bestritten worden, dass ein Schuldenschnitt kommen wird. Ich habe gesagt: Anders geht es überhaupt nicht mehr mit Griechenland, anders ist es nicht einmal im Ansatz lösbar.

Interessant ist: Jetzt reden alle vom Schuldenschnitt. Früher, Herr Kauder, brauchten Sie mehrere Jahre, um mir zu folgen. Jetzt dauert es nur noch drei Wochen. Vielleicht sollten wir darüber einmal nachdenken.

(B) (Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Jetzt wollen Sie den Hebel einführen. Was heißt das? Die ersten 20 Prozent soll der europäische Rettungsschirm, bezahlt von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern der Euro-Zone und damit vornehmlich von Deutschland, übernehmen – die ersten 20 Prozent, das ist wichtig zu wissen. Angenommen, es würde nur ein Schuldenschnitt von 20 Prozent beschlossen werden, dann würden die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler alles allein bezahlen. Die Banken müssten nicht einen halben Euro dazulegen. Das ist Ihre Entscheidung.

Nun sagen Sie aber: Es sollen nicht 20 Prozent sein, sondern es soll mehr werden; dazu komme ich noch. Aber was heißt denn das? Während es bisher ein vages Haftungsrisiko war – Sie haben immer gesagt: „Ob der europäische Rettungsschirm überhaupt in Anspruch genommen wird, das wissen wir noch gar nicht“ –, machen Sie daraus heute eine zwangsläufige, direkte Zahlung; denn es wird den Schuldenschnitt geben. Das heißt, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die ersten 20 Prozent davon ganz alleine und direkt bezahlen. Das müssen Sie den Bürgerinnen und Bürgern einmal so ehrlich erklären.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun wird aber von einem Schuldenschnitt von 50 bis 60 Prozent geredet. Auch dazu muss man etwas er-

klären: Bei einem Schuldenschnitt von 50 Prozent oder 60 Prozent geht es nicht nur um den Betrag, den man gezahlt hat, als man die Anleihen kaufte, sondern für die Banken geht es immer um alles, also auch um die Zinsen. (C)

Nehmen wir das Beispiel, eine Bank hätte für 1 Milliarde Euro griechische Anleihen gekauft. Je nach Laufzeit und Zinshöhe hat sie dann am Ende einen Anspruch auf 2 Milliarden Euro. Wenn eine Kürzung um 50 Prozent erfolgt, bekommt diese Bank immer noch 1 Milliarde Euro. Das heißt, sie verliert, nachdem sie schon jahrelang Zinsen kassiert hat, nur weitere Zinsen. Von dem eigentlichen Betrag büßt sie überhaupt nichts ein. Auch das müssen Sie einmal der Öffentlichkeit so deutlich sagen.

(Beifall bei der LINKEN – Norbert Barthle [CDU/CSU]: Hat sie Geld ausgegeben oder nicht?)

Nun ist die Frage: Was machen wir mit den Zinsverlusten? Völlig richtig. Dabei stellt sich auch die Frage, wer die Zinsverluste bezahlt. Da gibt es theoretisch drei Varianten, meine vielen Herren und wenigen Damen von der FDP:

Die erste Variante wäre, zu sagen: Tja, das ist eben das Pech der Banken. Dann haben sie eben einmal einen Zinsverlust. – An so etwas denken Sie noch nicht einmal nachts oder heimlich. Bei dem Gedanken, dass die Deutsche Bank auch nur einen halben Euro verlieren könnte, bekommen Sie ja das Gruseln. Das käme für Sie überhaupt nicht infrage. (D)

Eine zweite Variante wäre, dass die Staaten die Zinsverluste ihrer Banken direkt bezahlen. Dann müssten Frankreich und Deutschland für ihre Banken zahlen. Frankreich müsste aber sehr viel mehr zahlen als Deutschland. Deshalb gefällt dieser Weg den Franzosen nicht.

Daher schlagen diese vor – das wäre die dritte Variante –: Entweder die EZB oder der Rettungsschirm sollte diese Zahlungen übernehmen. Das würde bedeuten, dass die deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die Verluste der französischen Banken mitbezahlen.

Darum geht der Streit. Warum sagen Sie das nicht einfach so offen? Dann wissen die Bürgerinnen und Bürger wenigstens, worum eigentlich diesbezüglich gestritten wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie haben ein Chaos verursacht, das eine Wirrnis organisiert, die alle überfordert. Ich behaupte, auch das Parlament. Ich behaupte, auch die Medien

(Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE]: Vor allem die Medien!)

und erst recht die Bevölkerung. Sie sagen jede Woche etwas Neues zu dieser Krise. Sie lehnen einen Vorschlag in der ersten Woche ab, um ihn in der zweiten Woche zu übernehmen. Bringen Sie doch einmal einen Zug von Klarheit in diese Sache hinein! Erst soll ein EU-Gipfel

Dr. Gregor Gysi

- (A) stattfinden und dort etwas beschlossen werden. Dann teilen Sie uns mit: Nein, es wird doch nichts beschlossen. Er wird erst am Mittwoch tagen. – Dann soll die Kanzlerin am Freitag reden. Dann wird gesagt: Nein, sie redet nicht. Sie redet erst am Mittwoch. – Mein Gott! Auch das Recht der Bundesregierung, die Bevölkerung in Verwirrung zu bringen, hat Grenzen, und die müssen irgendwann einmal gesetzt werden.

(Beifall bei der LINKEN – Volker Kauder [CDU/CSU]: Von Ihnen, ja?)

Kommen wir wieder zur FDP. Jetzt machen die USA Druck.

(Michael Grosse-Brömer [CDU/CSU]: Machen Sie doch mal einen eigenen Vorschlag!)

Die USA sagen, wir sollten das Eigenkapital unserer Banken erhöhen. Es sollte, wenn ich richtig informiert bin, bei 9 Prozent der Bilanzsumme liegen. Was bedeutet es eigentlich, wenn eine Bank zu wenig Eigenkapital hat? Dann ist sie überschuldet. Es stellt sich daher die Frage: Wie kommen sie zu diesen 9 Prozent? Da gibt es wieder verschiedene Varianten: Sollen das die Staaten selbst bezahlen? Bezahlt das Europa? Auch da haben die Franzosen wieder andere Vorstellungen als wir. Für uns ist ganz klar – da müssen Sie mir keinen Vogel zeigen –: Wir fordern zwar 9 Prozent der Bilanzsumme als Eigenkapital; dies leisten aber weder die Commerzbank noch die Landesbanken. Das heißt, sagen Sie doch den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern heute, dass sie die Differenz bezahlen müssen, und zwar direkt an die Banken.

(B) Das ist das, was Sie planen und was Sie nie ehrlich zugeben.

Ich sage Ihnen noch etwas dazu, dass die Banken überschuldet sind. Die Banken bieten doch Dispokredite an. Die Commerzbank nimmt bei einem Dispokredit Zinsen in Höhe von 13,24 Prozent. Das ist eine Unverschämtheit. Die Deutsche Bank nimmt bei einem Dispokredit 13,25 Prozent; auch das ist eine Unverschämtheit. Das heißt, wenn sich eine Bürgerin oder ein Bürger bei einer dieser beiden Banken überschuldet, dann muss sie bzw. er für diesen Betrag so hohe Zinsen bezahlen. Nun wäre doch das Mindeste, meine Damen und Herren von der FDP und von der Union, dass Sie sagen: Wenn wir einer Bank Geld geben, dann verlangen wir die Zinsen, die die Bank bei einem Dispokredit fordert; denn sie hat sich ja auch überschuldet.

(Beifall bei der LINKEN)

Das wäre das Mindeste. Aber Sie kommen mit lächerlich kleinen Zinsen. Das interessiert Sie nicht.

Zurück zum Eigenkapital der Banken. Wir können das in Deutschland vielleicht noch irgendwie meistern, Frankreich vielleicht auch noch, Griechenland aber bestimmt nicht, Spanien und Italien auch nicht. Und was passiert dann? Dann – so sagt es auch die Bundeskanzlerin – muss es der europäische Rettungsschirm bezahlen. Wer ist der europäische Rettungsschirm? Es sind wieder – überwiegend, nicht nur – die deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Da heißt, Sie verpulvern

hier Milliarden – das gilt auch für diese Abstimmung –, ohne es den Bürgerinnen und Bürgern ehrlich zu sagen. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Wie war das denn bei Griechenland? Erst hieß es: 110 Milliarden Euro reichen; dann ist Griechenland gerettet. Das war im Mai 2010. Im Juli 2011 haben Sie gesagt: Na ja, wir brauchen doch noch weitere 109 Milliarden Euro. Jetzt sagen Sie: Ach, wir haben uns verrechnet, es sind doch 252 Milliarden Euro. – Man kann gespannt sein, was wir im Dezember oder Januar hören und wie sich diese Zahlen entsprechend weiterentwickeln. Es ist übrigens ein absurder Zahlenwirrwarr, den Sie hier liefern.

Warum ist Griechenland unter anderem in diese schwierige Situation gekommen? Unter anderem durch den deutschen Exportüberschuss, das möchte ich einmal klipp und klar sagen. Der ist möglich geworden durch Lohndumping in Deutschland. Beides war falsch, beides ist falsch, und beides bleibt falsch.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Rezepte für das Griechenland-Problem sind falsch.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Reden Sie endlich über Ihr Programm! Sozialismus und Kommunismus!)

Ein griechischer Linker hat bei uns auf dem Parteitag gesprochen und erzählt, wie es in Griechenland aussieht: massenhafte Entlassungen, Lohnsenkungen, Rentensenkungen, Streichung von Investitionen, Verschleuderung des öffentlichen Eigentums. (D)

Ich nenne Ihnen nur zwei Beispiele aus Griechenland: 27 000 kleine Unternehmen – für die Sie angeblich durchs Feuer gehen, liebe FDP –, mussten schon die Insolvenz anmelden. Eine Lehrerin erhielt im Juni 2011 bei einer Neueinstellung einen monatlichen Bruttolohn von 1 020 Euro. Ab Dezember wird sie einen monatlichen Bruttolohn von 575 Euro erhalten. Soll sie verhungern? Wie wollen Sie das Ganze überhaupt bewerkstelligen?

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf von den LINKEN: Pfui!)

Sie stehen vor dem Scherbenhaufen Ihrer Aufgabepolitik. Das geht so nicht weiter. Wir brauchen in Griechenland, in Italien und in Deutschland nicht Abbau, sondern Aufbau. Wenn Sie Investitionen streichen, streichen Sie auch die Steuern. Wenn Sie aber die Steuern streichen, versenken Sie das ganze Geld, weil dann keines zurückfließen kann.

(Dr. Heinrich L. Kolb [FDP]: Wenn man Sie so reden hört, weiß man, warum die DDR kaputtgegangen ist!)

– Wissen Sie, erst einmal ist es überhaupt gut, wenn Sie mir zuhören, weil Sie dabei dazulernen können.

(Beifall bei der LINKEN – Lachen bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich komme jetzt aber zur SPD und zu den Grünen.

Dr. Gregor Gysi

(A) (Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hat lange gedauert!)

Sie legen heute einen gemeinsamen Entschließungsantrag mit Union und FDP vor. Sie tragen fast alles mit, was Union und FDP diesbezüglich geplant haben. Es bringt nur nichts, Herr Steinmeier, wenn Sie hier den Oppositionellen spielen, in der Sache aber vollständig mit Union und FDP übereinstimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich sage Ihnen, Herr Bundestagspräsident: Die Reihenfolge der Redner war falsch; denn nach der Bundeskanzlerin soll eigentlich ein Oppositioneller sprechen. In diesem Falle hätte ich das dann sein müssen.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie bringen das nicht, Herr Steinmeier. Ich will Ihnen auch sagen, was an Ihrer Argumentation falsch ist; das ist mir wichtig. Sie unterstützen doch den „Hebel“. In dem Zusammenhang sagen Sie, dass er zu einer Veränderung der Risiken führt. Warum sind Sie nicht ehrlich? Warum sagen Sie nicht, dass aus einem Risiko direkt die Zahlung durch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler wird? Das ist nämlich die Veränderung, die stattfindet.

(Hans-Michael Goldmann [FDP]: Sie haben keine Ahnung!)

Darüber hinaus verkünden Sie stolz: Die Europäische Zentralbank soll keine Staatsanleihen mehr kaufen. Schaut man sich den Entschließungsantrag aber genauer an, dann stellt man fest: Die EZB soll keine Anleihen mehr von den Staaten kaufen, aber von den privaten Banken soll sie weiterhin Anleihen kaufen. Damit sichern Sie wiederum die Banken. Ich sage Ihnen: Ihre vier Fraktionen sind die Fraktionen der Banken. Wir brauchen endlich Fraktionen für die Bevölkerung.

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Gysi!

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Ich komme zum Schluss. – Eine Garantierklärung ist im Entschließungsantrag übrigens auch nicht enthalten. Wir haben Ihnen klare Modelle genannt. Um zwei Dinge werden Sie nicht herumkommen: Wir brauchen erstens in Europa und in Deutschland endlich eine Vermögenssteuer. Ich bin es leid, dass die Hartz-IV-Empfängerin, der Stahlarbeiter und die Lehrerin die Folgen der Krise bezahlen. Das müssen andere bezahlen, nämlich die, die an der Krise verdient haben.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens brauchen wir endlich öffentlich-rechtlich organisierte Banken im Sinne des Art. 14 Abs. 2 und Art. 15 Grundgesetz,

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Punkt! Punkt! Punkt!)

nicht Ihre großen Privatbanken, die die Staaten in Abhängigkeiten treiben.

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Die Zeit ist um! Punkt! Punkt! Punkt!)

(C)

Wir brauchen die Unabhängigkeit der Staaten von den Privatbanken,

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Ja, ja, ja!)

sonst führen die Sie noch länger durchs Land, und zwar Sie alle vier zusammen.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Gysi, nachdem Sie mit der Reihenfolge der Redner schon nicht restlos zufrieden waren, werden Sie mit umso größerer Zufriedenheit die großzügige Bemessung der Redezeit durch den Präsidenten registriert haben.

(Beifall bei der LINKEN – Stefan Müller [Erlangen] [CDU/CSU]: Wäre nicht nötig gewesen!)

Das Wort hat nun der Kollege Volker Kauder für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Volker Kauder (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Bundeskanzlerin kann heute Abend beim Gipfel in Brüssel über das Programm, das sie heute hier zu den anstehenden Entscheidungen in Europa vorgetragen hat, verhandeln. Es entspricht nämlich genau dem Rahmen, den wir von Koalition, SPD und Grünen der Bundesregierung mit dem gemeinsamen Entschließungsantrag setzen. Das heißt also, der Bundestag ermutigt die Regierung, er hemmt nicht. Der Deutsche Bundestag macht die Bundesregierung stärker zur Durchsetzung unserer Interessen, die nicht ausschließlich deutsche Interessen sind, sondern einer guten Zukunft Europas dienen. Darauf kommt es an; das ist entscheidend.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich finde es schön, dass es gelungen ist, hier im Deutschen Bundestag bei einer wirklich bedeutenden – man kann vielleicht sogar sagen: existenziellen – Frage für Europa zu einer breiten Mehrheit zu kommen und eine gemeinsame Entschließung zu verabschieden. Lieber Herr Kollege Gysi, wir haben schon am Wochenende vorausgesehen, dass Sie bei einer solchen Entschließung nicht mitmachen können; wer für Sozialismus und kommunistische Wirtschaftsthese eintritt, der kann keine gute Zukunft für Europa mitgestalten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Widerspruch bei der LINKEN)

Deswegen ist es ganz klar, dass Sie, Herr Gysi, nicht dabei sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was wir in diesem Antrag formulieren, bedeutet eine Perspektive für Europa und Stabilität für den Euro. Herr Kollege Steinmeier, jetzt will ich ein paar Hinweise zu dem machen, was Sie gesagt haben. Sie haben in Ihrer Rede in

Volker Kauder

- (A) der großen Linie deutlich gemacht, dass es keine „Wunderwaffe gegen die Krise gibt“ und man jetzt und in ein paar Wochen noch gar keine absolut richtige Entscheidung dazu treffen kann, was man alles machen sollte. Ich würde Ihnen sehr raten,

(Rolf Hempelmann [SPD]: Jetzt rät er uns!)

nie zu vergessen, dass ein Teil der Probleme, die wir jetzt miteinander zu beheben haben, auf Entscheidungen aus der Regierungszeit von Rot-Grün beruht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich kann nur sagen: Es ist in Ordnung, wenn Herr Gabriel sagt, dass er sich für das, was geschehen ist – man hat die Finanzmärkte dereguliert –, entschuldigt und vielleicht sogar ein bisschen schämt. Es ist aber Fakt, dass es geschehen ist. Deswegen sollten Sie hier nicht in einer Art und Weise auftreten, die dem, was auch Sie mit zu verantworten haben, nicht angemessen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Klaus Ernst [DIE LINKE]: Waren Sie dagegen? Ihr wart doch auch dafür! Was ist das für eine Argumentation? – Dr. Barbara Hendricks [SPD]: Schwarz und Gelb ging es nie weit genug!)

– Ich will gar nicht in die Vergangenheit schauen. Ich will nur sagen: Wer von anderen Demut einfordert, muss sie auch selber einmal aufbringen, vor allem, wenn er Grund dazu hat. Herr Steinmeier, das ist der entscheidende Punkt.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir wollen, dass dieses Europa wieder auf stabile Füße kommt. Hier ist mehrfach gesagt worden, dass man Grundlinien vermisst. Dazu kann ich nur sagen: Es gibt ein paar entscheidende Positionen, die diese Koalition von Anfang an durchgehalten hat, wo sie nie etwas geändert hat und ich manchmal Zweifel hatte, ob Sie von der Opposition da richtig liegen. Wir haben von Anfang an gesagt: Es wird überhaupt keine Lösung geben, wenn einige glauben, sie könnten aus Solidarität Geld bekommen, ohne ihre eigenen Probleme anzupacken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Es wäre doch völlig falsch gewesen, damit zu starten, dass wir sagen: „Wir nehmen euch alle Schulden ab; erst wenn wir alle Schulden abgenommen haben, könnt ihr uns einmal sagen, was ihr machen wollt.“ Dann wäre nichts geschehen. Insofern war es der richtige Weg, zunächst einmal dafür zu sorgen, dass notwendige Reformen durchgeführt werden, und dann miteinander darüber zu reden, wie es weitergehen kann.

Wissen Sie, Herr Gysi, Sie vergießen hier dicke Tränen. Da kann ich nur sagen: Natürlich kann der einzelne Mensch in Griechenland nichts für das, was geschehen ist, aber es ist zwingend erforderlich – dafür waren auch die Maßnahmen, die die Bundesregierung in Europa vorangetrieben hat, erforderlich –, dass wir bei der Rente und anderen Ansprüchen ein Niveau erreichen, das für

alle in Europa gilt. Es kann nicht sein, dass einige wenige in der Welt glauben, sie könnten es sich leichter machen, und andere es dafür schwerer haben. Daher war unser Vorgehen zwingend notwendig.

(C)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Klaus Ernst [DIE LINKE]: Sollen unsere Lehrer auch 570 Euro bekommen? Ist das Ihr Ziel? Was ist denn das für eine Argumentation hier?)

Den Kurs der Hilfe und Solidarität – gegen entsprechende Auflagen – hat die Bundesregierung konsequent durchgehalten. Die Bundesregierung hat auch durchgängig die Meinung vertreten, dass der private Sektor beteiligt werden muss. Was Rainer Brüderle formuliert hat, ist völlig richtig: Risiko und Haftung gehören ganz eng zusammen. Deswegen wird heute Abend der Gipfel in Europa nur dann zu einem Erfolg führen, wenn der private Sektor stärker als bisher beteiligt wird. Das hat die Bundeskanzlerin klar und deutlich gesagt. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich darauf hinweisen, dass der private Sektor diese Mahnung ernst nehmen und nicht glauben soll, er könne ausschließlich mit dem Schielen auf Steuergelder durchkommen. Das dürfen wir und das wird die Bundesregierung nicht zulassen. Der private Sektor muss sich beteiligen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege, der Kollege Ernst würde gerne eine Zwischenfrage stellen.

(D)

Volker Kauder (CDU/CSU):

Wir wollen, dass dies auf dem Gipfel heute Abend klar und deutlich wird. Das wollen wir formulieren.

Ja, es ist richtig, dass wir in Bezug auf die Entschliebung – die wir heute fassen und die die Bundesregierung und die Bundeskanzlerin bei ihren Verhandlungen stärken wird –, auch darauf hinweisen, dass wir den privaten Sektor nicht nur auffordern, sich zu beteiligen, sondern dass wir dem privaten Sektor deutlich machen: Wir wollen eine Besteuerung von bestimmten – nicht allen – Finanztransaktionen. Ja, es wäre auch uns lieb und recht, wenn dies auf internationaler Ebene durchführbar wäre und sich alle daran beteiligen würden. Das ist aber nicht zu erwarten. Deswegen müssen wir es zumindest in Europa umsetzen.

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt ansprechen. Ich bitte Sie, Frau Bundeskanzlerin, heute Abend Folgendes klarzustellen: Wir nehmen es hin – manchmal auch mit der Faust in der Tasche –,

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Jetzt wird es bitter für Brüderle!)

dass uns die Briten erklären, wie man aus der Krise herauskommt, aber dann erwarten wir auch ihre Solidarität und dass sie endlich bereit sind, der Finanztransaktionssteuer zuzustimmen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Volker Kauder

- (A) Man kann nicht ständig Ratschläge geben, aber sich dann, wenn es ernst wird, davonmachen. Das geht nicht. Das gehört zur Solidarität in Europa.

Wir haben auch klar formuliert – das ist für uns ein zentraler Punkt –, was die EFSF nach den neuen Regeln machen kann. Unter anderem ist vorgesehen – jeweils mit Zustimmung des Deutschen Bundestages, vertreten durch den Haushaltsausschuss –, dass unter eng begrenzten Möglichkeiten Anleihen am Sekundärmarkt aufgekauft werden können. Da Einstimmigkeitsprinzip herrscht, kommt es ganz entscheidend auf unsere Zustimmung im Deutschen Bundestag an.

Die Bundeskanzlerin hat gestern klargestellt, was die EZB auf gar keinen Fall machen darf und für welche Bereiche Deutschland seine Zustimmung nicht geben wird.

(Hans-Christian Ströbele [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warten wir es ab!)

Ich möchte für unsere Koalition ausdrücklich darauf hinweisen: Wenn wir im Zuge der Gestaltung der EFSF klargestellt haben, dass unter bestimmten Voraussetzungen Anleihen am Sekundärmarkt aufgekauft werden können, dann wollen wir aber nicht mehr, dass die EZB in Zukunft solche Anleihen aufkauft. Das muss Aufgabe des Rettungsschirms sein und bleiben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Thomas Oppermann [SPD]: Das müssen wir aber erst hineinverhandeln! Das steht nicht drin!)

- (B) Wir hätten mit unserem Nein nichts erreicht, wenn die EZB später doch einspringt. Wir legen großen Wert darauf, dass das klargestellt wird.

Es ist angesprochen worden, dass die Bürger viele Fragen stellen und sich Sorgen machen, weil sie viele der Details, die hier diskutiert werden, gar nicht so richtig verstehen. Sie wissen gar nicht, worauf es im Einzelfall ankommt. Umso notwendiger ist es, dass wir den Menschen sagen: Wir haben Rezepte; wir wissen, wie wir diesen Risiken begegnen können. Der heutige Tag, an dem der Deutsche Bundestag in großer Geschlossenheit entscheidet, ist ein guter Tag, um diese Botschaft auszusenden. Natürlich gibt es bei der einen oder anderen Frage noch unterschiedliche Auffassungen. Ich wünsche mir aber, dass wir, nachdem wir diesen Antrag gemeinsam verabschiedet haben, auch zum Ausdruck bringen, dass wir unsere Bundesregierung, unsere Verhandlungsführer für die Verhandlungen in Brüssel so ausgestattet haben, dass das Notwendige getan werden kann. Ich wünsche mir, dass zum Ausdruck kommt, dass es dafür eine breite Zustimmung im Parlament gab.

Jetzt zum Parlament. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde, gerade wir, die wir Gesetze verabschieden, sollten größten Wert darauf legen, dass mit diesen Gesetzen anständig umgegangen wird und die Bestimmungen der Gesetze ordentlich angewandt werden.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Siehe letzten Freitag!)

- (C) In dem Antrag, über den wir am letzten Freitag beraten haben, steht ausdrücklich, dass laut Gesetz die Befassung mit Richtlinien, mit Leitlinien zum Aufgabebereich des Haushaltsausschusses gehört. Es ging um technische Fragen. Es waren keine politischen Entscheidungen zu fällen.

(Joachim Poß [SPD]: Unglaublich!)

Wir haben den Gesetzestext eng ausgelegt und gesagt: Wir wollen, dass der Haushaltsausschuss darüber entscheidet – Punkt und aus. Wir haben uns doch alle etwas dabei gedacht, als wir den Gesetzentwurf verabschiedet haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir haben aber auch gesagt: Bei jeder anstehenden Entscheidung prüft der Deutsche Bundestag, ob er oder der Haushaltsausschuss zuständig ist. Das Ergebnis der Prüfung ist in diesem Fall – das ist eine politische Entscheidung –, dass das Parlament die Entscheidung treffen soll. Ich sage Ihnen: Nachdem in Brüssel Entscheidungen getroffen worden sind, schauen wir uns die Situation erneut an. Wenn in Brüssel Richtlinien vereinbart werden, dann spricht einiges dafür, dass sich der Haushaltsausschuss damit befassen wird. Bauen Sie hier doch keinen Popanz auf. Das Parlament hat sich Regeln gegeben, und diese Regeln werden eingehalten. Wenn der Haushaltsausschuss zuständig ist, ist der Haushaltsausschuss zuständig, und wenn das Parlament zuständig ist, ist das Parlament zuständig. Daran halten wir uns. Deswegen diskutieren und entscheiden wir heute im Parlament, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Darüber entscheidet nicht die Opposition und auch nicht die Koalition, sondern das steht im Gesetz. Danach richten wir uns.

Ich glaube, dass wir mit dem, was wir der Bundesregierung heute mit auf den Weg nach Brüssel geben, auch zum Ausdruck bringen, dass dieser Deutsche Bundestag sich in breiter Mehrheit seiner Verantwortung bewusst ist. Es freut mich, dass wir diese Geschlossenheit im Deutschen Bundestag zum Ausdruck bringen. Damit stärken wir unserer Regierung bei den Verhandlungen in Brüssel den Rücken. Das stärkt die Position der Bundeskanzlerin. Sie muss stark sein, um den teilweise abwegigen Wünschen, die an sie gerichtet werden, begegnen zu können. Frau Bundeskanzlerin, wir wünschen Ihnen heute viel Kraft. Die Entschließung des Deutschen Bundestages, die wir Ihnen heute mit auf den Weg geben, kann Sie ermutigen und dazu beitragen, dass Sie die richtigen Entscheidungen fällen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Zu einer Kurzintervention erhält der Kollege Klaus Ernst das Wort.

(Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist eigentlich mit Sahra? – Volker Kauder [CDU/CSU]: Wir wollen Sahra sehen!)

(D)

(A) **Klaus Ernst** (DIE LINKE):

Herr Kollege Kauder, Sie haben meine Zwischenfrage nicht zugelassen. Deswegen reagiere ich so.

Sie haben hier vorgetragen, die Griechen seien nicht auf europäischem Niveau und sie müssten das europäische Niveau erreichen. Herr Gysi hat gerade vorgetragen, dass das Gehalt einer Lehrerin von knapp über 1 000 Euro – ihr Einkommen ist bereits gekürzt worden – durch Maßnahmen infolge der Auflagen, die Sie befürworten, auf 575 Euro im Monat gekürzt wurde. Halten Sie diese Politik als Modell für Deutschland für akzeptabel? Ich halte das, was Sie hier vorgetragen haben, für ungeheuerlich. Ich will das mit aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Aus einem einzigen Grund werde ich dem Paket nie und nimmer zustimmen:

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Wir wollen Sie ja gar nicht!)

Das, was Sie in Europa machen, geht zulasten der normalen Bürger, zulasten der Gesundheit und zulasten der Bildung. Portugal haben Sie Auflagen gemacht, die dazu führen, dass der Bildungsetat und der Gesundheitsetat heruntergesetzt werden. In Griechenland werden die Renten und die Löhne gekürzt. Das ist für mich Grund genug, nie und nimmer einem solchen Paket zuzustimmen. Während die Banken nach wie vor das Geld in den Hintern gestopft bekommen, ziehen Sie es den Leuten aus der Nase. Das, was Sie hier vorgetragen haben, ist ungeheuerlich.

(B) (Beifall bei der LINKEN – Hartwig Fischer [Göttingen] [CDU/CSU]: Nehmen Sie erst einmal die Hand aus der Hosentasche!)

Wenn das das Modell Deutschland ist, wird mir himmelangst und bange. Eine Frage, Herr Kauder, hat Ihre Regierung noch nicht beantwortet. In einem Brief an die Regierung, an Frau Merkel stellen mein Kollege Gysi, meine Kollegin Gesine Löttsch und ich die Frage, ob Sie hier für die Bundesrepublik Deutschland eine Garantie für die Löhne und für die Renten geben, sodass die Menschen wissen, dass ihnen nicht das passiert, was den Menschen in Griechenland, Portugal und Spanien von Ihnen aufgebürdet wird. Diese Frage haben Sie nicht beantwortet. Das ist mein Punkt, Herr Kauder.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Jürgen Trittin für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Angsthase Kauder!)

Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man kann doch gar nicht daran vorbeidiskutieren, dass die Menschen angesichts der Summen, über die wir sprechen – wir haben uns mittlerweile daran gewöhnt –, zutiefst verunsichert sind. Ich sage Ihnen, lieber Herr Kauder:

Ein Teil der Verunsicherung kommt auch daher, dass Sie am Mittwoch das Gegenteil von dem, was Sie am Freitag hier praktiziert haben, für richtig erklären.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben am Freitag unseren Antrag, in dem lediglich gefordert wurde, dass, wenn eine Hebelung kommt, hier im Deutschen Bundestag darüber entschieden werden muss, gemeinsam abgelehnt. Heute stellen Sie sich hier hin und erklären das zu einem Ausbruch Ihrer politischen Kultur. Das verunsichert die Menschen in diesem Lande.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich füge ein Weiteres hinzu – das gilt auch für Sie, Herr Brüderle –: Sie haben vor drei Wochen unisono – es ist ja selten Einigkeit in der Koalition, aber in diesem Fall war es so – mit Herrn Seehofer erklärt, dass es eine Hebelung nicht geben wird. Heute beschließen Sie es.

(Zuruf des Abg. Rainer Brüderle [FDP])

Lieber Herr Brüderle, es ist ja nicht schlimm, dass man schlauer wird, aber die Menschen im Lande erwarten von jemandem in Ihrer Position, dass er begründet und darlegt, warum er heute anderer Meinung ist als vor drei Wochen. Das ist politische Kultur, lieber Kollege Brüderle.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich stimme Ihnen ausdrücklich zu, Frau Bundeskanzlerin, dass man in einer solchen Situation ernsthaft über Risiken sprechen muss. Ich habe versucht, Ihnen sehr genau zuzuhören; ich habe es auch nachgelesen. Auch Sie haben es vermieden, das Wort „Hebel“ in den Mund zu nehmen. Warum eigentlich? Warum scheuen Sie sich, den Menschen die Wahrheit zu sagen,

(Beifall der Abg. Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

die sie in den letzten Tagen ohnehin verstehen mussten?

Es ist auch falsch, die Menschen darüber im Unklaren zu lassen, was damit verbunden ist. Selbstverständlich bleibt die Summe gleich – das hat niemand bestritten –, aber wenn Sie sich den Mechanismus einmal anschauen, dann stellen Sie fest: Wenn nur 20 Prozent der Garantien fällig werden, wenn Sie lediglich 200 Milliarden Euro, also nicht alles, in die Hebelung bringen, was Sie ja nicht können, dann würden ohne die Hebelung für Deutschland 24 Milliarden Euro fällig werden. Mit einer Hebelung liegt dieser Betrag bei 66 Milliarden Euro. Das ist eine Verdreifachung des Risikos. Ich sage Ihnen, Frau Bundeskanzlerin: Es wäre dieses Hohen Hauses würdig gewesen und ein berechtigter Anspruch der Menschen im Lande, dass Sie ihnen dies erklären und ihnen auch erklären, warum es richtig ist, dieses Risiko einzugehen. Davor haben Sie sich heute hier gedrückt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Frank-Walter Steinmeier [SPD])

Jürgen Trittin

- (A) Reden wir über die Risiken. Noch vor Monaten haben Sie bestritten, dass man an einem Schuldenschnitt für Griechenland nicht vorbeikommt; er ist übrigens die Grundvoraussetzung dafür, dass das Land wirtschaftlich wieder auf die Beine kommt und die Dinge, die einige Kollegen zu Recht kritisiert haben, abgestellt werden können. Sie haben in diesem Zusammenhang gesagt, es gehe dabei auch um die Beteiligung privater Gläubiger. Ja, aber eben *auch*. Sie alle wissen doch, dass ein Großteil der Verbindlichkeiten, die bestehen, in mittlerweile verstaatlichten Banken liegt, also nicht im privaten Sektor – nicht bei der Deutschen Bank oder der Commerzbank, die zu drei Vierteln in privater Hand ist –, sondern in der Bad Bank der Hypo Real Estate. Auch das hätten Sie den Menschen hier und heute sagen müssen, weil es zum Gesamtpaket und zum Gesamtbild der Wahrheit gehört.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie hätten auch deutlich machen müssen, dass wir nicht darum herumkommen, diesen Schritt zu gehen, weil alle Sparanstrengungen in Griechenland sonst nicht zum Erfolg führen werden, und dass wir dies tun müssen, damit dort wieder geordnete Verhältnisse einkehren. Weil das so ist, müssen wir dafür sorgen, dass die Risiken, die in Griechenland bestehen, nicht auf Spanien und Italien überschwapen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Frank-Walter Steinmeier [SPD])

- (B) Deswegen ist die Hebelung trotz der damit verbundenen Risiken notwendig. Deswegen müssen wir heute im Bundestag gemeinsam diesen Weg gehen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Dr. Frank-Walter Steinmeier [SPD] und Hans-Michael Goldmann [FDP])

Es ist notwendig – dies betrifft zweierlei: das Risiko, aber auch die Rekapitalisierung, die Sie alle ursprünglich nicht in unserem gemeinsamen Entschließungsantrag haben wollten –, endlich dafür Sorge zu tragen, dass nicht nur der Überschuldung von Staaten, sondern auch der systematischen Überschuldung von Banken ein Riegel vorgeschoben wird.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Frank-Walter Steinmeier [SPD])

Sie haben gesagt, Sie wollen dieses Thema jetzt im Rahmen der G 20 behandeln. Liebe Frau Merkel, darauf hätten Sie nicht warten müssen. Es war schon in der Schweiz möglich, systemrelevanten Banken eine Kernkapitalquote von 12 Prozent zwingend zu verordnen.

(Christian Lindner [FDP]: Lehman Brothers hatte eine von 11 Prozent! Das hat auch nicht geholfen!)

– Lieber Herr Lindner, passen Sie auf! Jetzt kommen für Sie nämlich ganz schlimme Zahlen. – Sie sind jetzt stolz darauf, dass Sie beabsichtigen, den Banken zum 30. Juni nächsten Jahres eine Kernkapitalquote von 9 Prozent

aufzudrücken, wissen aber noch nicht, ob sich das alle Banken leisten können. Auch hier sage ich: Die Menschen erwarten im Hinblick auf die Bankenregulierung nicht nur, dass man Ankündigungen macht, sondern sie erwarten auch, dass Ankündigungen in politisches Handeln umgesetzt werden. Regieren heißt, politisch zu handeln, aber nicht, sich so zu verhalten, wie Sie es getan haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Christian Lindner [FDP]: Leider haben Sie in Ihrer Regierungszeit zu viel gehandelt! Und auch noch falsch! Sie hätten besser weniger gehandelt!)

Schließlich: Sie, Frau Bundeskanzlerin, haben sich auf die Bewegung „Occupy Wall Street“, auf die Menschen, die hier in Berlin und in der Frankfurter Innenstadt, im Bankenviertel, demonstriert und protestiert haben, bezogen. Sie haben gesagt, Sie hätten Verständnis für diese Menschen. Ich glaube, Sie sollten sich noch einmal genau anhören, was diese Menschen vertreten. Diese soziale Bewegung bringt nicht nur Kritik an unregulierten Banken zum Ausdruck, sondern klagt auch eine falsche Arbeitsteilung zwischen Politik und wirtschaftlich Mächtigen sowie einen Mangel an Gerechtigkeit in dieser Gesellschaft an.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Frank-Walter Steinmeier [SPD])

Bei diesen Menschen ist der Eindruck entstanden – die Wirklichkeit hat ihn bestätigt –, dass die Lasten dieser Krise nicht hauptsächlich von denjenigen, die sie verursacht oder von den Rettungsmaßnahmen profitiert haben, getragen werden.

Liebe Frau Bundeskanzlerin, glauben Sie im Ernst, dass irgendjemand von „Occupy Wall Street“ zum Beispiel Verständnis dafür hat, dass Sie in diesen Tagen ein Abkommen mit der Schweiz getroffen haben, durch das Steuerhinterziehung in Milliardenhöhe straffrei gestellt wird und die Hände der Finanzbehörden auch künftig in Fesseln gelegt werden sollen? Glauben Sie im Ernst, dass das bei denen, die in Frankfurt demonstrieren, auf Verständnis stößt?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dahinter steht ein tiefer liegendes Problem. Diejenigen, deren Vermögensbestände nun durch diese Rettungsmaßnahmen gesichert werden, müssen für die Bewältigung der Folgen dieser Krise ihren Beitrag leisten. Deswegen muss die FDP der Finanztransaktionssteuer jetzt in einem gemeinsamen Antrag zustimmen und an dieser Stelle, wie bei der Hebelung, ihre Meinung ändern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb bleibt es richtig, dass wir auf den Skandal hinweisen, dass in Deutschland durch Rettungsmaßnahmen Vermögensbestände gesichert werden, Sie aber bis heute nicht den Mut haben, diejenigen, die über sehr

Jürgen Trittin

- (A) große Vermögen verfügen – das sind die Vermögen, die hier durch solche Maßnahmen gesichert werden –, durch eine Vermögensabgabe zu einer entsprechenden Beteiligung an den Kosten heranzuziehen. Das ist bei aller Gemeinsamkeit für dieses Europa, bei aller Gemeinsamkeit darin, dass jetzt die notwendigen Rettungsschritte wirklich verbindlich, bewusst und aufrichtig gegangen werden müssen, indem die tatsächlichen Risiken benannt werden, der Grund, warum wir an dieser Stelle noch lange nicht übereinkommen. Ich bin mir aber sicher: Am Ende werden Sie uns auch in diesem Punkt folgen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Michael Link hat das Wort für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU)

Michael Link (Heilbronn) (FDP):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Trittin, Ihre Empörung war vorhersehbar. Verständlich wäre sie, wenn Sie sich selbst an das, was Sie fordern, in Ihrer eigenen Regierungszeit gehalten hätten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU)

- (B) Das, was wir jetzt mühsam aufräumen müssen, haben Sie uns mit der Aushöhlung des Stabilitäts- und Wachstumspakts in den Jahren 2003, 2004 und 2005 eingebrockt. Das können wir Ihnen – haben Sie die Gnade, sich umzudrehen und zuzuhören – nicht ersparen.

Ihre Empörung wäre dann verständlich, wenn Sie – wenn es denn so ist, dass Ihre Thesen zur Finanzmarktsteuer zutreffen – Ihre eigene Regierungszeit dazu genutzt hätten, das durchzusetzen. Damals war das SPD-geführte Finanzministerium gegen die Tobin-Tax, gegen die Finanztransaktionssteuer, wissend, wie schwierig sie unter anderem unter den Gesichtspunkten „Finanzplatz London“ etc. durchzusetzen ist.

Sie betonen hier den Punkt Transparenz sehr stark. Ja, ich weiß mich im Kampf um Transparenz mit vielen Kollegen gerade in Ihrer Fraktion sehr einig. Wir haben freundschaftlich gestritten, auch darum, wie wir die Parlamentsbeteiligung ausgestalten. In einem Fraktionspapier vom 30. August 2011 haben Sie hinsichtlich EFSF – ich rede also nur über EFSF und nicht über ESM – gesagt – ich zitiere –:

Vor der Entscheidung über die Gewährung von Finanzhilfen ... *soll* die Bundesregierung Einvernehmen mit dem Bundestag herstellen.

Das ist die Fraktionsposition der Grünen vom 30. August 2011.

(Otto Fricke [FDP]: Aha!)

Gleichzeitig sagen Sie weiter hinten, weil es so delikat sei, so etwas im Plenum zu diskutieren, und weil die gesamte Thematik so delikat sei, sei das stille Verfahren im Haushaltsausschuss in der Regel vorzuziehen. Trotzdem haben Sie in der letzten Woche lauthals gefordert, das Plenum damit zu befassen. Das passt nicht zusammen. Deshalb haben wir an dieser Stelle klar entschieden, einen Entschließungsantrag einzubringen. (C)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU)

Wir haben im Übrigen – dafür bin ich vielen Kollegen gerade aus den Koalitionsfraktionen, aber auch aus den Oppositionsfraktionen dankbar – beim Thema Parlamentsbeteiligung gemeinsam etwas geschafft, was wir nicht kleinreden dürfen, sondern was wir selbstbewusst, aber auch verantwortungsbewusst wahrnehmen müssen. Für all diejenigen, die es noch nicht wissen: Diese Entscheidungen gehören hierher.

Ich möchte einen Leitsatz aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zitieren, weil er nicht oft genug zitiert werden kann:

Als Repräsentanten des Volkes

– so das Gericht –

müssen die gewählten Abgeordneten des Deutschen Bundestages auch in einem System intergouvernementalen Regierens

– wie der EU –

die Kontrolle über grundlegende haushaltspolitische Entscheidungen behalten. (D)

Deshalb debattieren wir heute hier. Deshalb diskutieren wir abgestuft im Haushaltsausschuss. Deshalb war die Position Ihrer Fraktion vom 30. August spätestens am 7. September, als aus Karlsruhe offiziell die Entscheidung erging, überholt. Genauso sind ihre Vorschläge überholt, wie man die Wachstums- und Schuldenkrise bekämpfen könnte. Dafür haben Sie in Ihrer eigenen Regierungszeit exakt die falschen Weichen gestellt.

Wir als Koalition sagen ganz klar: Stabilitätsunion statt Schuldenunion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten
der CDU/CSU)

Das ist die Grundlinie dieser Koalition. Diese verfolgen wir, seit diese Koalition angetreten ist. Weil wir sie konsequent weiterführen wollen, weil wir zeigen wollen, dass europäische Integration und ordnungspolitische Vernunft kein Widerspruch sind – im Gegenteil –, treten wir als Koalition – Frau Bundeskanzlerin hat es gesagt – für Vertragsänderungen ein.

Diese Vertragsänderungen brauchen wir. Wir brauchen sie jetzt nicht, um einen Nachfolgevertrag für den Vertrag von Lissabon zu machen. Das ist noch Zukunftsmusik. Wir brauchen sie, um den jetzigen Vertrag so zu schärfen, dass wir agieren können. Dazu gehören Durchgriffsrechte. Dazu gehören – Kollege Kauder hat es angesprochen – vielleicht Überlegungen, wie man die EZB

Michael Link (Heilbronn)

- (A) dazu bringt, nicht mehr am Anleihenmarkt tätig zu werden. Das kann man nicht gerichtlich und auch nicht politisch machen. Aber man kann sehr wohl in den Vertrag Präzisierungen aufnehmen, welches die Aufgaben der einzelnen Institute sind. Das können wir machen.

Von daher müssen wir genau diese Punkte in kontrollierten und begrenzten Vertragsänderungen in einem kleinen Konvent angehen. Dafür steht die FDP-Fraktion ganz intensiv zur Verfügung. Wir wünschen der Bundesregierung für die heutigen Verhandlungen viel Erfolg.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Gerda Hasselfeldt hat jetzt das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Gerda Hasselfeldt (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war richtig, dass die Entscheidungen beim EU-Gipfel zunächst um einige Tage verschoben wurden. Auch die Entscheidung, heute im Plenum darüber zu diskutieren und über die weiteren Schritte zu entscheiden, war richtig. In der vergangenen Woche war nichts entscheidungsreif, weder hier noch auf EU-Ebene. Heute haben wir eine hinreichend konkrete Vorlage und einen darauf aufbauenden Entschließungsantrag.

- (B) Worum geht es? Es geht um weitere Schritte zur Schuldenkrisenbewältigung, ausgehend von der Krise in Griechenland. Es geht um Schritte zur Bewältigung einer Krise, die zwar in anderen Euro-Ländern ihren Ursprung, aber Auswirkungen auf uns alle hat. Es geht nicht um griechische Probleme, sondern es geht um die Bewältigung von Problemen, die sich auf uns, auf den gesamten Euro-Raum auswirken. Es geht um die Auswirkungen auf unsere Arbeitsplätze, unseren Wohlstand, unsere soziale Sicherheit, unsere Spareinlagen. Um all das geht es. Es geht um unsere ureigensten Probleme im gemeinsamen Währungsraum.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir in Deutschland sind davon durch die Größe unseres Exports, durch die wirtschaftlichen Verflechtungen im gesamten globalen Sektor, aber insbesondere im Euro-Bereich, ganz besonders betroffen. Wir profitieren vom Euro am allermeisten. Deshalb haben wir auch die höchste Verantwortung in diesem Sektor.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit der Bundeskanzlerin für all das herzlich danken, was sie in den letzten Monaten auf europäischer Ebene schon verhandelt und erreicht hat. Das alles war bei den unterschiedlichsten Interessen, den unterschiedlichsten Ausgangspositionen der einzelnen Euro-Länder nicht selbstverständlich. Es wurde vieles verhindert, was andere auch in diesem Haus wollten, beispielsweise eine Vergemeinschaftung von Schulden. Das ist auch auf ihren Einsatz zurückzuführen. Dafür sollten wir ihr herzlich danken.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

(C)

Die Grundlage unseres Handelns war und ist auch heute noch: Unterstützung und Solidarität ja, aber nur in Verbindung mit Solidität, Eigenverantwortung der einzelnen Länder und eigenen Anstrengungen der Schuldnerländer, aus ihrer Situation herauszukommen und wieder wettbewerbsfähig zu werden. Diese Verbindung – Solidarität und Eigenverantwortung – ist die Grundlage des europäischen Rettungsschirms. Das haben wir in den vergangenen Wochen durch die Ertüchtigung der EFSF zum Ausdruck gebracht, aber das gilt auch für den vorliegenden Entschließungsantrag.

Dass dieses System und die Gewährung von Hilfen nur in Verbindung mit konkreten Auflagen und deren Kontrollen funktionieren, das zeigen die Beispiele Irland und Portugal. Das macht auch deutlich, dass wir mit diesem Grundsatz auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Heute geht es darum, wie die Mittel noch effizienter eingesetzt werden können, um die Märkte zu stabilisieren und zu entspannen und um mögliche Ansteckungen auf andere europäische Länder, insbesondere auf andere Euro-Länder, zu verhindern. Für uns ist dabei erstens besonders wichtig, dass der festgelegte Haftungsrahmen von 211 Milliarden Euro für Deutschland auf keinen Fall überschritten wird, und zweitens, dass sich der Rettungsschirm kein zusätzliches Geld über die Europäische Zentralbank besorgen kann. Der Rettungsschirm darf keine Gelddruckmaschine werden.

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Ein Blick auf die Zusammenhänge zeigt, dass alle diejenigen, die eine noch höhere Gläubigerbeteiligung beispielsweise bei Griechenland fordern, auch für eine Effizienzsteigerung des Rettungsschirms sein müssen. Denn beides hängt eng miteinander zusammen. Nur mit einer Steigerung der Effizienz der Mittelvergabe beim europäischen Rettungsschirm ist die Ansteckungsgefahr, die mit einer stärkeren Gläubigerbeteiligung verbunden ist, einzudämmen.

Es wird immer wieder darüber diskutiert, ob bei den möglichen Optionen einer Versicherungslösung oder Fondslösung, die jetzt im Raum stehen, das Ausfallrisiko höher ist und wie es begrenzt bzw. beziffert werden kann. Ganz eindeutig kann man das nicht beantworten, weil es vom Verlauf der Entwicklung abhängig ist. Aber alles spricht dafür, dass mit der Effizienzsteigerung dieser Mittel die Entspannung und Stabilisierung der Märkte und die Minderung der Ansteckungsgefahren verbunden ist. Allein dies bedeutet schon eine Verringerung des Risikos.

Hinzu kommt, dass auch die Risikostreuung größer wird, weil durch die angedachte Effizienzsteigerung vermehrt privates Kapital mit einfließt. Auch das bedeutet eine Risikominderung für die öffentlichen Mittel. Nur zu sagen, Effizienzsteigerung führe in jedem Fall zu einer

Gerda Hasselfeldt

- (A) Erhöhung des Ausfallrisikos, ist mit Sicherheit so nicht richtig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Aber jenseits dieser Maßnahmen, die in dem Entschließungsantrag stehen, über die wir dann entscheiden und die Gegenstand der Gespräche beim Gipfel sind, bleibt eine Fülle zusätzlicher Aufgaben auf der Tagesordnung. Es bleibt dabei – das ist vorhin schon angesprochen worden –: Jede Anstrengung, die Verschuldung in den einzelnen Euro-Ländern zurückzuführen, muss fortgesetzt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Deshalb begrüße ich es, dass die Bundeskanzlerin auf europäischer Ebene die Diskussion über die Einführung der Schuldenbremse in den nationalen Haushalten vorangetrieben hat. Wir waren Vorreiter in Europa, wir sind Stabilitätsanker und Wachstumslokomotive in einem. Das hat sich bewährt. Dass jetzt auch andere Euro-Länder zumindest teilweise zu einer Schuldenbremse bereit sind und dass diese Diskussion auf europäischer Ebene fortgeführt wird, ist nicht von Anfang an selbstverständlich gewesen. Das ist eine gute Entwicklung.

Wir brauchen weiterhin eine Regulierung der Finanzmärkte und auch mehr Transparenz. Aber dazu muss ich sagen: Diejenigen, die heute so kritisieren, dass wir in dieser Beziehung noch nicht weitergekommen sind, und die die Vereinbarung mit der Schweiz kritisieren, wie es vorhin Herr Trittin gemacht hat, müssen sich schon fragen lassen, was denn Rot-Grün in seiner Regierungszeit gemacht hat.

(B)

(Volker Kauder [CDU/CSU]: Gar nichts!)

Welches Abkommen haben Sie denn mit der Schweiz getroffen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Widerspruch bei der SPD)

Was haben Sie denn gemacht, außer unsere Kollegen dort mordsmäßig zu verärgern? Sie haben doch nichts auf den Weg gebracht. Auch was die Regulierung der Finanzmärkte betrifft, haben Sie damals das Gegenteil gemacht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Auch das gehört mit zur Wahrheit. Deshalb ist es notwendig, nach vorne zu blicken und zu sehen, was man machen kann und was man machen muss.

(Zuruf des Abg. Joachim Poß [SPD])

Man darf auch nicht übersehen, was schon gemacht wurde auf nationaler Ebene, beispielsweise was den Bereich der Leerverkäufe anbetrifft, aber auch auf europäischer Ebene.

Wir brauchen eine höhere Widerstandsfähigkeit der Banken – das ist schon angesprochen worden –, und wir brauchen eine bessere Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik auf europäischer Ebene. Dazu sind

(C) schon eine Menge Vorarbeiten geleistet worden. Ich begrüße ausdrücklich das, was zu den möglichen Vertragsänderungen gesagt wurde.

Ein Wort noch zu der Diskussion, ob wir mehr oder weniger Europa brauchen. Ich finde die Diskussion unter diesen Überschriften nicht allzu hilfreich. Das sage ich ganz offen. Das ist zu allgemein. Jeder versteht darunter irgendetwas anderes. Wenn ich über mehr Europa nachdenke, dann will ich ausdrücklich nicht mehr Bürokratie, zusätzliche Vorschriften und Regulierungen zu etwas, was nicht dringend notwendig ist, beispielsweise die Bodenschutzrichtlinie.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Aber alles, was zur Stärkung der Stabilitätskultur in Europa beiträgt, muss ernsthaft geprüft werden. Wenn nach der Prüfung Maßnahmen tauglich sind, um mehr Stabilität unserer gemeinsamen Währung zu erreichen, dann müssen diese durchgeführt werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

(D) Ich begrüße ausdrücklich, dass der vorliegende Entschließungsantrag eine breite Zustimmung dieses Hauses erfährt. Je deutlicher unser Votum heute für diesen Entschließungsantrag ist, desto stärker ist die Verhandlungsposition der Bundeskanzlerin heute Abend und in den nächsten Wochen und Monaten. Je stärker ihre Verhandlungsposition ist, desto besser können unsere, die deutschen Interessen und das Interesse an der Stabilität unserer gemeinsamen Währung in Europa durchgesetzt werden.

Deutschland steht in Europa für eine gewachsene Stabilitätskultur. Die Bundeskanzlerin hat diese Stabilitätskultur von Anfang an als Maßstab für ihre Arbeit und ihre Verhandlungen auf europäischer Ebene angenommen und sie immer wieder als Maßstab eingebracht.

Frau Bundeskanzlerin, ich wünsche Ihnen für die weiteren Verhandlungen viel Erfolg. Alles Gute für Sie und insbesondere für die Bevölkerung in unserem Land!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Michael Roth hat jetzt für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Michael Roth (Heringen) (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist schon ein starkes Stück. Frau Kollegin Hasselfeldt, während Ihrer fulminanten Rede haben Sie in unsere Richtung geschaut und uns die Deregulierung der Finanzmärkte vorgeworfen.

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Ja, wem denn sonst?)

Die Gralshüter von Neoliberalismus und Marktradikalismus sitzen doch auf der anderen Seite.

Michael Roth (Heringen)

(A) (Otto Fricke [FDP]: Aber Sie haben das doch gemacht!)

Ihnen ging doch alles nicht weit genug.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben doch jede Regulierung abgelehnt und groß herumgetönt.

Ein Stückchen mehr Selbstkritik, wie Sie es – nicht ganz zu Unrecht – von uns eingefordert haben, würde ich auch einmal von Ihnen erwarten, liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU/CSU und FDP.

Was wir hier seit Monaten erleben, ist doch eine nicht enden wollende Serie gebrochener Versprechen, Dementis und Kehrtwenden. Heute haben Sie es wieder genauso gemacht. In dieser Hinsicht sind Sie sehr konsequent. Sie bleiben bei Ihrer Linie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU/CSU und FDP, wir werfen Ihnen ja nicht vor, dass Sie Zweifel haben. Zweifel haben auch wir bisweilen in diesen schwierigen Fragen. Wir werfen Ihnen auch nicht unbedingt vor, dass Sie keine Ahnung haben.

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Sie haben mehr als keine Ahnung!)

Wir werfen Ihnen aber vor, dass Sie jedes Mal im Brustton der Überzeugung Vorschläge ablehnen, die Sie kurze Zeit später kleinlaut unterstützen. Das zerstört Vertrauen in der Europäischen Union.

(B) (Beifall bei der SPD – Dr. Volker Wissing [FDP]: Sagen Sie einmal etwas zu den Euro-Bonds!)

Leider zerstört das nicht nur Vertrauen in das Regierungshandeln oder in die Fähigkeit Ihrer Koalition, die Probleme zu lösen. Es bringt arge Probleme für das Europa, für das wir alle gemeinsam streiten, mit sich. Zusätzlich zerstört es auch das Vertrauen in die Fähigkeit der Politik, Probleme zu lösen.

Das müssen Sie sich zuschreiben, die Damen und Herren von CDU/CSU und FDP und leider auch die Riege in der Regierung.

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Sie sagen ja gar nichts zu Ihren Euro-Bonds!)

– Zu den Euro-Bonds kann ich Ihnen gerne etwas sagen. Das ist nämlich der Gipfel der Heuchelei. Sie stellen sich bestimmt auch heute wieder hier hin und sprechen sich gegen Gemeinschaftsanleihen aus. Herr Schäuble hat ja noch kürzlich im Europaausschuss erklärt, er sei gegen unkonditionierte Gemeinschaftsanleihen.

Meine Damen und Herren, unkonditionierte Gemeinschaftsanleihen hat in diesem Hause noch nie jemand gefordert, erst recht nicht Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

An Ihrer Stelle wäre ich auch ganz bescheiden und ein bisschen demütig;

(Dr. Michael Meister [CDU/CSU]: In diesem Haus darf die Wahrheit gesagt werden!)

(C)

denn Sie werden irgendwann auch diesen Vorschlägen folgen müssen, weil die Zeiten nun einmal so sind, wie sie sind.

In dem gleichen Brustton der Überzeugung, in dem Sie immer wieder Vorschläge voreilig ablehnen, sollten Sie sich einmal auf eine ernsthafte Diskussion mit uns einlassen. Das würde ich mir wünschen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Michael Meister (CDU/CSU): Sind Sie auch dafür, Herr Roth?

Immerhin gibt es zwei Gründe, warum die SPD-Bundestagsfraktion aus Überzeugung dem gemeinsamen Antrag zustimmen kann.

(Otto Fricke [FDP]: Legt doch einen eigenen Antrag vor!)

Zum allerersten Mal wird diese Koalition ehrlich. Wir haben von Anfang an von den Risiken der Hebelwirkung gesprochen. Diese geben Sie jetzt endlich zu. Dies liegt im Interesse der Bürgerinnen und Bürger, die Sorgen haben. Ich finde es schon schmachlich, dass Sie dazu erst uns brauchten, damit wir Ihnen das in Ihren ursprünglichen Antragsentwurf hineindiktieren, meine Damen und Herren.

Frau Hasselfeldt spricht ganz kommod von Effizienzsteigerung. Meinen Sie allen Ernstes, dass das allein hilft? Warum sprechen Sie nicht von dem Hebel? Warum sprechen Sie nicht davon, dass der vorläufige Rettungsschirm ertüchtigt bzw. gestärkt werden muss? Und warum wählen Sie dann immer solche verschwurbelten Sätze, die sicherlich auch nicht das notwendige Maß an Vertrauen wachsen lassen, das wir nun einmal brauchen?

(D)

Ich will aber durchaus zugeben, dass es bei den zwei Optionen zur Hebelwirkung auch in meiner Fraktion kritische Fragen gibt.

Das erste Modell der Versicherungslösung will ich nicht weiter bewerten und nur auf die zweite Option zu sprechen kommen, nämlich die Zweckgesellschaften. Wir wollen das Finanzkasino schließen. Zweckgesellschaften hören sich aber gelegentlich arg nach Zockermodell an. Insofern werden wir auch auf die Details dessen achten, was Sie uns aus Brüssel mit nach Hause bringen. Hier muss man sehr genau aufpassen.

Ich bin gespannt, wie es mit der Finanztransaktionssteuer weitergeht. Herr Brüderle hat eben Herrn Kauder wahrscheinlich aufmerksam zugehört. Wir wollen auf jeden Fall nicht so lange warten, bis sich alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit der Einführung einer Finanztransaktionssteuer einverstanden erklären. Wir wollen in der Euro-Zone voranschreiten. Wenn das nicht gelingt, dann wollen wir gemeinsam mit Frankreich und anderen Staaten dazu beitragen, dass auch die Krisenversacher endlich ihren Beitrag zur Finanzierung der Bewältigung dieser schwerwiegenden Krise in der Europäischen Union leisten.

(Beifall bei der SPD)

Michael Roth (Heringen)

- (A) Zum Schluss. Eines, Frau Bundeskanzlerin, habe ich in Ihrer Regierungserklärung einmal mehr vermisst: Europa bezeichnet sich als Raum des Wohlstands. Das ist derzeit für viele junge Menschen in der Europäischen Union blanker Hohn. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt in Spanien fast 50 Prozent, in Griechenland rund 40 Prozent und in Irland – so gepriesen – genauso wie in einer Reihe anderer Staaten um die 30 Prozent. Auch gut ausgebildete Menschen drohen zur verlorenen Generation Europas zu werden.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege!

Michael Roth (Heringen) (SPD):

Ich wünsche mir, dass auf dem Gipfel in Brüssel auch an diese Generation gedacht wird. Denn sie ist es wert, dass mit Europa etwas Positives und Zukunftsweisendes verbunden wird.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege!

Michael Roth (Heringen) (SPD):

Ich hoffe, dass Sie Ihren heutigen Worten auch Taten folgen lassen. Wir erwarten das!

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege!

- (B) **Michael Roth (Heringen) (SPD):**
Wir fordern das von Ihnen ein, Frau Bundeskanzlerin.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Norbert Barthle hat jetzt das Wort für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Norbert Barthle (CDU/CSU):

Verehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei dem Gipfel heute Abend – darauf hat die Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung hingewiesen – geht es insbesondere um die laufenden Verhandlungen auf europäischer Ebene, die sich auf die Ausgestaltung und die Funktionsweise des europäischen Rettungsschirms EFSF konzentrieren. Dazu liegt uns ein Papier mit möglichen Modellen zur Optimierung der EFSF und zur Maximierung der Schlagkraft des Rettungsschirms vor. Wir stimmen heute unter anderem über einen gemeinsamen Entschließungsantrag ab. Er basiert inhaltlich auf diesem Papier. Es geht letztendlich darum, unserer Bundesregierung und unserer Bundeskanzlerin die geballte Rückendeckung des Parlaments für die Verhandlungen in Brüssel zu geben, um ihr damit die Lösung der schwierigen Aufgabe, die sie dort zu erfüllen hat, zu erleichtern, nämlich bei der Ausgestaltung dieses Rettungsschirms einerseits Verantwortung für

Europa und den Euro wahrzunehmen und andererseits nationale Interessen zu wahren. Das muss kein Gegensatz sein. Das kann eins sein, wenn man es richtig macht. Darum geht es bei den Verhandlungen. (C)

Nun wurde im Vorfeld Kritik an den Parlamentsbeteiligungsrechten in Deutschland laut. Es hieß, wir blockierten damit Entscheidungen. Das muss man genau betrachten. Nach meiner Auffassung ist es jedenfalls richtig und gut, dass wir unsere Beteiligungsrechte so klar und konsequent gesetzlich verankert haben. Das zeigt sich auch in diesem Vorgang.

Nun würde der gemeinsame Entschließungsantrag von SPD, Grünen – ich nenne bewusst die Opposition zuerst –, CDU/CSU und FDP noch viel mehr Kraft entfalten, wenn sich die gemeinsame Unterstützung auch in den Reden widerspiegelt hätte. Das allerdings vermisste ich leider. Ich finde es schade, dass sowohl Herr Steinmeier als auch Herr Trittin versuchen, in kleiner Münze zu zahlen und innenpolitisch Kapital aus einem Thema zu schlagen, das das eigentlich nicht verdient hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege Barthle, möchten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Ströbele zulassen?

Norbert Barthle (CDU/CSU):

Herr Ströbele, gerne.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Bitte schön. (D)

Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Barthle, ich danke Ihnen. – Sie sind heute quasi meine letzte Hoffnung. Ich habe heute Morgen aus den Nachrichten erfahren, dass ich nun über einen Schuldenschnitt zugunsten Griechenlands abstimmen soll. Die Bundeskanzlerin hat heute gesagt, die Beteiligung privater Gläubiger solle vereinbart werden. Ich habe die Papiere, die uns gestern und heute Nacht zur Verfügung gestellt wurden, und auch den Entschließungsantrag, den Sie so gelobt haben, aufmerksam gelesen. Ich finde dazu nichts.

Nun habe ich gehört, dass darüber heute gar nicht entschieden werden soll. Können Sie das Hohe Haus aufklären – Sie sind haushaltspolitischer Sprecher Ihrer Fraktion, einer der Regierungsfractionen; bei Ihnen sitzt auch der Bundesfinanzminister –, wie der Plan für die Beteiligung privater Gläubiger an der Griechenland-Hilfe aussieht? Inwieweit werden Schulden von privaten Gläubigern geschnitten? Berücksichtigen Sie dabei bitte, was der Kollege Gysi gesagt hat: dass man gar nicht an das Kapital herangeht, sondern möglicherweise nur an die Zinsen. Berücksichtigen Sie dabei bitte auch, was der Kollege Trittin vorhin gesagt hat:

(Otto Fricke [FDP]: Der Trittin ist doch schon wieder weg!)

Hans-Christian Ströbele

- (A) dass ein Großteil der Schulden, die Griechenland hat, inzwischen bei staatlichen Banken sind. Das heißt, dass nicht private Gläubiger beteiligt werden, sondern dass es wieder die Steuerzahler aus Deutschland sind, die es trifft. Erklären Sie mir: Was sollen die Banken als Gegenleistung bekommen, wenn sie auf 40, 50, 60 oder mehr Prozent verzichten? Wenn Sie mich darüber aufklären, kann ich mir noch einmal überlegen, ob ich vielleicht doch zustimme.

Norbert Barthle (CDU/CSU):

Herr Kollege, ich weiß nicht, welches Papier Sie gelesen haben. Aber das Papier, das ich gelesen habe, beschreibt, wie die Wirkungsweise der EFSF durch einen entsprechenden Einsatz der Möglichkeiten maximiert werden soll, die wir der EFSF vor drei Wochen hier in diesem Hohen Hause mit einer Erweiterung ihrer Möglichkeiten und der Abstimmung über die sogenannten Leitlinien gegeben haben. Davon ist in diesem Papier die Rede. Uns wurden zwei verschiedene Modelle beschrieben, wie dies geschehen könnte. Es wird darin beschrieben, dass ein Prüfungsauftrag an die EFSF erteilt werden soll, dass die EFSF diese Möglichkeiten evaluiert, testet, auf ihre Marktgängigkeit hin überprüft und dann entsprechend zum Einsatz bringt.

Das, was Sie hier vortragen, finde ich in diesen Papieren überhaupt nicht. Deshalb weiß ich nicht, welches Papier Sie gelesen haben. Das, was uns als Haushaltsausschussdrucksache vorliegt, haben Sie jedenfalls nicht gelesen, und deshalb kann ich auf Ihre Frage auch gar nicht eingehen.

(B)

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU
und der FDP)

Lassen Sie mich aber nochmals eines feststellen, auch auf die Zwischenfrage von Herrn Ströbele hin: Ich wünsche mir, dass Sie in Ihrer Fraktion einmal klären, was Sie eigentlich unter „Hebel“ verstehen. Der Vorwurf, den Sie erhoben haben – er wurde auch an Herrn Brüderle gerichtet –, hat etwas damit zu tun, dass Sie ständig eine falsche Definition des Begriffes „Hebel“ verwenden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU
und der FDP)

Es gibt Finanzhebel. Es gibt Hebel im operativen Sinne. Es gibt Derivatehebel. Was wir hier vorhaben, ist finanztechnisch kein Hebel. Das, was Sie uns vorwerfen, beruht auf Ihrer eigenen Definition. Sie wollen einen möglichst großen Finanzhebel und möglichst hohe Risiken beschreiben. Warum? Weil Sie meinen – das gilt auch für die SPD –, mit einem solchen möglichst großen Hebel die Regierung aushebeln zu können.

(Michael Roth [Heringen] [SPD]: Dazu braucht man gar nicht so einen großen Hebel!)

Das wird Ihnen aber nicht gelingen; denn einerseits gibt es diesen Hebel gar nicht, und andererseits fehlt Ihnen dazu das Gewicht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU
und der FDP)

(C)

Lassen Sie mich zum Thema zurückkommen. Ich glaube, man muss an dieser Stelle zunächst festhalten – das hätte ich mir auch vonseiten der Opposition gewünscht –, dass unsere Bundesregierung bei den Verhandlungen auf internationaler Ebene schon sehr große Erfolge erzielt hat. Es ist nun einmal so: Wir reden nicht mehr über eine Bankenlizenz für die EFSF. Wir reden nicht mehr über Hebel durch die EZB. Das ist nicht mehr in der Diskussion, sondern wurde wegverhandelt. Wir reden nicht mehr über unkonditionierte Hilfsprogramme für Länder. Wir reden nicht mehr über eine Rekapitalisierung der Banken direkt über die EFSF, sondern nur noch über ein bestimmtes Land. Zunächst der Markt, dann das Land und dann erst die EFSF; diese Reihenfolge ist eingehalten worden. Das ist ein Verhandlungserfolg dieser Bundesregierung. Das sollten Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich will an dieser Stelle dem Bundesfinanzminister noch einmal ausdrücklich danken; denn wir hatten zu diesem Thema im Haushaltsausschuss ausführliche und gute Beratungen. Zu all diesen Beratungen stand der Bundesfinanzminister zur Verfügung. Das habe ich in den Jahren, in denen ich im Haushaltsausschuss bin – das sind schon einige –, noch von keinem seiner Vorgänger erlebt. Auch das will ich hier einmal deutlich ansprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU
und der FDP)

(D)

Es gibt eine immer wiederkehrende öffentliche Debatte über die Frage des Risikos. Kein Mensch will wegreden, dass mit einer Erweiterung der Möglichkeiten der EFSF eine Erhöhung des Risikos verbunden sein kann. Aber ich sage bewusst „kann“ und nicht „muss“. Sie kann nämlich auch zu einer Verringerung des Risikos führen, je nachdem, wie die Mittel eingesetzt werden.

Schauen Sie sich das zweite Optionsmodell an! Das ist so angelegt, dass man Fremdkapital, privates Kapital, akquirieren will, um damit Staatsanleihen aufzukaufen. Da verringert sich das Risiko für das eingesetzte EFSF-Kapital; die Kapitalsumme wird erhöht, aber nicht durch das EFSF-Kapital, sondern durch das Kapital privater Anleger. Das sollten Sie sich einmal vor Augen führen. Deshalb ist eine Debatte, in der immer nur von der Erhöhung der Risiken gesprochen wird, nicht sachgerecht. Wäre es so sicher, dass das Risiko sich erhöht, und könnte man dafür Garantien abgeben, dann könnte man mit diesem Wissen wunderbare Geschäfte an den Börsen machen. Das weiß aber niemand so genau. Deshalb ist diese Frage auch offen.

Lassen Sie mich zu dem Thema „Rekapitalisierung/Griechenland“ noch ein paar Sätze sagen. Ich glaube, es ist gut und richtig, dass die Bundesregierung versucht, auf europäischer Ebene eine höhere Beteiligung des privaten Sektors zu verhandeln. Das ist in zweierlei Hinsicht gut und richtig. Erstens geht es darum, den Finanzbedarf für Griechenland auch stemmen zu können.

Norbert Barthle

- (A) Zweitens geht es darum, den Bürgerinnen und Bürgern klar zu sagen: Mit der höheren Beteiligung des privaten Sektors geben wir auch ein Stück weit die Verantwortung an diejenigen, die über Jahre hinweg gute Renditen hatten. Das ist korrekt. Das ist in Ordnung. Ich hoffe, dass es erfolgreich so verhandelt wird.

Ich wünsche unserer Bundesregierung, dass sie bei den Verhandlungen in den kommenden Tagen, aber vor allem heute Abend, im Sinne von Europa, im Sinne der Sicherung des Euro bei gleichzeitiger Wahrung unserer nationalen Interessen weiterhin so erfolgreich verhandelt wie bisher.

Danke sehr.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Das war nicht erfolgreich!)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Das Wort hat jetzt der Kollege Klaus-Peter Flosbach für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Klaus-Peter Flosbach (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass wir heute mit großer Mehrheit einen gemeinsamen Entschließungsantrag von vier Fraktionen des Hauses verabschieden werden, ist ein wichtiges Zeichen für eine gemeinsame Europapolitik und gibt unserer Bundesregierung einen starken Rückhalt und ein starkes Verhandlungsmandat für Brüssel. Dafür sollten wir allen danken, die daran mitwirken.

- (B)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Wir sollten aber nicht vergessen, dass eine der wichtigsten Entscheidungen bereits im Vorfeld des Gipfels gefallen ist, nämlich dass der Rettungsschirm EFSF keine Banklizenz erhält, dass er sich also nicht bei der Europäischen Zentralbank refinanzieren kann. Um es so zu formulieren wie unsere Bundesbanker: Es ist verhindert worden, dass eine Lizenz zum Gelddrucken ausgeht. – Das ist entscheidend.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wenn wir an die Zukunft und an nachhaltige Stabilität denken: Die wichtigste Bedingung für unsere Währungsunion ist und bleibt die Nachhaltigkeit und der Verzicht darauf, die Notenpresse anzuwerfen.

Wir haben es mit einer dramatischen Überschuldung von Staaten zu tun. Wir in Deutschland sind bereit, unseren Beitrag zu leisten und anderen Ländern konkrete Hilfe zu gewähren. Das haben wir zugesagt; das werden wir auch einhalten. Es gibt nur viele Diskussionen – das kennen wir aus unseren Wahlkreisen –: Viele glauben, wir bräuchten keine Hilfe zu leisten. Das ist falsch. Wir müssen nicht nur unsere Nachbarn unterstützen; wir müssen auch wirtschaftlich und finanzpolitisch inten-

siver zusammenarbeiten sowie wirtschaftliche Hilfe geben. (C)

Wir dürfen nie vergessen – das sagt die Bundesbank bei jeder Gelegenheit –, dass nach wie vor eine sehr starke Ansteckungsgefahr gegeben ist. Wir haben viele Berater, liebe Kolleginnen und Kollegen, die uns in dieser Krise Ratschläge geben. Aber wenn wir auf die Ansteckungsgefahren zu sprechen kommen, werden manche sehr still. Was passiert, wenn in Griechenland die Banken oder das Sozialsystem oder die Rentensysteme zusammenbrechen? Was passiert mit denen, die den Griechen Geld geliehen haben? Was passiert mit den Unternehmen, die in Geschäftsbeziehungen mit Griechenland stehen? Was passiert mit den anderen Ländern? Platzieren sie überhaupt noch Anleihen an den Märkten?

All das hat dazu geführt, dass wir unseren Rettungsschirm erweitert haben, um neue Möglichkeiten der Darlehensvergabe, der Absicherung, aber auch einer Rekapitalisierung zu schaffen. Das ist der entscheidende Vorteil der Erweiterung des Rettungsschirms.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir geben Hilfe, aber immer – das ist das Prinzip von Internationalem Währungsfonds, Europäischer Zentralbank und Europäischer Kommission – mit strengen Konditionen und bei entsprechenden Anpassungsprogrammen. Das hat sich bisher bewährt und wird sich auch in Zukunft bewähren. Nur wenn wir möglichst nah an den alten Stabilitätspakt herankommen, werden wir ein nachhaltig stabiles Europa erreichen. (D)

Herr Steinmeier, Sie haben die Kanzlerin gebeten, auf die Situation vor einem Jahr zurückzublicken, als die ersten Entscheidungen für Griechenland gefallen sind. Ich bitte Sie, einmal auf die Jahre 2002 bis 2005 zurückzublicken; viele Ihrer Kollegen tun das auch. Damals war immer von den Defizitländern Deutschland und Frankreich die Rede. Sie wissen, dass falsch gehandelt wurde, als der Stabilitätspakt gebrochen wurde. Deshalb sollten Sie in dieser Frage etwas demütiger sein.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Das war auch einer der Gründe dafür, dass wir im Jahre 2009 eine Schuldenbremse eingeführt haben. Diese sollte nach der ersten Finanzkrise, die von den Banken ausgelöst worden war und die uns viel Geld gekostet hat, dazu dienen, die Finanzen in Deutschland nachhaltig zu stabilisieren.

Die heutige Finanzkrise ist aber keine Bankenkrise, sondern zunächst eine Staatsverschuldungskrise. Deshalb geht es in erster Linie um die Haushaltskonsolidierung. Gleichzeitig geht es um die Frage: Wie können wir die Finanzmärkte insgesamt stabilisieren, bzw. was müssen wir tun, damit die Märkte sich entsprechend verändern?

Wir haben festgeschrieben, dass große und systemische Banken mehr Eigenkapital vorhalten müssen. Denn es kann nicht sein, dass der Steuerzahler das Kapital zugunsten der Banken bereithält. Wichtig war auch, dafür

Klaus-Peter Flosbach

- (A) zu sorgen, dass die EFSF in der Lage ist, Banken aus Ländern zu unterstützen, in denen das Bankensystem zusammenbrechen könnte, indem über die Länder Beteiligungen an diesen Banken erfolgen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Deutschland war in vielerlei Hinsicht Vorreiter bei der Regulierung der Finanzmärkte. Schauen Sie sich noch einmal die Anträge der SPD oder auch der Linken an, und achten Sie genau darauf, was für den deutschen Markt gefordert wird. Wir waren Vorreiter bei der Restrukturierung von Banken, bei deren Umwandlung, Restrukturierung oder Abwicklung. Das haben wir in Deutschland zuerst durchgeführt, und es ist wichtig, dass das in Europa insgesamt umgesetzt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir fordern von der Bundesregierung, dass sie in den G-20-Verhandlungen das Thema der Schattenbanken angeht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Es kann nicht sein, dass wir die regulierten Märkte noch stärker regulieren und die unregulierten Märkte über die regulierten herrschen. Das ist ein wichtiges Thema, und da hat die Bundesregierung eine gewisse Verantwortung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU
und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

(B)

Klaus-Peter Flosbach (CDU/CSU):

Frau Präsidentin, ich komme damit auch zum Schluss. – Ich weise darauf hin, dass wir, die Deutschen, auch im Bereich der Leerverkäufe Vorreiter waren, indem wir diese bei Aktien, Staatsanleihen und Kreditversicherungen verboten haben. Das war ein spekulativer Handel, der nicht zu akzeptieren war. Heute sagen die Europäische Kommission, das EU-Parlament oder auch der Europäische Rat: Das soll in ganz Europa gelten; das habt ihr hervorragend gemacht! Gratulation an die Bundeskanzlerin und den Finanzminister!

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege!

Klaus-Peter Flosbach (CDU/CSU):

Ich schließe mit einem letzten Satz. – Frau Bundeskanzlerin, Sie haben unser Vertrauen bei den weiteren Verhandlungen. Wir wünschen Ihnen viel Erfolg und viel Glück. Alles Gute!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die Entschließungsanträge. Wir beginnen mit den namentlichen Abstimmungen. Im Anschluss daran werden wir noch weitere, einfache Abstimmungen sowie eine Wahl

durchführen. Ich weise darauf hin, dass zahlreiche Erklärungen zu den Abstimmungen vorliegen, und zwar aus allen Fraktionen des Hauses. (C)

Wir kommen nun zu den drei Entschließungsanträgen, zu denen namentliche Abstimmung verlangt wurde. Es geht zunächst um den Entschließungsantrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/7500.

Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. Sind alle Urnen besetzt? – Das ist der Fall. Dann eröffne ich die Abstimmung.

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das die Stimmkarte nicht abgeben konnte? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Wir kommen dann zum Entschließungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/7457. Die Schriftführerinnen und Schriftführer sind an ihren Plätzen. – Dann eröffne ich die zweite namentliche Abstimmung.

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimmkarte nicht abgeben konnte? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Dann schließe ich diese Abstimmung.

Wir kommen nunmehr zum Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/7456. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die vorgesehenen Plätze einzunehmen. Sind alle Urnen besetzt? – Das ist der Fall. Dann ist die Abstimmung eröffnet. (D)

Was uns noch fehlt, sind Schriftführerinnen und Schriftführer, die beim Auszählen helfen. Schriftführerinnen und Schriftführer, die ihre Stimmkarte bereits eingeworfen haben, begeben sich bitte zum Auszählen, damit wir vor Mitternacht damit fertig sind. Das ist auch im allgemeinen Interesse.

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimmkarte nicht abgegeben hat? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Abstimmung.

Die Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen werden Ihnen später bekannt gegeben.¹⁾

Wir setzen jetzt die Abstimmungen fort.

Ich komme zum Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/7455. Wer stimmt für diesen Entschließungsantrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist abgelehnt. Die einbringende Fraktion hat zugestimmt; alle anderen haben dagegen gestimmt.

Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 17/7501. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist abgelehnt. Dafür gestimmt hat die einbringende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dagegen gestimmt haben die Fraktionen von CDU/CSU, FDP und der Linken. Die SPD-Fraktion hat sich enthalten.

¹⁾ Ergebnisse S. 15978 C, 15981 A, 15983 B

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

(A) Interfraktionell wird Überweisung der Vorlage auf Drucksache 17/7359 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. – Damit sind Sie einverstanden. Dann verfahren wir so.

(C)

(B)

(D)

Tabea Rößner

(A)

| | |
|-----------------------------|------|
| Endgültiges Ergebnis | |
| Abgegebene Stimmen: | 596; |
| davon | |
| ja: | 503 |
| nein: | 89 |
| enthalten: | 4 |

Ja
CDU/CSU

Ilse Aigner
 Peter Altmaier
 Peter Aumer
 Dorothee Bär
 Thomas Bareiß
 Norbert Barthle
 Günter Baumann
 Ernst-Reinhard Beck
 (Reutlingen)
 Manfred Behrens (Börde)
 Dr. Christoph Bergner
 Peter Beyer
 Steffen Bilger
 Clemens Binninger
 Peter Bleser
 Dr. Maria Böhmer

Wolfgang Börnsen
 (Bönstrup)
 Norbert Brackmann
 Klaus Brähmig
 Michael Brand
 Dr. Reinhard Brandl
 Helmut Brandt
 Dr. Ralf Brauksiepe
 Dr. Helge Braun
 Heike Brehmer
 Ralph Brinkhaus
 Cajus Caesar
 Gitta Connemann
 Alexander Dobrindt
 Marie-Luise Dött
 Dr. Thomas Feist
 Enak Ferlemann
 Ingrid Fischbach
 Hartwig Fischer (Göttingen)
 Dirk Fischer (Hamburg)
 Axel E. Fischer (Karlsruhe-
 Land)
 Dr. Maria Flachsbarth
 Klaus-Peter Flosbach
 Herbert Frankenhauser
 Dr. Hans-Peter Friedrich
 (Hof)
 Michael Frieser

Erich G. Fritz
 Dr. Michael Fuchs
 Hans-Joachim Fuchtel
 Ingo Gädechens
 Dr. Thomas Gebhart
 Norbert Geis
 Alois Gerig
 Eberhard Gienger
 Michael Glos
 Peter Götz
 Dr. Wolfgang Götzer
 Ute Granold
 Reinhard Grindel
 Hermann Gröhe
 Michael Grosse-Brömer
 Markus Grübel
 Manfred Grund
 Monika Grütters
 Olav Gutting
 Florian Hahn
 Dr. Stephan Harbarth
 Jürgen Hardt
 Gerda Hasselfeldt
 Dr. Matthias Heider
 Helmut Heiderich
 Mechthild Heil
 Ursula Heinen-Esser
 Frank Heinrich

Rudolf Henke
 Michael Hennrich
 Jürgen Herrmann
 Ansgar Heveling
 Ernst Hinsken
 Peter Hintze
 Christian Hirte
 Robert Hochbaum
 Karl Holmeier
 Franz-Josef Holzenkamp
 Joachim Hörster
 Anette Hübinger
 Thomas Jarzombek
 Dieter Jasper
 Dr. Franz Josef Jung
 Andreas Jung (Konstanz)
 Dr. Egon Jüttner
 Bartholomäus Kalb
 Hans-Werner Kammer
 Steffen Kampeter
 Alois Karl
 Bernhard Kaster
 Siegfried Kauder (Villingen-
 Schwenningen)
 Volker Kauder
 Dr. Stefan Kaufmann
 Roderich Kiesewetter
 Eckart von Klaeden

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, die von den Schriftführerinnen und Schriftführern ermittelten **Ergebnisse der namentlichen Abstimmungen** bekannt zu geben:

Entschließungsantrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat auf Drucksache 17/7500: Es wurden 596 Stimmen abgegeben. Mit Ja haben 503 gestimmt. Mit Nein haben 89 gestimmt. Es gab 4 Enthaltungen.

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

- | | | | | |
|-----|---|---|---|---|
| (A) | Ewa Klamt Volkmar Klein Jürgen Klimke Axel Knoerig Jens Koeppen Hartmut Koschyk Thomas Kossendey Michael Kretschmer Gunther Krichbaum Dr. Günter Krings Rüdiger Kruse Bettina Kudla Dr. Hermann Kues Günter Lach Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg) Andreas G. Lämmel Dr. Norbert Lammert Katharina Landgraf Ulrich Lange Dr. Max Lehmer Dr. Ursula von der Leyen Ingbert Liebing Matthias Lietz Patricia Lips Dr. Jan-Marco Luczak Daniela Ludwig Dr. Michael Luther Karin Maag Dr. Thomas de Maizière Hans-Georg von der Marwitz Andreas Mattfeldt Stephan Mayer (Altötting) Dr. Michael Meister | Dr. Norbert Röttgen Dr. Christian Ruck Erwin Rüdell Albert Rupprecht (Weiden) Anita Schäfer (Saalstadt) Dr. Wolfgang Schäuble Dr. Annette Schavan Dr. Andreas Scheuer Karl Schiewerling Norbert Schindler Tankred Schipanski Georg Schirbeck Christian Schmidt (Fürth) Patrick Schnieder Dr. Andreas Schockenhoff Nadine Schön (St. Wendel) Dr. Kristina Schröder Dr. Ole Schröder Bernhard Schulte-Drüggelte Uwe Schummer Armin Schuster (Weil am Rhein) Detlef Seif Johannes Selle Reinhold Sendker Dr. Patrick Sensburg Bernd Siebert Johannes Singhammer Jens Spahn Carola Stauche Dr. Frank Steffel Erika Steinbach Christian Freiherr von Stetten Dieter Stier Gero Storjohann Stephan Stracke Max Straubinger Karin Strenz Thomas Strobl (Heilbronn) Lena Strothmann Michael Stübgen Dr. Peter Tauber Antje Tillmann Dr. Hans-Peter Uhl Arnold Vaatz Volkmar Vogel (Kleinsaara) Stefanie Vogelsang Andrea Astrid Voßhoff Dr. Johann Wadephul Marco Wanderwitz Kai Wegner Marcus Weinberg (Hamburg) Peter Weiß (Emmendingen) Sabine Weiss (Wesel I) Ingo Wellenreuther Karl-Georg Wellmann Peter Wichtel Annette Widmann-Mauz Elisabeth Winkelmeier-Becker Dagmar G. Wöhrle Dr. Matthias Zimmer Wolfgang Zöllner Willi Zylajew | Heinz-Joachim Barchmann Dr. Hans-Peter Bartels Sören Bartol Bärbel Bas Sabine Bätzing-Lichtenthäler Dirk Becker Uwe Beckmeyer Lothar Binding (Heidelberg) Gerd Bollmann Klaus Brandner Willi Brase Bernhard Brinkmann (Hildesheim) Edelgard Bulmahn Ulla Burchardt Martin Burkert Petra Crone Dr. Peter Danckert Martin Dörmann Elvira Drobinski-Weiß Ingo Eglhoff Siegmund Ehrmann Dr. h. c. Gernot Erler Petra Ernstberger Karin Evers-Meyer Elke Ferner Gabriele Fograscher Dr. Edgar Franke Dagmar Freitag Sigmar Gabriel Michael Gerdes Martin Gerster Iris Gleicke Günter Gloser Ulrike Gottschalck Angelika Graf (Rosenheim) Kerstin Griese Michael Groschek Michael Groß Hans-Joachim Hacker Bettina Hagedorn Klaus Hagemann Michael Hartmann (Wackernheim) Hubertus Heil (Peine) Rolf Hempelmann Dr. Barbara Hendricks Gustav Herzog Gabriele Hiller-Ohm Petra Hinz (Essen) Frank Hofmann (Volkach) Dr. Eva Högl Christel Humme Josip Juratovic Oliver Kaczmarek Johannes Kahrs Dr. h. c. Susanne Kastner Ulrich Kelber Lars Klingbeil Hans-Ulrich Klose Dr. Bärbel Kofler Daniela Kolbe (Leipzig) Fritz Rudolf Körper Anette Kramme Nicolette Kressl Angelika Krüger-Leißner Ute Kumpf Christine Lambrecht | Christian Lange (Backnang) (C) Steffen-Claudio Lemme Burkhard Lischka Gabriele Lösekrug-Möller Kirsten Lühmann Caren Marks Katja Mast Hilde Mattheis Ullrich Meßmer Dr. Matthias Miersch Franz Müntefering Andrea Nahles Manfred Nink Thomas Oppermann Holger Ortel Aydan Özoğuz Heinz Paula Johannes Pflug Joachim Poß Dr. Wilhelm Priesmeier Florian Pronold Dr. Sascha Raabe Mechthild Rawert Stefan Rebmann Dr. Carola Reimann Sönke Rix René Röspel Dr. Ernst Dieter Rossmann Karin Roth (Esslingen) Michael Roth (Heringen) Marlene Rupprecht (Tuchenbach) Anton Schaaf Axel Schäfer (Bochum) Bernad Scheelen Marianne Schieder (Schwandorf) Ulla Schmidt (Aachen) Silvia Schmidt (Eisleben) Carsten Schneider (Erfurt) Swen Schulz (Spandau) Ewald Schurer Frank Schwabe Dr. Martin Schwanholz Stefan Schwartz Rita Schwarzelühr-Sutter Dr. Carsten Sieling Sonja Steffen Peer Steinbrück Dr. Frank-Walter Steinmeier Christoph Strässer Kerstin Tack Dr. h. c. Wolfgang Thierse Franz Thönnies Wolfgang Tiefensee Ute Vogt Dr. Marlies Völkmer Andrea Wicklein Heidemarie Wieczorek-Zeul Dr. Dieter Wiefelspütz Dagmar Ziegler Manfred Zöllmer Brigitte Zypries |
| (B) | Dr. Angela Merkel Maria Michalk Dr. h. c. Hans Michelbach Dr. Mathias Middelberg Philipp Mißfelder Dietrich Monstadt Marlene Mortler Dr. Gerd Müller Stefan Müller (Erlangen) Dr. Philipp Murmann Bernd Neumann (Bremen) Michaela Noll Dr. Georg Nüßlein Franz Obermeier Eduard Oswald Henning Otte Dr. Michael Paul Rita Pawelski Ulrich Petzold Dr. Joachim Pfeiffer Sibylle Pfeiffer Beatrix Philipp Ronald Pofalla Christoph Poland Ruprecht Polenz Eckhard Pols Thomas Rachel Eckhardt Rehberg Katherina Reiche (Potsdam) Lothar Riebsamen Josef Rief Klaus Riegert Dr. Heinz Riesenhuber Johannes Röring | SPD Ingrid Arndt-Brauer Rainer Arnold | (D) | FDP Christian Ahrendt Christine Aschenberg-Dugnus |

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

- | | | | | | | | |
|-----|---|--|---|---|--|--|-----|
| (A) | <p>Daniel Bahr (Münster) Florian Bernschneider Sebastian Blumenthal Claudia Bögel Klaus Breil Rainer Brüderle Angelika Brunkhorst Ernst Burgbacher Marco Buschmann Helga Daub Reiner Deuschmann Dr. Bijan Djir-Sarai Patrick Döring Mechthild Dyckmans Rainer Erdel Jörg van Essen Ulrike Flach Otto Fricke Paul K. Friedhoff Dr. Edmund Peter Geisen Dr. Wolfgang Gerhardt Hans-Michael Goldmann Heinz Golombeck Miriam Gruß Joachim Günther (Plauen) Dr. Christel Happach-Kasan Heinz-Peter Hausteil Manuel Höferlin Elke Hoff Birgit Homburger Dr. Werner Hoyer Heiner Kamp Michael Kauch Dr. Lutz Knopek</p> | <p>Björn Säger Christoph Schnurr Jimmy Schulz Marina Schuster Dr. Erik Schweickert Werner Simmling Judith Skudelny Dr. Hermann Otto Solms Joachim Spatz Dr. Max Stadler Dr. Rainer Stinner Stephan Thomae Florian Toncar Serkan Tören Johannes Vogel (Lüdenscheid) Dr. Daniel Volk Dr. Guido Westerwelle Dr. Claudia Winterstein Dr. Volker Wissing Hartfrid Wolff (Rems-Murr)</p> | <p>Friedrich Ostendorff Dr. Hermann E. Ott Lisa Paus Brigitte Pothmer Tabea Rößner Claudia Roth (Augsburg) Krista Sager Manuel Sarrazin Dr. Gerhard Schick Dr. Frithjof Schmidt Dorothea Steiner Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn Dr. Harald Terpe Markus Tressel Jürgen Trittin Daniela Wagner Wolfgang Wieland Dr. Valerie Wilms Josef Philip Winkler</p> | <p>Diana Golze Annette Groth Dr. Gregor Gysi Heike Hänsel Dr. Rosemarie Hein Inge Höger Dr. Barbara Höll Andrej Hunko Ulla Jelpke Dr. Lukrezia Jochimsen Katja Kipping Harald Koch Jan Korte Jutta Krellmann Caren Lay Sabine Leidig Ralph Lenkert Michael Leutert Stefan Liebich Ulla Lötzer Dr. Gesine Lötzschen Thomas Lutze Ulrich Maurer Dorothee Menzner Cornelia Möhring Kornelia Möller Niema Movassat Wolfgang Nešković Thomas Nord Petra Pau Jens Petermann Richard Pitterle Yvonne Ploetz Ingrid Remmers Paul Schäfer (Köln) Michael Schlecht</p> | (C) | | |
| | <p>BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p> <p>Kerstin Andreae Marieluise Beck (Bremen) Volker Beck (Köln) Cornelia Behm Birgitt Bender Viola von Cramon-Taubadel Ekin Deligöz Katja Dörner Harald Ebner Hans-Josef Fell Dr. Thomas Gambke Kai Gehring Katrin Göring-Eckardt Britta Haßelmann Bettina Herlitzius Priska Hinz (Herborn) Dr. Anton Hofreiter Bärbel Höhn Ingrid Hönlinger Thilo Hoppe Uwe Kekeritz Katja Keul Memet Kilic Sven-Christian Kindler Maria Klein-Schmeink Ute Koczy Tom Koenigs Oliver Krischer Agnes Krumwiede Fritz Kuhn Stephan Kühn Renate Künast Markus Kurth Undine Kurth (Quedlinburg) Monika Lazar Dr. Tobias Lindner Nicole Maisch Agnes Malczak Jerzy Montag Kerstin Müller (Köln) Beate Müller-Gemmeke Ingrid Nestle Dr. Konstantin von Notz Omid Nouripour</p> | <p>Nein</p> <p>CDU/CSU</p> <p>Wolfgang Bosbach Alexander Funk Dr. Peter Gauweiler Josef Göppel Manfred Kolbe Paul Lehrieder Dr. Carsten Linnemann Thomas Silberhorn Klaus-Peter Willsch</p> | <p>SPD</p> <p>Wolfgang Gunkel Werner Schieder (Weiden) Rolf Schwanitz Rüdiger Veit</p> | <p>FDP</p> <p>Jens Ackermann Nicole Bracht-Bendt Sylvia Canel Frank Schäffler Torsten Staffeldt</p> | <p>DIE LINKE</p> <p>Jan van Aken Agnes Alpers Dr. Dietmar Bartsch Herbert Behrens Karin Binder Matthias W. Birkwald Heidrun Bluhm Steffen Bockhahn Eva Bulling-Schröter Dr. Martina Bunge Roland Claus Sevim Dağdelen Dr. Diether Dehm Heidrun Dittrich Werner Dreibus Dr. Dagmar Enkelmann Klaus Ernst Wolfgang Gehrcke</p> | <p>BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p> <p>Hans-Christian Ströbele</p> | (D) |
| (B) | <p>Pascal Kober Dr. Heinrich L. Kolb Gudrun Kopp Dr. h. c. Jürgen Koppelin Sebastian Körber Holger Krestel Patrick Kurth (Kyffhäuser) Heinz Lanfermann Sibylle Laurischk Harald Leibrecht Sabine Leutheusser-Schnarrenberger Lars Lindemann Christian Lindner Dr. Martin Lindner (Berlin) Michael Link (Heilbronn) Dr. Erwin Lotter Oliver Luksic Horst Meierhofer Patrick Meinhardt Gabriele Molitor Jan Mücke Petra Müller (Aachen) Burkhardt Müller-Sönksen Dr. Martin Neumann (Lausitz) Dirk Niebel Cornelia Pieper Gisela Piltz Dr. Christiane Ratjen-Damerau Dr. Birgit Reinemund Dr. Peter Röhlinger Dr. Stefan Ruppert</p> | | | | | | |
| | | | | <p>Enthalten</p> <p>CDU/CSU</p> <p>Veronika Bellmann</p> | | | |
| | | | | <p>SPD</p> <p>Klaus Barthel Gerold Reichenbach Ottmar Schreiner</p> | | | |

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

- (A) Entschließungsantrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/7457: 594 Stimmen wurden abgegeben. Mit Ja haben 199 gestimmt, mit Nein 394. Es gab 1 Enthaltung. Damit ist dieser Entschließungsantrag abgelehnt. (C)

Endgültiges Ergebnis

| | |
|---------------------|------|
| Abgegebene Stimmen: | 594; |
| davon | |
| ja: | 199 |
| nein: | 394 |
| enthalten: | 1 |

Ja**SPD**

Ingrid Arndt-Brauer
 Rainer Arnold
 Heinz-Joachim Barchmann
 Dr. Hans-Peter Bartels
 Klaus Barthel
 Sören Bartol
 Bärbel Bas
 Sabine Bätzing-Lichtenthäler
 Dirk Becker
 Uwe Beckmeyer
 Lothar Binding (Heidelberg)
 Gerd Bollmann
 Klaus Brandner
 Willi Brase
 Bernhard Brinkmann
 (Hildesheim)
 Edelgard Bulmahn
 Ulla Burchardt
 Martin Burkert
 Petra Crone
 Dr. Peter Danckert
 Martin Dörmann
 Elvira Drobinski-Weiß
 Ingo Egloff
 Siegmund Ehrmann
 Dr. h. c. Gernot Erler
 Petra Ernstberger
 Karin Evers-Meyer
 Elke Ferner
 Gabriele Fograscher
 Dr. Edgar Franke
 Dagmar Freitag
 Sigmar Gabriel
 Michael Gerdes
 Martin Gerster
 Iris Gleicke
 Günter Gloser
 Ulrike Gottschalck
 Angelika Graf (Rosenheim)
 Kerstin Griese
 Michael Groschek
 Michael Groß
 Wolfgang Gunkel
 Hans-Joachim Hacker
 Bettina Hagedorn
 Klaus Hagemann
 Michael Hartmann
 (Wackernheim)
 Hubertus Heil (Peine)

Rolf Hempelmann
 Dr. Barbara Hendricks
 Gustav Herzog
 Gabriele Hiller-Ohm
 Petra Hinz (Essen)
 Frank Hofmann (Volkach)
 Dr. Eva Högl
 Christel Humme
 Josip Juratovic
 Oliver Kaczmarek
 Johannes Kahrs
 Dr. h. c. Susanne Kastner
 Ulrich Kelber
 Lars Klingbeil
 Hans-Ulrich Klose
 Dr. Bärbel Kofler
 Daniela Kolbe (Leipzig)
 Fritz Rudolf Körper
 Anette Kramme
 Nicolette Kressl
 Angelika Krüger-Leißner
 Ute Kumpf
 Christine Lambrecht
 Christian Lange (Backnang)
 Steffen-Claudio Lemme
 Burkhard Lischka
 Gabriele Lösekrug-Möller
 Kirsten Lühmann
 Caren Marks
 Katja Mast
 Hilde Mattheis
 Ullrich Meßmer
 Dr. Matthias Miersch
 Franz Müntefering
 Andrea Nahles
 Manfred Nink
 Thomas Oppermann
 Holger Ortel
 Aydan Özoğuz
 Heinz Paula
 Johannes Pflug
 Joachim Poß
 Dr. Wilhelm Priesmeier
 Florian Pronold
 Dr. Sascha Raabe
 Mechthild Rawert
 Stefan Rebmann
 Gerold Reichenbach
 Dr. Carola Reimann
 Sönke Rix
 René Röspel
 Dr. Ernst Dieter Rossmann
 Karin Roth (Esslingen)
 Michael Roth (Heringen)
 Marlene Rupprecht
 (Tuchenbach)
 Anton Schaaf
 Axel Schäfer (Bochum)
 Bernd Scheelen
 Marianne Schieder
 (Schwandorf)

Werner Schieder (Weiden)
 Ulla Schmidt (Aachen)
 Silvia Schmidt (Eisleben)
 Carsten Schneider (Erfurt)
 Ottmar Schreiner
 Swen Schulz (Spandau)
 Ewald Schurer
 Frank Schwabe
 Dr. Martin Schwanholz
 Rolf Schwanitz
 Stefan Schwartz
 Rita Schwarzelühr-Sutter
 Dr. Carsten Sieling
 Sonja Steffen
 Peer Steinbrück
 Dr. Frank-Walter Steinmeier
 Christoph Strässer
 Kerstin Tack
 Dr. h. c. Wolfgang Thierse
 Franz Thönnies
 Wolfgang Tiefensee
 Rüdiger Veit
 Ute Vogt
 Dr. Marlies Volkmer
 Andrea Wicklein
 Heidemarie Wieczorek-Zeul
 Dr. Dieter Wiefelspütz
 Dagmar Ziegler
 Manfred Zöllmer
 Brigitte Zypries

**BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

Kerstin Andreae
 Marieluise Beck (Bremen)
 Volker Beck (Köln)
 Cornelia Behm
 Birgitt Bender
 Viola von Cramon-Taubadel
 Ekin Deligöz
 Katja Dörner
 Harald Ebner
 Hans-Josef Fell
 Dr. Thomas Gambke
 Kai Gehring
 Katrin Göring-Eckardt
 Britta Haßelmann
 Bettina Herlitzius
 Priska Hinz (Herborn)
 Dr. Anton Hofreiter
 Bärbel Höhn
 Ingrid Hönlinger
 Thilo Hoppe
 Uwe Kereritz
 Katja Keul
 Memet Kilic
 Sven-Christian Kindler
 Maria Klein-Schmeink
 Ute Koczy
 Tom Koenigs

Oliver Krischer
 Agnes Krumwiede
 Fritz Kuhn
 Stephan Kühn
 Renate Künast
 Markus Kurth
 Undine Kurth (Quedlinburg)
 Monika Lazar
 Dr. Tobias Lindner
 Nicole Maisch
 Agnes Malczak
 Jerzy Montag
 Kerstin Müller (Köln)
 Beate Müller-Gemmeke
 Ingrid Nestle
 Dr. Konstantin von Notz
 Omid Nouripour
 Friedrich Ostendorff
 Dr. Hermann Ott
 Lisa Paus
 Brigitte Pothmer
 Tabea Rößner
 Claudia Roth (Augsburg)
 Krista Sager
 Manuel Sarrazin
 Dr. Gerhard Schick
 Dr. Frithjof Schmidt
 Dorothea Steiner
 Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn
 Dr. Harald Terpe
 Markus Tresselt
 Jürgen Trittin
 Daniela Wagner
 Wolfgang Wieland
 Dr. Valerie Wilms
 Josef Philip Winkler

Nein**CDU/CSU**

Ilse Aigner
 Peter Altmaier
 Peter Aumer
 Dorothee Bär
 Thomas Bareiß
 Norbert Barthle
 Günter Baumann
 Ernst-Reinhard Beck
 (Reutlingen)
 Manfred Behrens (Börde)
 Veronika Bellmann
 Dr. Christoph Bergner
 Peter Beyer
 Steffen Bilger
 Clemens Binninger
 Peter Bleser
 Dr. Maria Böhmer
 Wolfgang Börnsen
 (Bönstrup)

(D)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

- | | | | | | |
|-----|--|---|--|--|-----|
| (A) | Wolfgang Bosbach Norbert Brackmann Klaus Brähmig Michael Brand Dr. Reinhard Brandl Helmut Brandt Dr. Ralf Brauksiepe Dr. Helge Braun Heike Brehmer Ralph Brinkhaus Cajus Caesar Gitta Connemann Alexander Dobrindt Marie-Luise Dött Dr. Thomas Feist Enak Ferlemann Ingrid Fischbach Hartwig Fischer (Göttingen) Dirk Fischer (Hamburg) Axel E. Fischer (Karlsruhe-Land) Dr. Maria Flachsbarth Klaus-Peter Flosbach Herbert Frankenhauser Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof) Michael Frieser Erich G. Fritz Dr. Michael Fuchs Hans-Joachim Fuchtel Alexander Funk Ingo Gädechens Dr. Peter Gauweiler Dr. Thomas Gebhart | Joachim Hörster Anette Hübinger Thomas Jarzombek Dieter Jasper Dr. Franz Josef Jung Andreas Jung (Konstanz) Dr. Egon Jüttner Bartholomäus Kalb Hans-Werner Kammer Steffen Kampeter Alois Karl Bernhard Kaster Siegfried Kauder (Villingen-Schwenningen) Volker Kauder Dr. Stefan Kaufmann Roderich Kiesewetter Eckart von Klaeden Ewa Klamt Volkmar Klein Jürgen Klimke Axel Knoerig Jens Koeppen Manfred Kolbe Hartmut Koschyk Thomas Kossendey Michael Kretschmer Gunther Krichbaum Dr. Günter Krings Rüdiger Kruse Betina Kudla Dr. Hermann Kues Günter Lach Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg) Andreas G. Lämmel Dr. Norbert Lammert Katharina Landgraf Ulrich Lange Dr. Max Lehmer Paul Lehrieder Dr. Ursula von der Leyen Ingbert Liebing Matthias Lietz Dr. Carsten Linnemann Patricia Lips Dr. Jan-Marco Luczak Daniela Ludwig Dr. Michael Luther Karin Maag Dr. Thomas de Maizière Hans-Georg von der Marwitz Andreas Mattfeldt Stephan Mayer (Altötting) Dr. Michael Meister Maria Michalk Dr. h. c. Hans Michelbach Dr. Mathias Middelberg Philipp Mißfelder Dietrich Monstadt Marlene Mortler Dr. Gerd Müller Stefan Müller (Erlangen) Dr. Philipp Murmann Bernd Neumann (Bremen) Michaela Noll Dr. Georg Nüßlein Franz Obermeier | Eduard Oswald Henning Otte Dr. Michael Paul Rita Pawelski Ulrich Petzold Dr. Joachim Pfeiffer Sibylle Pfeiffer Beatrix Philipp Ronald Pofalla Christoph Poland Ruprecht Polenz Eckhard Pols Thomas Rachel Eckhardt Rehberg Katherina Reiche (Potsdam) Lothar Riebsamen Josef Rief Klaus Riegert Dr. Heinz Riesenhuber Johannes Röring Dr. Norbert Röttgen Dr. Christian Ruck Erwin Rüdell Albert Rupprecht (Weiden) Anita Schäfer (Saalstadt) Dr. Wolfgang Schäuble Dr. Annette Schavan Dr. Andreas Scheuer Karl Schiewerling Norbert Schindler Tankred Schipanski Georg Schirmbeck Christian Schmidt (Fürth) Patrick Schnieder Dr. Andreas Schockenhoff Nadine Schön (St. Wendel) Dr. Kristina Schröder Dr. Ole Schröder Bernhard Schulte-Drüggelte Uwe Schummer Armin Schuster (Weil am Rhein) Detlef Seif Johannes Selle Reinhold Sendker Dr. Patrick Sensburg Bernd Siebert Thomas Silberhorn Johannes Singhammer Jens Spahn Carola Stauche Dr. Frank Steffel Erika Steinbach Christian Freiherr von Stetten Dieter Stier Gero Storjohann Stephan Stracke Max Straubinger Karin Strenz Thomas Strobl (Heilbronn) Lena Strothmann Michael Stübgen Dr. Peter Tauber Antje Tillmann Dr. Hans-Peter Uhl Arnold Vaatz Volkmar Vogel (Kleinsaara) Stefanie Vogelsang | Andrea Astrid Voßhoff Dr. Johann Wadephul Marco Wanderwitz Kai Wegner Marcus Weinberg (Hamburg) Peter Weiß (Emmendingen) Sabine Weiss (Wesel I) Ingo Wellenreuther Karl-Georg Wellmann Peter Wichtel Annette Widmann-Mauz Klaus-Peter Willsch Elisabeth Winkelmeier-Becker Dagmar G. Wöhlrl Dr. Matthias Zimmer Wolfgang Zöllner Willi Zylajew | (C) |
| | | | FDP | | |
| (B) | Norbert Geis Alois Gerig Eberhard Gienger Michael Glos Josef Göppel Peter Götz Dr. Wolfgang Götzer Ute Granold Reinhard Grindel Hermann Gröhe Michael Grosse-Brömer Markus Grübel Manfred Grund Monika Grütters Olav Gutting Florian Hahn Dr. Stephan Harbarth Jürgen Hardt Gerda Hasselfeldt Dr. Matthias Heider Helmut Heiderich Mechthild Heil Ursula Heinen-Esser Frank Heinrich Rudolf Henke Michael Hennrich Jürgen Herrmann Ansgar Heveling Ernst Hinsken Peter Hintze Christian Hirte Robert Hochbaum Karl Holmeier Franz-Josef Holzenkamp | | Jens Ackermann Christian Ahrendt Christine Aschenberg-Dugnus Daniel Bahr (Münster) Florian Bernschneider Sebastian Blumenthal Claudia Bögel Nicole Bracht-Bendt Klaus Breil Rainer Brüderle Angelika Brunkhorst Ernst Burgbacher Marco Buschmann Sylvia Canel Helga Daub Reiner Deuschmann Dr. Bijan Djir-Sarai Patrick Döring Mechthild Dyckmans Rainer Erdel Jörg van Essen Ulrike Flach Otto Fricke Paul K. Friedhoff Dr. Edmund Peter Geisen Dr. Wolfgang Gerhardt Hans-Michael Goldmann Heinz Golombek Miriam Gruß Joachim Günther (Plauen) Dr. Christel Happach-Kasan Heinz-Peter Haustein Manuel Höferlin Elke Hoff Birgit Homburger Dr. Werner Hoyer Heiner Kamp Michael Kauch Dr. Lutz Knopek Pascal Kober Dr. Heinrich L. Kolb Gudrun Kopp Dr. h. c. Jürgen Koppelin Sebastian Körber Holger Krestel Patrick Kurth (Kyffhäuser) Heinz Lanfermann | (D) | |

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

| | | | | | |
|-----|--|--|---|--|-----|
| (A) | Sibylle Laurischk Harald Leibrecht Sabine Leutheusser-Schnarrenberger Lars Lindemann Christian Lindner Dr. Martin Lindner (Berlin) Michael Link (Heilbronn) Dr. Erwin Lotter Oliver Luksic Horst Meierhofer Patrick Meinhardt Gabriele Molitor Jan Mücke Petra Müller (Aachen) Burkhardt Müller-Sönksen Dr. Martin Neumann (Lausitz) Dirk Niebel Cornelia Pieper Gisela Piltz Dr. Christiane Ratjen-Damerau Dr. Birgit Reinemund Dr. Peter Röhlinger Dr. Stefan Ruppert Björn Sänger Frank Schäffler Christoph Schnurr Jimmy Schulz Marina Schuster Dr. Erik Schweickert | Werner Simmling Judith Skudelny Dr. Hermann Otto Solms Joachim Spatz Dr. Max Stadler Torsten Staffeldt Dr. Rainer Stinner Stephan Thomae Florian Toncar Serkan Tören Johannes Vogel (Lüdenscheid) Dr. Daniel Volk Dr. Guido Westerwelle Dr. Claudia Winterstein Dr. Volker Wissing Hartfrid Wolff (Rems-Murr) | Heidrun Dittrich Werner Dreibus Dr. Dagmar Enkelmann Klaus Ernst Wolfgang Gehrcke Diana Golze Annette Groth Dr. Gregor Gysi Heike Hänsel Dr. Rosemarie Hein Inge Höger Dr. Barbara Höll Andrej Hunko Ulla Jelpke Dr. Lukrezia Jochimsen Katja Kipping Harald Koch Jan Korte Jutta Krellmann Caren Lay Sabine Leidig Ralph Lenkert Michael Leutert Stefan Liebich Ulla Lötzer Dr. Gesine Lötzsich Thomas Lutze Ulrich Maurer Dorothee Menzner Cornelia Möhring Kornelia Möller Niema Movassat | Wolfgang Nešković Thomas Nord Petra Pau Jens Petermann Richard Pitterle Yvonne Ploetz Ingrid Remmers Paul Schäfer (Köln) Michael Schlecht Dr. Ilja Seifert Kathrin Senger-Schäfer Raju Sharma Dr. Petra Sitte Kersten Steinke Sabine Stüber Alexander Süßmair Dr. Kirsten Tackmann Frank Tempel Dr. Axel Troost Alexander Ulrich Kathrin Vogler Halina Wawzyniak Harald Weinberg Katrin Werner Sabine Zimmermann | (C) |
| | <p>DIE LINKE</p> Jan van Aken Agnes Alpers Dr. Dietmar Bartsch Karin Binder Matthias W. Birkwald Heidrun Bluhm Steffen Bockhahn Eva Bulling-Schröter Dr. Martina Bunge Roland Claus Sevim Dağdelen Dr. Diether Dehm | | | <p>Enthalten</p> <p>BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p> Hans-Christian Ströbele | |

(B) (D)

Entschließungsantrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 17/7456 zum selben Thema: abgegebene Stimmen 594. Mit Ja haben gestimmt 137, mit Nein 455.

Es gab 2 Enthaltungen. Der Entschließungsantrag ist abgelehnt.

| | | | |
|---|---|--|---|
| <p>Endgültiges Ergebnis</p> Abgegebene Stimmen: 593; davon ja: 137 nein: 454 enthalten: 2 | Steffen Bockhahn Eva Bulling-Schröter Dr. Martina Bunge Roland Claus Sevim Dağdelen Dr. Diether Dehm Heidrun Dittrich Werner Dreibus Dr. Dagmar Enkelmann Klaus Ernst Wolfgang Gehrcke Diana Golze Annette Groth Dr. Gregor Gysi Heike Hänsel Dr. Rosemarie Hein Inge Höger Dr. Barbara Höll Andrej Hunko Ulla Jelpke Dr. Lukrezia Jochimsen Katja Kipping Harald Koch Jan Korte | Jutta Krellmann Caren Lay Sabine Leidig Ralph Lenkert Michael Leutert Stefan Liebich Ulla Lötzer Dr. Gesine Lötzsich Thomas Lutze Ulrich Maurer Dorothee Menzner Cornelia Möhring Kornelia Möller Niema Movassat Wolfgang Nešković Thomas Nord Petra Pau Jens Petermann Richard Pitterle Yvonne Ploetz Ingrid Remmers Paul Schäfer (Köln) Michael Schlecht Dr. Ilja Seifert | Kathrin Senger-Schäfer Raju Sharma Dr. Petra Sitte Kersten Steinke Sabine Stüber Alexander Süßmair Dr. Kirsten Tackmann Frank Tempel Dr. Axel Troost Alexander Ulrich Kathrin Vogler Halina Wawzyniak Harald Weinberg Katrin Werner Sabine Zimmermann |
| <p>Ja</p> <p>SPD</p> Dr. Peter Danckert Daniela Kolbe (Leipzig) Swen Schulz (Spandau) | | | |
| <p>DIE LINKE</p> Jan van Aken Agnes Alpers Dr. Dietmar Bartsch Herbert Behrens Karin Binder Matthias W. Birkwald Heidrun Bluhm | | | <p>BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</p> Kerstin Andreae Marieluise Beck (Bremen) Volker Beck (Köln) Cornelia Behm Birgitt Bender Viola von Cramon-Taubadel |

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

| | | | | | |
|---|---|--|---|--|-----|
| (A) | Ekin Deligöz Katja Dörner Harald Ebner Hans-Josef Fell Dr. Thomas Gambke Kai Gehring Katrin Göring-Eckardt Britta Haßelmann Bettina Herlitzius Priska Hinz (Herborn) Dr. Anton Hofreiter Bärbel Höhn Ingrid Hönlinger Thilo Hoppe Uwe Kekeritz Katja Keul Memet Kilic Sven-Christian Kindler Maria Klein-Schmeink Ute Koczy Tom Koenigs Oliver Krischer Agnes Krumwiede Fritz Kuhn Stephan Kühn Renate Künast Markus Kurth Undine Kurth (Quedlinburg) Monika Lazar Dr. Tobias Lindner Nicole Maisch Agnes Malczak Jerzy Montag Kerstin Müller (Köln) Beate Müller-Gemmeke | Norbert Barthle Günter Baumann Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen) Manfred Behrens (Börde) Veronika Bellmann Dr. Christoph Bergner Peter Beyer Steffen Bilger Clemens Binninger Peter Bleser Dr. Maria Böhmer Wolfgang Börnsen (Bönstrup) Wolfgang Bosbach Norbert Brackmann Klaus Brähmig Michael Brand Dr. Reinhard Brandl Helmut Brandt Dr. Ralf Brauksiepe Dr. Helge Braun Heike Brehmer Ralph Brinkhaus Cajus Caesar Gitta Connemann Alexander Dobrindt Marie-Luise Dött Dr. Thomas Feist Enak Ferlemann Ingrid Fischbach Hartwig Fischer (Göttingen) Dirk Fischer (Hamburg) Axel E. Fischer (Karlsruhe- Land) | Helmut Heiderich Mechthild Heil Ursula Heinen-Esser Frank Heinrich Rudolf Henke Michael Hennrich Jürgen Herrmann Ansgar Heveling Ernst Hinsken Peter Hintze Christian Hirte Robert Hochbaum Karl Holmeier Franz-Josef Holzenkamp Joachim Hörster Anette Hübinger Thomas Jarzombek Dieter Jasper Dr. Franz Josef Jung Andreas Jung (Konstanz) Dr. Egon Jüttner Bartholomäus Kalb Hans-Werner Kammer Steffen Kampeter Alois Karl Bernhard Kaster Siegfried Kauder (Villingen- Schwenningen) Volker Kauder Dr. Stefan Kaufmann Roderich Kiesewetter Eckart von Klaeden Ewa Klamt Volkmar Klein Jürgen Klimke Axel Knoerig Jens Koeppen Manfred Kolbe Hartmut Koschyk Thomas Kossendey Michael Kretschmer Gunther Krichbaum Dr. Günter Krings Rüdiger Kruse Bettina Kudla Dr. Hermann Kues Günter Lach Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg) Andreas G. Lämmel Dr. Norbert Lammert Katharina Landgraf Ulrich Lange Dr. Max Lehmer Paul Lehrieder Dr. Ursula von der Leyen Ingbert Liebing Matthias Lietz Dr. Carsten Linnemann Patricia Lips Dr. Jan-Marco Luczak Daniela Ludwig Dr. Michael Luther Karin Maag Dr. Thomas de Maizière Hans-Georg von der Marwitz Andreas Mattfeldt Stephan Mayer (Altötting) | Dr. Michael Meister Maria Michalk Dr. h. c. Hans Michelbach Dr. Mathias Middelberg Philipp Mißfelder Dietrich Monstadt Marlene Mortler Dr. Gerd Müller Stefan Müller (Erlangen) Dr. Philipp Murmann Bernd Neumann (Bremen) Michaela Noll Dr. Georg Nüßlein Franz Obermeier Eduard Oswald Henning Otte Dr. Michael Paul Rita Pawelski Ulrich Petzold Dr. Joachim Pfeiffer Sibylle Pfeiffer Beatrix Philipp Ronald Pofalla Christoph Poland Ruprecht Polenz Eckhard Pols Thomas Rachel Eckhardt Rehberg Katherina Reiche (Potsdam) Lothar Riabsamen Josef Rief Klaus Riegert Dr. Heinz Riesenhuber Johannes Röring Dr. Norbert Röttgen Dr. Christian Ruck Erwin Rüdell Albert Rupprecht (Weiden) Anita Schäfer (Saalstadt) Dr. Wolfgang Schäuble Dr. Annette Schavan Dr. Andreas Scheuer Karl Schiewerling Norbert Schindler Tankred Schipanski Georg Schirmbeck Christian Schmidt (Fürth) Patrick Schnieder Dr. Andreas Schockenhoff Nadine Schön (St. Wendel) Dr. Kristina Schröder Dr. Ole Schröder Bernhard Schulte-Drüggelte Uwe Schummer Armin Schuster (Weil am Rhein) Detlef Seif Johannes Selle Reinhold Sendker Dr. Patrick Sensburg Bernd Siebert Thomas Silberhorn Johannes Singhammer Jens Spahn Carola Stauche Dr. Frank Steffel Erika Steinbach Christian Freiherr von Stetten | (C) |
| (B) | Ingrid Nestle Dr. Konstantin von Notz Omid Nouripour Friedrich Ostendorff Dr. Hermann E. Ott Lisa Paus Brigitte Pothmer Tabea Rößner Claudia Roth (Augsburg) Krista Sager Manuel Sarrazin Dr. Gerhard Schick Dr. Frithjof Schmidt Dorothea Steiner Dr. Wolfgang Strengmann- Kuhn Hans-Christian Ströbele Dr. Harald Terpe Markus Tressel Jürgen Trittin Daniela Wagner Wolfgang Wieland Dr. Valerie Wilms Josef Philip Winkler | Dr. Maria Flachsbarth Klaus-Peter Flosbach Herbert Frankenhauser Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof) Michael Frieser Erich G. Fritz Dr. Michael Fuchs Hans-Joachim Fuchtel Alexander Funk Ingo Gädechens Dr. Peter Gauweiler Dr. Thomas Gebhart Norbert Geis Alois Gerig Eberhard Gienger Michael Glos Josef Göppel Peter Götz Dr. Wolfgang Götzer Ute Granold Reinhard Grindel Hermann Gröhe Michael Grosse-Brömer Markus Grübel Manfred Grund Monika Grütters Olav Gutting Florian Hahn Dr. Stephan Harbarth Jürgen Hardt Gerda Hasselfeldt Dr. Matthias Heider | Jürgen Klimke Axel Knoerig Jens Koeppen Manfred Kolbe Hartmut Koschyk Thomas Kossendey Michael Kretschmer Gunther Krichbaum Dr. Günter Krings Rüdiger Kruse Bettina Kudla Dr. Hermann Kues Günter Lach Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg) Andreas G. Lämmel Dr. Norbert Lammert Katharina Landgraf Ulrich Lange Dr. Max Lehmer Paul Lehrieder Dr. Ursula von der Leyen Ingbert Liebing Matthias Lietz Dr. Carsten Linnemann Patricia Lips Dr. Jan-Marco Luczak Daniela Ludwig Dr. Michael Luther Karin Maag Dr. Thomas de Maizière Hans-Georg von der Marwitz Andreas Mattfeldt Stephan Mayer (Altötting) | Dr. Christian Ruck Erwin Rüdell Albert Rupprecht (Weiden) Anita Schäfer (Saalstadt) Dr. Wolfgang Schäuble Dr. Annette Schavan Dr. Andreas Scheuer Karl Schiewerling Norbert Schindler Tankred Schipanski Georg Schirmbeck Christian Schmidt (Fürth) Patrick Schnieder Dr. Andreas Schockenhoff Nadine Schön (St. Wendel) Dr. Kristina Schröder Dr. Ole Schröder Bernhard Schulte-Drüggelte Uwe Schummer Armin Schuster (Weil am Rhein) Detlef Seif Johannes Selle Reinhold Sendker Dr. Patrick Sensburg Bernd Siebert Thomas Silberhorn Johannes Singhammer Jens Spahn Carola Stauche Dr. Frank Steffel Erika Steinbach Christian Freiherr von Stetten | (D) |
| Nein | | | | | |
| CDU/CSU | | | | | |
| Ilse Aigner Peter Altmaier Peter Aumer Dorothee Bär Thomas Bareiß | | | | | |

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt

- | | | | | | |
|--------------------------------------|--|---|--|---|-----|
| (A) | Dieter Stier Gero Storjohann Stephan Stracke Max Straubinger Karin Strenz Thomas Strobl (Heilbronn) Lena Strothmann Michael Stübgen Dr. Peter Tauber Antje Tillmann Dr. Hans-Peter Uhl Arnold Vaatz Volkmar Vogel (Kleinsaara) Stefanie Vogelsang Andrea Astrid Voßhoff Dr. Johann Wadephul Marco Wanderwitz Kai Wegner Marcus Weinberg (Hamburg) Peter Weiß (Emmendingen) Sabine Weiss (Wesel I) Ingo Wellenreuther Karl-Georg Wellmann Peter Wichtel Annette Widmann-Mauz Klaus-Peter Willsch Elisabeth Winkelmeier-Becker Dagmar G. Wöhrle Dr. Matthias Zimmer Wolfgang Zöllner Willi Zylajew | Günter Gloser Ulrike Gottschalck Angelika Graf (Rosenheim) Kerstin Griese Michael Groschek Michael Groß Wolfgang Gunkel Hans-Joachim Hacker Bettina Hagedorn Klaus Hagemann Michael Hartmann (Wackernheim) Hubertus Heil (Peine) Rolf Hempelmann Dr. Barbara Hendricks Gustav Herzog Gabriele Hiller-Ohm Frank Hofmann (Volkach) Dr. Eva Högl Josip Juratovic Oliver Kaczmarek Johannes Kahrs Dr. h. c. Susanne Kastner Ulrich Kelber Lars Klingbeil Hans-Ulrich Klose Dr. Bärbel Kofler Fritz Rudolf Körper Anette Kramme Nicolette Kressl Angelika Krüger-Leißner Ute Kumpf Christine Lambrecht Christian Lange (Backnang) Steffen-Claudio Lemme Burkhard Lischka Gabriele Lösekrug-Möller Kirsten Lühmann Caren Marks Katja Mast Hilde Mattheis Ullrich Meßmer Dr. Matthias Miersch Franz Müntefering Andrea Nahles Manfred Nink Thomas Oppermann Holger Ortel Aydan Özoğuz Heinz Paula Johannes Pflug Joachim Poß Dr. Wilhelm Priesmeier Florian Pronold Mechthild Rawert Stefan Rebmann Gerold Reichenbach Dr. Carola Reimann Sönke Rix René Röspel Dr. Ernst Dieter Rossmann Karin Roth (Esslingen) Michael Roth (Heringen) Marlene Rupprecht (Tuchenbach) Anton Schaaf Axel Schäfer (Bochum) Bernd Scheelen | Marianne Schieder (Schwandorf) Werner Schieder (Weiden) Ulla Schmidt (Aachen) Silvia Schmidt (Eisleben) Carsten Schneider (Erfurt) Ottmar Schreiner Ewald Schurer Frank Schwabe Dr. Martin Schwanholz Rolf Schwanitz Stefan Schwartz Rita Schwarzelühr-Sutter Dr. Carsten Sieling Sonja Steffen Peer Steinbrück Dr. Frank-Walter Steinmeier Christoph Strässer Kerstin Tack Dr. h. c. Wolfgang Thierse Franz Thönnies Wolfgang Tiefensee Rüdiger Veit Ute Vogt Dr. Marlies Volkmer Andrea Wicklein Heidemarie Wieczorek-Zeul Dr. Dieter Wiefelspütz Dagmar Ziegler Manfred Zöllmer Brigitte Zypries | Birgit Homburger Dr. Werner Hoyer Heiner Kamp Michael Kauch Dr. Lutz Knopek Pascal Kober Dr. Heinrich L. Kolb Gudrun Kopp Dr. h. c. Jürgen Koppelin Sebastian Körber Holger Krestel Patrick Kurth (Kyffhäuser) Heinz Lanfermann Sibylle Laurischk Harald Leibrecht Sabine Leutheusser-Schnarrenberger Lars Lindemann Christian Lindner Dr. Martin Lindner (Berlin) Michael Link (Heilbronn) Dr. Erwin Lotter Oliver Luksic Horst Meierhofer Patrick Meinhardt Gabriele Molitor Jan Mücke Petra Müller (Aachen) Burkhardt Müller-Sönksen Dr. Martin Neumann (Lausitz) Dirk Niebel Cornelia Pieper Gisela Piltz Dr. Christiane Ratjen-Damerau Dr. Birgit Reinemund Dr. Peter Röhlinger Dr. Stefan Ruppert Björn Sänger Frank Schäffler Christoph Schnurr Jimmy Schulz Marina Schuster Dr. Erik Schweickert Werner Simmling Judith Skudelny Dr. Hermann Otto Solms Joachim Spatz Dr. Max Stadler Torsten Staffeldt Dr. Rainer Stinner Stephan Thomae Florian Toncar Serkan Tören Johannes Vogel (Lüdenscheid) Dr. Daniel Volk Dr. Guido Westerwelle Dr. Claudia Winterstein Dr. Volker Wissing Hartfrid Wolff (Rems-Murr) | (C) |
| SPD | | | | | |
| (B) | Ingrid Arndt-Brauer Rainer Arnold Heinz-Joachim Barchmann Dr. Hans-Peter Bartels Klaus Barthel Sören Bartol Bärbel Bas Sabine Bätzing-Lichtenthäler Dirk Becker Uwe Beckmeyer Lothar Binding (Heidelberg) Gerd Bollmann Klaus Brandner Willi Brase Bernhard Brinkmann (Hildesheim) Edelgard Bulmahn Martin Burkert Petra Crone Martin Dörmann Elvira Drobinski-Weiß Ingo Egloff Siegfried Ehrmann Dr. h. c. Gernot Erler Petra Ernstberger Karin Evers-Meyer Elke Ferner Gabriele Fograscher Dr. Edgar Franke Dagmar Freitag Sigmar Gabriel Michael Gerdes Martin Gerster Iris Gleicke | Steffen-Claudio Lemme Burkhard Lischka Gabriele Lösekrug-Möller Kirsten Lühmann Caren Marks Katja Mast Hilde Mattheis Ullrich Meßmer Dr. Matthias Miersch Franz Müntefering Andrea Nahles Manfred Nink Thomas Oppermann Holger Ortel Aydan Özoğuz Heinz Paula Johannes Pflug Joachim Poß Dr. Wilhelm Priesmeier Florian Pronold Mechthild Rawert Stefan Rebmann Gerold Reichenbach Dr. Carola Reimann Sönke Rix René Röspel Dr. Ernst Dieter Rossmann Karin Roth (Esslingen) Michael Roth (Heringen) Marlene Rupprecht (Tuchenbach) Anton Schaaf Axel Schäfer (Bochum) Bernd Scheelen | Jens Ackermann Christian Ahrendt Christine Aschenberg-Dugnus Daniel Bahr (Münster) Florian Bernschneider Sebastian Blumenthal Claudia Bögel Nicole Bracht-Bendt Klaus Breil Rainer Brüderle Angelika Brunkhorst Ernst Burgbacher Marco Buschmann Sylvia Canel Helga Daub Reiner Deutschmann Dr. Bijan Djir-Sarai Patrick Döring Mechthild Dyckmans Rainer Erdel Jörg van Essen Ulrike Flach Otto Fricke Paul K. Friedhoff Dr. Edmund Peter Geisen Dr. Wolfgang Gerhardt Hans-Michael Goldmann Heinz Golombek Miriam Gruß Joachim Günther (Plauen) Dr. Christel Happach-Kasan Heinz-Peter Haustein Manuel Höferlin Elke Hoff | (D) | |
| Enthalten | | | | | |
| SPD | | | | | |
| Ulla Burchardt Petra Hinz (Essen) | | | | | |

Anlagen zum Stenografischen Bericht (A) (C)**Anlage 2****Erklärung nach § 31 GO**

der Abgeordneten **Lothar Binding (Heidelberg), Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Uwe Beckmeyer, Klaus Brandner, Edelgard Bulmahn, Elvira Drobinski-Weiß, Siegmund Ehrmann, Martin Gerster, Angelika Graf (Rosenheim), Michael Groß, Klaus Hagemann, Bettina Hagedorn, Michael Hartmann (Wackernheim), Frank Hofmann (Volkach), Dr. h. c. Susanne Kastner, Fritz Rudolf Körper, Dr. Bärbel Kofler, Ute Kumpf, Kirsten Lühmann, Caren Marks, Hilde Mattheis, Aydan Özoğuz, Stefan Rebmann, Dr. Carola Reimann, Sönke Rix, Karin Roth (Esslingen), Marlene Rupperecht (Tuchenbach), Carsten Schneider (Erfurt), Wolfgang Tiefensee und Heidemarie Wieczorek-Zeul (alle SPD) zur namentlichen Abstimmung über den Entschließungsantrag zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat und zum Eurogipfel am 26. Oktober 2011 in Brüssel (Tagesordnungspunkt 1)**

Unser gemeinsamer Antrag überträgt der Bundesregierung ein Rahmenmandat für die Verhandlungen der Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone am 26. Oktober 2011 über die Konkretisierung von Optimierungsmodellen zur European Financial Stability Facility – EFSF. Wir haben uns in diesem Antrag auf einen Rahmen verständigt, der es ermöglichen soll, einen möglichst effizienten Einsatz der Mittel der EFSF zur Stabilisierung der Eurozone sicherzustellen. Wir stimmen diesem Entschließungsantrag zu, weil wir die grundlegende Zielrichtung der Stabilisierung Europas unterstützen. Die Information und Einbindung des Bundestags durch die Bundesregierung ist allerdings nicht mit den Grundsätzen einer angemessenen Parlamentsbeteiligung vereinbar.

Unser Entschließungsantrag präjudiziert allerdings keine Festlegung auf die konkrete Ausgestaltung und technische Umsetzung eines oder mehrerer Modelle zur Erhöhung des finanziellen Handlungsspielraums der EFSF, über die wir in den Ausschussberatungen debattiert haben. Ein Modell sieht eine teilweise Besicherung neu emittierter Staatsanleihen vor – Versicherungsoption –; eine weitere Überlegung bezieht sich auf die Gründung einer oder mehrerer Zweckgesellschaften – Fondsoption –, über die eine Risikoteilung zwischen öffentlichen Mitteln der EFSF und privaten Investoren erreicht werden soll.

Eine Festlegung auf konkrete Organisationsprinzipien und Funktionsweise der beiden genannten und weiterer Instrumente der EFSF kann auch deshalb nicht erfolgen, weil Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble in den Beratungen des Haushaltsausschusses leider nicht in der Lage war, die Details des Fondsmodells in der erforderlichen Tiefe zu beschreiben und zu erläutern. Eine se-

(A)

(B)

(D)

- (A) riöse Vorbereitung der Entscheidung war angesichts der Komplexität der Sachfragen nicht möglich. Der Beratungsbedarf konnte auch aufgrund der sehr späten Bereitstellung von mehr als 500 Seiten an Text mit Erläuterungen zu den vorgesehenen Regelungen erst im Verlauf der Ausschussberatungen nicht abgedeckt werden.

Die Bundesregierung hat im Vorfeld der Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel wesentliche Sachinformationen nur unvollständig und sehr kurzfristig vorgelegt und dabei das Risiko bewusster Fehlinterpretationen und medialer Verwirrung in Kauf genommen.

Anlage 3

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Dr. Gerhard Schick, Viola von Cramon-Taubadel, Katja Dörner, Harald Ebner, Bettina Herlitzius, Dr. Anton Hofreiter, Thilo Hoppe, Uwe Kekeritz, Sven-Christian Kindler, Maria Klein-Schmeink, Ute Koczy, Oliver Krischer, Agnes Krumwiede, Stephan Kühn, Markus Kurth, Monika Lazar, Dr. Tobias Lindner, Nicole Maisch, Agnes Malczak, Kerstin Müller, Beate Müller-Gemmeke, Ingrid Nestle, Dr. Konstantin von Notz, Dr. Hermann E. Ott, Lisa Paus, Tabea Rößner, Dorothea Steiner, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Wolfgang Wieland und Dr. Valerie Wilms (alle BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur namentlichen Abstimmung über den Entschließungsantrag zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat und zum Eurogipfel am 26. Oktober 2011 in Brüssel (Tagesordnungspunkt 1)

(B)

Nur drei Wochen nach der letzten Reform der EFSF steht heute erneut eine Ausweitung des Instrumentariums der Europäischen Finanzmarktstabilisierungsfazilität, EFSF, an. In sehr kurzfristig anberaumter Sitzung muss der Bundestag auf der Grundlage sehr kurzfristig verfügbarer Unterlagen darüber entscheiden, ob die EFSF in völlig anderer Weise als bisher tätig werden soll. Damit wird nach den Krisenentscheidungen zur Bankenrettung im Herbst 2008, zu den Griechenland-Hilfen und der Einrichtung des EFSF im Mai 2010 nun wieder unter hohem zeitlichen Druck über Milliardenrisiken entschieden.

Dieser Druck ist nicht einer unvorhersehbaren Dynamik der Krise geschuldet. Dieser Druck ist politisch absichtlich herbeigeführt worden. Seit mindestens einem Monat wird unter den Regierungen der Euro-Zone über die effizientere Nutzung oder Hebelung der EFSF diskutiert. Doch im Parlament unterdrückte die Koalition jedwede inhaltliche Auseinandersetzung mit diesen Vorschlägen mit dem Erfolg, dass nun zwischen einer ersten Information der Bundesregierung und der Entscheidung im Plenum nur etwa 24 Stunden liegen. So etwas darf sich ein Parlament nicht gefallen lassen.

Es ist richtig, dass nun das Plenum des Bundestages diese Entscheidung trifft. Die Regierungsfractionen greifen damit die Forderung aus dem Antrag der Grünen Bundestagsfraktion auf, den sie vor vier Tagen noch abgelehnt haben. Die Ausweitung der Handlungsmöglichkeiten der EFSF, indem zusätzliche Investoren hinzugekommen werden, verändert grundlegend den Umgang mit dem vom Bundestag gewährten Garantien. Sie vergrößert die Schadenshöhe für den Bundeshaushalt entscheidend, die im Falle einer Umschuldung oder einer Pleite eines Krisenstaates zu tragen wäre – Verlustquote bei Ausfall. Mitglieder der Bundesregierung haben sich zwar aus Angst vor Widerstand in den eigenen Reihen intensiv bemüht, dieses Faktum mit Hinweis auf die unveränderte Höhe des deutschen Garantierahmens von 211 Milliarden Euro zu verschleiern. Parlament und Öffentlichkeit wurden hier gezielt desinformiert, ja getäuscht. Deswegen wurde regelmäßig von „Effizienzsteigerung“ gesprochen, um lediglich die positiven Aspekte des veränderten Ansatzes erkennbar werden zu lassen. Aber es gibt eine solche Effizienzsteigerung ohne eine Veränderung des Risikos nicht. Zudem haben führende Koalitionspolitiker eine Hebelung noch vor kurzem wortgewaltig abgelehnt. Sie müssen nun öffentlich erklären, warum sie ihre Meinung geändert haben, statt hinter verschlossenen Türen das zu beschließen, was sie öffentlich ausgeschlossen haben. Die Diskussion zur Hebelung ist damit ein Beispiel mehr für die vielen „roten Linien“, die ständig definiert und anschließend unter großem Vertrauensverlust in der Bevölkerung überschritten werden.

(C)

Die Ausweitung der EFSF-Kapazität ist dennoch grundsätzlich richtig. Die EFSF hat derzeit eine Kreditvergabekapazität von 440 Milliarden Euro. Davon gehen 46,5 Milliarden an Portugal und Irland. Mindestens 109 Milliarden Euro sind für Griechenland erforderlich. Zusätzlich werden Mittel für die Bankenrekapitalisierung gebraucht. Diese soll nach den derzeitigen Planungen 100 Milliarden Euro erfordern, von denen ein relevanter Teil, vielleicht 30 Milliarden Euro, über die EFSF bereitgestellt werden muss, weil weder die Banken selbst noch deren Sitzländer die Rekapitalisierung aus eigenen Mitteln aufbringen können. Damit ist klar: Die Kapazität der EFSF reicht bei der bisherigen Herangehensweise nicht, um neuen Herausforderungen zu begegnen.

(D)

Zum einen ist es nötig, eine wirkliche Schuldenentlastung für Griechenland zulasten der Gläubiger umzusetzen, damit die Schuldenlast Griechenlands wieder tragfähig ist und das Land eine Entwicklungsperspektive bekommt. Wir haben dazu immer eine Orientierung an den Marktwerten gefordert, also derzeit etwa 60 Prozent Abschlag. Wenn man das umsetzen will, ist es nötig, mögliche Auswirkungen auf den Bankensektor in Griechenland selbst und in anderen Ländern und gegebenenfalls auf die Märkte für Staatsanleihen weiterer Euro-Länder abfedern zu können. Eine Vorbedingung für eine wirkliche Umschuldung ist deshalb eine EFSF-Kapazität, die über dem heutigen Volumen liegt.

Zum anderen sind seit August diesen Jahres Spanien und insbesondere Italien im Fokus der Finanzmarktak-

(A) teure. Die Zinsen in beiden Ländern sind gestiegen und konnten nur durch Käufe der Europäischen Zentralbank auf einem vertretbaren Niveau gehalten werden. Dabei sind insbesondere bei Spanien mit einem Schuldenstand, der unterhalb dem der Bundesrepublik Deutschland liegt, kaum Zweifel an der Solvenz vorhanden. Die Krisendynamik setzt beide Länder dennoch der Gefahr einer Spirale aus steigenden Zinsen und sinkender Schulden-tragfähigkeit aus, die ohne externe Hilfe in die Insolvenz führen könnte. Italien muss im Jahr circa 380 Milliarden Euro refinanzieren. Allein diese Zahl macht deutlich, dass eine Ausweitung der EFSF-Kapazität nötig ist.

Deshalb stimmen wir zu, dass die Bundesregierung Verhandlungen über eine Ausweitung der Kapazität der EFSF mittels sogenannter Hebelung führt und bringen das mit einer Zustimmung zum vorliegenden Entschlie-ßungsantrag zum Ausdruck.

Richtig ist zwar, dass ohne die vielen Fehler und Ver-zögerungen, die gerade die Bundesregierung beim Kri-senmanagement zu verantworten hat, wir vielleicht nie in die heutige Zwangslage gekommen wären. Richtig ist auch, dass alternative Wege der Stabilisierung der euro-päischen Finanzmärkte zur Verfügung gestanden hätten oder heute zur Verfügung stünden, wenn man rechtzeitig den Mut zu Vertragsänderungen gehabt hätte. Wir halten nach wie vor eine stärkere haushaltspolitische Koordinierung und die Einführung europäischer Anleihen – Euro-Bonds – für besser als den von den europäischen Regierungen derzeit beschrittenen Weg. Doch für die nächsten Wochen stehen diese Alternativen leider noch nicht zur Verfügung, weil insbesondere die erforderliche haushaltspolitische Kontrolle in den Mitgliedstaaten noch nicht vertraglich vereinbart wurde. Deswegen muss zunächst der bisherige Weg mit einer Ausweitung der EFSF-Kapazität weitergegangen werden. Und wenn der Bundestag der von den Marktakteuren erwarteten Aus-weitung der EFSF-Kapazität seine Zustimmung verwei-gert, droht eine neuerliche massive Zuspitzung an den Finanzmärkten, die alles nur noch schwieriger und teurer machen könnte. Einmal mehr befindet sich die Politik in einer Zwangslage.

(B) Tatsache ist aber auch, dass die Bundesregierung bis-lang auf knapp vier Seiten nur eine grobe Skizze mög-licher Wege vorgelegt hat. Sie definieren einen Raum von Möglichkeiten, keine klare Perspektive der nächsten Schritte. Es ist zu befürchten, dass die darin vorgesehe-nen Varianten der Hebelung teurer und unstabiler sind als alternative Varianten, die von der Bundesregierung ausgeschlossen, aber im Bundestag nie kritisch vergli-chen wurden. Auch hat die Koalition eine von den Oppositionsparteien im Haushaltsausschuss geforderte Anhörung zur Klärung der Vor- und Nachteile der ver-schiedenen Varianten abgelehnt. Teuer könnte die ge-plante Fondslösung werden, weil den Kapitalmarktak-teuren, die Risiken übernehmen sollen, dieses honoriert werden muss. Unklar ist auch, ob die diversen neu zu emittierenden strukturierten Finanzmarktprodukte zu ei-ner Stabilisierung wirklich beitragen oder selbst Quelle von Unsicherheit werden können. Das gilt bei der Versi-cherungslösung insbesondere dann, wenn sich die Markteinschätzung über das Risiko so entwickelt, dass

das abgedeckte Risiko nicht mehr ausreicht. Schließlich (C) ist unklar, ob sich für die verschiedenen Varianten wirk-lich Investoren finden lassen und ob nicht die Absiche-rung so großzügig ausgestaltet werden muss, dass die Hebelung relativ gering ausfällt und nur für wenige Mo-nate Atempause verschafft. Klar ist jedenfalls, dass die Hebelung der EFSF nur Übergangslösung in eine anders gestaltete stabilere Lösung sein kann und darf. Auch werden wir kritisch bewerten müssen, welche konkreten Maßnahmen nun auf der Grundlage der heutigen Zu-stimmung beschlossen werden.

Als überzeugte Europäerinnen und Europäer sind wir mit tiefer Sorge erfüllt um die Zukunft und den Bestand des europäischen Einigungsprozesses: Noch nie zuvor befand sich die Euro-Zone und mit ihr die gesamte EU in einer so tiefen Krise, noch nie zuvor stand es um ein-zelne ihrer Mitglieder sowie um die Gemeinschaft insge-samt so ernst. Und noch immer ist eine nachhaltige Lösung dieser Krise nicht in Sicht, während das Krisen-management selbst immer mehr zum Mitverursacher der Krise wird, weil die Koordination vieler Regierungen zü-gige und klare Entscheidungen unmöglich macht. Die Zustimmung der Menschen zu dem schwierigen Prozess, gemeinsam in Europa einen Weg aus der Krise zu fin-den, nimmt in einer Reihe von Euro-Ländern ab. Grund dafür sind auch politische Fehlentscheidungen in der Sa-che, eine politische Kommunikation, die die Menschen gegen die „Retter“ aufbringen muss, und eine inakzep-table soziale Schieflage der Rettungsmaßnahmen. Die Aufforderung des Bundestags, den Richtlinienvorschlag der Kommission für die Finanztransaktionsteuer in den Gremien auf den Weg zu bringen, geht auf grünes Drän-gen zurück. Wird diese Steuer eingeführt, kann sie zu ei-ner fairen Lastenverteilung beitragen. Weitere Maßnah-men zur Korrektur der sozialen Schieflage in dieser Krise werden darüber hinaus nötig bleiben. (D)

Fehler im Krisenmanagement haben auch dazu ge-führt, dass die Europäische Zentralbank immer mehr in die Rolle des Krisenmanagers der letzten Instanz ge-drängt wurde. Es ist deshalb richtig, sie in Bezug auf die Käufe von Staatsanleihen aus dieser Rolle zu befreien – mithilfe einer Ausweitung der EFSF-Kapazität. Falsch wäre es jedoch, sie dafür zu kritisieren, dass sie ange-sichts der Unfähigkeit der Regierungen auf dem Sekun-därmarkt eingegriffen hat, um Schlimmeres zu verhinder-n. Ebenso falsch wäre es angesichts der großen Unsicherheiten über die weitere Entwicklung, für die Zukunft weitere Maßnahmen dieser Art aus ideologi-schen Gründen auszuschließen.

Die europäischen Banken sind wichtigster Hinde-rungsgrund für eine mutige, echte und umfassende Be-teiligung privater Gläubiger in der griechischen Schul-denkrise und andernorts und außerdem wichtigster Ansteckungskanal für ein Ausbreiten der Krise auf an-dere Länder. Hier zeigt sich, wie falsch es war, seit 2008 keine konsequente Stärkung der Kapitalbasis vorzuneh-men und nach wie vor die Kapitalausstattung an der Kernkapitalquote zu messen, bei der Staatsanleihen auf-grund der Nullgewichtung überhaupt nicht eingehen. Gerade die Bundesregierung hat hier mit ihrer an weni-gen deutschen Banken ausgerichteten Politik dazu beige-

(A) tragen, dass heute erneut staatliche Rekapitalisierungsmaßnahmen bevorstehen. Dieser Fehler darf nun bei der Bankenrettung nicht weitergeführt werden. Es ist falsch, mit einer stärkeren Kapitalausstattung bis Ende Juni 2012 zu warten. Ebenso falsch ist es, die Rekapitalisierung an den Kernkapitalquoten auszurichten. Würden die Marktwerte der Staatsanleihen weiter fallen, würden die Kernkapitalquoten rapide fallen, sodass bald die nächste Rettung notwendig wäre. Nötig ist zumindest ergänzend eine Mindestkapitalausstattung im Verhältnis zur gesamten Bilanzsumme als ein ungewichtetes Maß – leverage ratio. Schließlich ist zu befürchten, dass viele Institute eigenständig nicht in der Lage sein werden, die notwendige Eigenkapitalerhöhung durchzuführen. Sollte dann eine Rekapitalisierung mit Unterstützung der EFSF durchgeführt werden, würde das die jeweilige nationalstaatliche Schuldenquote erhöhen und so eine neuerliche Verschärfung der Staatsschuldenkrise verursachen – so wie bereits in Irland die Inanspruchnahme der EFSF nur aufgrund der Bankenrettung erforderlich war.

Viele Menschen sind zu Recht entsetzt, dass nach 2008 die Politik schon wieder bzw. immer noch von den Finanzmärkten getrieben ist. Die Spitzengehälter an der Wall Street sind so hoch wie vor Ausbruch der Krise, die Konzentration von Einkommen und Vermögen hat weiter zugenommen, die Banken sind größer denn je zuvor. Das widerspricht den Ankündigungen von vor drei Jahren. Es braucht daher einen neuen Impuls für eine grundlegende Neuausrichtung der Finanzmärkte. Die Bundesregierung lässt dies bisher vermissen. Wir Grünen fordern deshalb, endlich die Problematik der Großbanken – too big to fail, too interconnected to fail – auch in Deutschland im Rahmen einer Kommission des Deutschen Bundestages systematisch anzugehen, damit Politik wieder in die Lage versetzt wird, die Regeln setzen zu können. Weitere Schritte, wie zum Beispiel eine Regulierung des Schattenbankensektors, müssen dazukommen.

Neben der Neuordnung der Finanzmärkte gilt es auch, Europa institutionell neu aufzustellen. Ein Fahrplan für die dringend erforderlichen Integrations- und Harmonisierungsschritte vor allem in den Bereichen Haushalt, Steuern, Finanzmarktregulierung und Wirtschaft ist jedoch nicht vereinbart. Dabei liegt hier der Schlüssel zu einer nachhaltigen Lösung der Krise. Wir sind überzeugt: Nur, wenn glaubhafte, echte und umfassende Schritte in Richtung einer starken Wirtschaftsunion gegangen werden, wird sich die Krise lösen lassen. Dies wird unweigerlich mit der Verlagerung nationaler Kompetenzen auf die europäische Ebene und einer Demokratisierung, stärkeren Legitimierung und Kontrolle Europäischer Institutionen, vor allem des Europäischen Parlaments und der Kommission, verbunden sein. Dafür braucht es eine Vertragsänderung und für diese einen demokratischen legitimierten Prozesses – einen Konvent. Denn weder die konkreten Krisenmaßnahmen noch die Veränderungen in Europa dürfen Hinterzimmern vorbehalten bleiben, wenn die Demokratie in dieser Krise nicht unter die Räder geraten soll.

Anlage 4

Erklärung nach § 31 GO

der Abgeordneten Frank Schäffler, Nicole Bracht-Bendt und Sylvia Canel (alle FDP) zur namentlichen Abstimmung über den Entschließungsantrag zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat und zum Eurogipfel am 26. Oktober 2011 in Brüssel (Tagesordnungspunkt 1)

Die Schuldenschirmpolitik ist eine Totgeburt. Sie ist nicht geeignet, die Überschuldungskrise von Banken und Staaten zu lösen. Mit der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität – EFSF – wird es nicht gelingen, die Ursachen der Verschuldung von Staaten und Banken zu beseitigen. Denn sowohl Staaten als auch Banken sind überschuldet. Mit der EFSF werden die vorhandenen knappen Mittel nur vom einen Sektor in den anderen verschoben.

Die Bundesregierung will auf dem Euro-Gipfel eine Hebelung der EFSF vereinbaren und damit das Risiko für den Steuerzahler maximieren. Dazu sollen strukturierte Finanzprodukte genutzt werden. Wenigstens wurde inzwischen eingeräumt, dass dies nur über die Ausweitung des Risikos funktioniert, wenn das deutsche Garantievolumen von 211 Milliarden Euro plus 20 Prozent plus Zinsen nicht erhöht werden soll.

Die Bundesregierung hat zwei Hebelmodelle vorgestellt. Modell 2 sieht eine durch die EFSF attraktiv gemachte Zweckgesellschaft vor. Mit ihrer Hilfe sollen außereuropäische Investoren dazu bewegt werden, freudig die Anleihen der Schuldenstaaten zu zeichnen. Dabei sind die Ausführungen zu diesem Modell so vage, dass selbst Experten nicht verstehen, wie das funktionieren soll. Dieses Modell wird wohl niemals zum Einsatz kommen.

Daher steht nur Modell 1 zu Wahl. Mithilfe der EFSF sollen Teilausfallzertifikate finanziert werden. Diese werden zusammen mit den Anleihen der Schuldenstaaten im Paket gekauft und können eingelöst werden, wenn der Zahlungsausfall eintritt. Eine Effizienzsteigerung der EFSF ist bei diesem Modell nur möglich, wenn die EFSF den ersten Ausfall übernimmt. Es gab in der Vergangenheit eine Vielzahl von Staatsinsolvenzen. Sie sind eher Regel als Ausnahme. Im historischen Durchschnitt zahlten insolvente Staaten immerhin ungefähr zwei Drittel des Nominalbetrags auf ihre ausgefallenen Anleihen zurück.

Wenn nun die EFSF ein Darlehen an Italien vergibt, so würde sie bei einer italienischen Insolvenz auf die Darlehenssumme gesehen zwei Drittel des Betrags zurückerhalten. Emittiert die EFSF Teilausfallzertifikate für die ersten 20 Prozent der Kreditsumme, so würde sie im Falle einer italienischen Insolvenz ihren Kapitaleinsatz komplett verlieren. Die Haftung der EFSF bezieht sich auf die riskante Spitze des Insolvenzschadens. Das erhöhte Risiko überträgt sich auf die deutsche Gewähr-

(C)

(D)

(A) leistung für die EFSF und damit auf den Steuerzahler. Gleichzeitig wird Italien sich auf absehbare Zeit nicht mehr alleine am Kapitalmarkt refinanzieren können, sondern dauerhaft am Tropf der Schuldenschirme hängen.

Das erhöhte Risiko für Deutschland zeigt sich an einer Betrachtung der beiden Extremszenarien. Die EFSF vergibt im einen Fall 440 Milliarden Euro Kredite. Im anderen Fall begibt sie Teilausfallzertifikate im gleichen Umfang. Beim Ausfall von Darlehen haftet der deutsche Steuerzahler mit einem Drittel von 211 Milliarden. Das sind 70 Milliarden Euro. Bei Teilausfallzertifikaten haftet der deutsche Steuerzahler für den gesamten Einsatz der EFSF, also 211 Milliarden Euro.

Allein zwischen 1981 und 2003 sind mehr als 100 souveräne Staaten zahlungsunfähig geworden. Es ist unglaubwürdig und falsch, die Insolvenz eines Staates von vornherein auszuschließen. Wer dies tut, setzt Risiko und Haftung in einer Marktwirtschaft außer Kraft, sowohl für die Gläubiger als auch für die Nehmerstaaten.

Die Bundesregierung glaubt, dieses Mal sei alles anders. So wird es nicht sein. Die EFSF subventioniert die Verschuldung der Schuldenstaaten. Sie setzt die ökonomischen Anreize, Ausgabenkürzungen zu unterlassen; das zeigt die Situation in Griechenland, Portugal aber auch Italien. Sie setzt Anreize für Banken, weitere Staatsanleihen von Schuldenstaaten zu erwerben. Die Verschuldung beider Sektoren wird demnach zunehmen. Der Umfang der EFSF wird nicht ausreichen, um die absehbaren Insolvenzen von Banken und Staaten aufzufangen. Deshalb werden wir schon bald über weitere „Dammbrüche“ im Deutschen Bundestag zu entscheiden haben.

(B)

Daher täuscht sich die Bundesregierung auch, wenn sie auf ein Ende des Aufkaufprogramms für notleidende Anleihen der Europäischen Zentralbank hofft. Der EZB-Rat entscheidet durch Mehrheitsbeschluss. Die vormaligen Weichwährungs- und nun Schuldenstaaten sind im EZB-Rat in der Mehrzahl. Dies haben die deutschen Vertreter im EZB-Direktorium und im EZB-Rat leidvoll erfahren müssen.

Sobald die EFSF-Mittel trotz Hebelung nicht mehr ausreichen, muss wieder zwischen Schuldenschnitt und Schuldenaufkauf entschieden werden. Diese Entscheidung der EZB wird dann erneut für den Schuldenaufkauf, zur Ausweitung der Geldmenge und für indirekte und direkte Monetisierung der Staatsschuld ausfallen. Das darf Deutschland nicht dauerhaft akzeptieren.

Die Bundesregierung muss endlich die richtigen Weichen stellen. Nur sie hat es in der Hand, dieser Schulden- und Inflationspolitik ein Ende zu setzen. Sie muss die Schuldenschirmpolitik beenden. Sie muss Staatsinsolvenzen zulassen. Sie muss den Mitgliedstaaten den Austritt aus der Währungsunion ermöglichen. Sie muss den Folgen von beidem ins Auge sehen. Dazu muss sie Entscheidungen treffen, wie wir hier mit den Abschreibungsverlusten der Banken und Versicherungen umgehen. Gleichzeitig muss sie überlegen, wie unser Bankensystem der Zukunft aussieht, damit Überschul-

dungskrisen von Staaten und Banken ausgeschlossen sind. (C)

Wilhelm Röpke, einer der Wegbereiter der sozialen Marktwirtschaft, sagte in seiner Schrift „Europa in der Welt von heute“: „Jedes Monolithische, starr Schablonenhafte ist Europa fremd, und keine Feststellung ist hier zugleich wahrer wie unbestrittener als die, dass es das Wesen Europas ausmacht, eine Einheit in der Vielheit zu sein, weshalb denn alles Zentristische Verrat und Vergewaltigung Europas ist.“

Anlage 5

Erklärungen nach § 31 GO

zur namentlichen Abstimmung über den Entschließungsantrag zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat und zum Eurogipfel am 26. Oktober 2011 in Brüssel (Tagesordnungspunkt 1)

Veronika Bellmann (CDU/CSU): Aus dem zur Abstimmung gestellten interfraktionellem Entschließungsantrag befürworte ich ausdrücklich den Vorschlag, eine Finanztransaktionsteuer einzuführen, die Vorschläge, die die Unabhängigkeit des EZB zu stärken, sowie die Vorschläge für eine angemessene Parlamentsbeteiligung im weiteren Verfahren.

Schlussfolgernd aus meiner grundsätzlichen Ablehnung der Rettungsschirmpolitik und meinem bisherigen Abstimmungsverhalten zu den jeweiligen Beschlüssen lehne ich jedoch jegliche Form von Optimierungsmodellen der EFSF im Sinne einer Hebelung ab, da außerdem deren mögliche Instrumente dem Bundestag nur äußerst unvollständig und intransparent dargestellt vorgelegt wurden. (D)

Aus Vorgenanntem leitet sich ein differenziertes Abstimmungsverhalten mit dem Votum „Enthaltung“ ab.

Begründung:

Das bisherige Konzept der Euro-Rettung, Altschulden mit immer neuen Schulden bekämpfen zu wollen, ist nicht aufgegangen. Auch die in immer kürzer werdenden Abständen erfolgten Aufstockungen haben das Grundproblem der Überschuldung einiger Mitgliederstaaten, ihre schlechte Haushaltsführung, mangelnde Wettbewerbsfähigkeit sowie die zu geringe Eigenkapitalausstattung des gesamten Bankensektors inklusive Schattenbanken nicht gelöst. Lediglich die ständig wachsenden Risiken wurden erfolgreich auf die Steuerzahler übergewälzt. Außerdem ist der Einzige, der Erfahrung mit derartigen Instrumenten hat, der IWF, nicht mehr zwingend bei den Rettungsaktionen dabei.

Die Probleme aus der Staatsschuldenkrise und der Bankenkrise türmen sich mittlerweile zu einer immer bedrohlicher werdenden Bugwelle auf, die weder durch riskante Rettungsschirme und schon gleich gar nicht durch fragliche Hebelungsinstrumente derselben abgebaut werden kann.

(A) Die Folge dieser verfehlten Rettungspolitik, in der nicht „wertvolle Zeit gekauft“, sondern „wertvolle Zeit verschwendet“ wurde, ist, dass der immer kleiner werdende Teil der Geberländer erstens immer erpressbarer und zweitens überfordert zu werden droht. Die Meldungen, dass Risikoprämien auf Bundesanleihen bereits über denen britischer Staatspapiere liegen, sind alarmierend und zeigen, dass Deutschlands Bonität weder gottgegeben noch für die Ewigkeit bestimmt feststeht.

Dass nun im Falle von Griechenland endlich ein Schuldenschnitt erfolgen und mit einem entsprechenden Sanierungsplan begleitet werden soll, ändert allerdings wenig an dem Fakt, dass die bisherige „Konkursverschleppung“ nunmehr im Vergleich zur Leistungskraft dieses Landes unverhältnismäßig teure Insolvenzplanmaßnahmen erfordert. Das gilt auch für die in diesem Zusammenhang notwendige Rekapitalisierung der Banken, teilweise auch die der EZB, weil sie sich in den Schuldnerländern übermäßig engagiert hat.

Ich bin dennoch der Meinung, dass ein temporärer Austritt Griechenlands aus der Währungsunion oder die Einführung einer Parallelwährung zwecks innerer Abwertung nicht ausgeschlossen werden darf.

Alle bisherigen vermeintlichen Rettungsmaßnahmen hatten den Effekt: „Die Banken gewinnen immer, der Steuerzahler haftet, das Problem wird in die Zukunft verlagert“ – Zitat BVMW. Da hat meines Erachtens politisches Wunschdenken ökonomische Realitäten auszublenzen versucht. Das kann auf Dauer nicht gut gehen.

(B) Optimierungsmodelle zu diesen Rettungsschirmen mit dem Ziel einer Hebelwirkung verschärfen die Situation im Hinblick auf die Ausfallrisiken zusätzlich. Sie bedeuten zwar nicht direkt eine Ausweitung des Gewährleistungsrahmens, aber indirekt schon, da sich das Haftungsrisiko für die Steuerzahler vervielfacht. Schließlich soll die EFSF auch nur nachrangig zu den Privatgläubigern eingetragen werden.

Mit Modellen bzw. Produkten vergleichbar mit Kreditausfallversicherung – CDSJ – bekam seinerzeit die Wirtschaft- und Finanzkrise gefährliche Radialkräfte. Es ist doch paradox, wenn wir nun selbst solche Produkte kreieren und vom Steuerzahler auch noch mehrfach absichern lassen.

Die Märkte werden sich, wenn überhaupt, nur für kurze Zeit beeindrucken lassen. Im Übrigen ist das weltweite Vorhandensein von Risikokapital auch begrenzt. Ob dies dann ausgerechnet in den Optionsmodellen der EFSF angelegt wird, kann bezweifelt werden. Zu befürchten ist, dass die Gefahr des Ausfalls steigt, weil tatsächlich Milliarden oder sogar Billionen abgerufen werden und damit Spar- und Reformanreize trotz der teilweisen Konditionierung umgangen bzw. ausgehebelt werden.

Was an „Steuerungsinstrument“ dann nur noch verbleibt, ist das Mittel der Inflation. Dazu ist keine Parlamentsbeteiligung erforderlich. Deren Auswirkung auf die Ersparnisse, Lebensversicherungen usw. der deutschen Bürger und damit auf den sozialen Frieden in unserem Lande wird verheerend sein. Zumal das Interesse

der Mitgliedstaaten ungebrochen zu sein scheint, die EZB weiterhin mit der Schuldenmonetarisierung zu betrauen, wird ihr über kurz oder lang nur das Anwerfen der Druckerpresse übrig bleiben. (C)

Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE): Ich habe heute im Bundestag gegen das neue Konzept zum sogenannten Rettungsschirm – Europäische Finanzstabilisierungsfazilität, EFSF – gestimmt, weil die EFSF keinen Beitrag zur Lösung der Probleme in der Euro-Zone leistet, sondern vielmehr die Krise verschärft. Sie verschärft die Krise, insbesondere in den zu stützenden Staaten wie Griechenland oder Portugal, da die Nehmerländer sich Lohn- und Sozialkürzungen unterwerfen und überharte Einschnitte bei den öffentlichen Ausgaben vornehmen müssen. Betroffene Länder werden damit kaputtgespart. Damit ist die EFSF ein Rettungsring aus Blei. Denn die Wirtschaftsleistung dieser Länder wird sinken, und ihre Defizite werden steigen. Die strengen Auflagen treffen dort vor allem die Geringverdienerinnen und Geringverdiener, die Rentnerinnen und Rentner. Der zusätzliche Druck durch die Geberländer, mittels gigantischer überstürzter Privatisierungswellen das öffentliche Eigentum zu niedrigsten Preisen an Private zu verschleudern, wird schon mittelfristig ähnlich schädlich wirken. Der Staat verliert Einnahme- und Steuerungsmöglichkeiten – er wird in seiner Substanz ausgehöhlt. Die Bevölkerungsmehrheit in Europa haftet mit umfassenden Garantien und bezahlt ebenfalls mit Sozialabbau. Faktisch erhöht die beabsichtigte EFSF-Hebelung das Zahlungsrisiko.

Gleichzeitig werden die Verursacher und Nutznießer der Krise geschont. Die Ursachen der Schuldenkrise in Europa – die fehlende Regulierung der Finanzmärkte, die teure Bankenrettung, die unzureichende Besteuerung von Unternehmen und hohen Vermögen sowie die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte in Euro-Zone und EU und das deutsche Lohndumping – werden nicht beseitigt. Die EFSF hilft also nicht den Menschen, sondern den Banken, gerade auch den deutschen. Ihre Geschäfte werden weiterhin staatlich subventioniert. Bei der Europäischen Zentralbank können sie sich zu niedrigen Zinssätzen Geld leihen und es für einen vervielfachten Zinssatz an Staaten weiterverleihen. Insofern ist die EFSF tatsächlich ein Rettungsring – aber nur für Banken und für Finanzhaie. (D)

Koalition und Bundesregierung leisten der Krise Vor-schub, weil sie es vorsätzlich versäumt haben, Spekulanten zu entwaffnen, die Finanzmärkte durch eine Finanztransaktionsteuer und eine wirksame Bankenabgabe zu entschleunigen sowie den Bankensektor auf seine Kernfunktionen Zahlungsverkehr, Ersparnisbildung und Finanzierung zurückzuführen. Das Kasino wird also wieder nicht geschlossen. Solange dies nicht geschieht, wird jeglicher Rettungsschirm wirkungslos und unsolidarisch bleiben.

Alexander Funk (CDU/CSU): Der vorliegende Entschließungsantrag zur Weitergabe von Kreditbürgschaften durch die EFSF zielt darauf ab, die erst am 29. September 2011 beschlossene Erhöhung des effektiven Kreditausleihvolumens auf 440 Milliarden Euro vor dem

- (A) Hintergrund einer „weiterhin angespannten Marktlage“ um neue Modelle einer vorgeblich möglichst effizienten Nutzung zu erweitern.

In der Tat setzt der Antrag die bisherige Bail-out-Politik in der Euro-Krise konsequent fort. Das Scheitern der Strategie, kurzfristige Marktberuhigungen mit Milliardenbürgschaften und ohne tatsächliche Aussicht auf nachhaltige ökonomische und haushälterische Solidität der Krisenländer zu erkaufen, ist indes offensichtlich und wird sich auch durch möglichst effiziente Finanzmodelle nicht aufhalten lassen. In der Konsequenz meiner Ablehnung des EFSF-Modells im Allgemeinen sowie aufgrund der Ausgestaltung der vorgesehenen Maßnahmen im Besonderen kann ich dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen.

Es ist offensichtlich, dass beide nur kurz skizzierten Modelle der sogenannten Optimierung der EFSF-Ausleihkapazitäten bereits vor dem Hintergrund einer möglichen Zuspitzung der Schuldendynamik in den großen europäischen Volkswirtschaften Italien, Spanien und Frankreich zu betrachten sind: Spätestens hierbei sollte aber allen Beteiligten klar sein, dass eine Bewältigung der entsprechenden Schulden- und Wirtschaftskrisen der großen Euro-Partner durch das leider etablierte System aus Bürgschaftsgarantien, zeitweiser marktferner Senkung der Zinslasten und Bonitätsverbesserung zulasten der wirtschaftlich solideren AAA-Länder kein Ausweg ist, sondern geradezu kontraproduktiv Konsolidierungsdruck nimmt und immer neue falsche Anreize setzt.

- (B) Beide Modelle – Teilausfallschutzzertifikate oder Investmentzweckgesellschaft – kommen, unabhängig von der bereits von mir kritisierten Aufweichung der Konditionalität zur Kreditvergabe in den neuen EFSF-Richtlinien, darin überein, durch partielle Garantien die Refinanzierungskosten etwaiger Schuldenstaaten jenseits der Marktbewertung künstlich zu senken und damit die sanktionierende Wirkung steigender Zins-Spreads einzudämmen. Dies wirkt sich umso drastischer aus, als die EFSF die Berechtigung erhalten wird, am Primär- und Sekundärmarkt zu intervenieren – und damit in die Bad-Bank-Rolle der EZB gedrängt wird –, und andererseits sogar präventiv Stützungskredite weiterreichen kann.

Vor diesem Hintergrund sehe ich auch die im Entschließungsantrag nicht zum Tragen kommende Verknüpfung der Hebelung mit den EFSF-Leitlinien höchst kritisch und für eine angemessene Entscheidungsfindung als unzureichend an.

Von einer auch nur halbwegs marktnahen oder effizienten Einsetzung der Mittel kann mithin auch dann nicht die Rede sein, wenn jetzt – etwa in Modell 2 – die Hoffnung zugrunde liegt, dass „eine breitgefächerte Gruppe internationaler öffentlicher und privater Investoren angezogen wird“. Dieses Prinzip Hoffnung beruht offensichtlich eher auf der zunehmenden Erschöpfung aller Mittel der Bail-out-Politik als auf einer angemessenen und tragfähigen Bewertung der makroökonomischen Grundlagen und des weiteren Ablaufs der Staatsschuldenkrise.

- (C) Beiden Modellen liegt überdies die Tendenz zugrunde, den seitens der EFSF weitergereichten Garantien Nachrangigkeit bei der Bedienung bei etwaigen Zahlungsausfällen einzuräumen – First Loss. Auch diese Maßnahme mag zwar die Attraktivität für private Investoren erhöhen, führt aber im Falle eines – auch partiellen – Zahlungsausfalls unweigerlich in der Tat zu einer deutlich höheren Ausfallquote für die bürgenden Länder, im Falle Deutschlands also bis zu 211 Milliarden Euro. Alle Diskussionen um eine Effizienz von Hebelungsmodellen können – trotz gleichbleibender Gesamthöhe der Bürgschaftsübernahmen – über diese Tatsache nicht einfach hinwegsehen.

Wir, die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, sollten mit einem ablehnenden Votum nicht unsere Regierung schwächen, sondern im Gegenteil für die Verhandlungen am 26. Oktober stärken. Es kann und sollte aus dem deutschen Parlament die Botschaft nach Brüssel gesandt werden, dass eine Fortführung der Schuldenpolitik mit immer neuen Schulden nicht erfolgreich sein kann.

- Josef Göppel (CDU/CSU):** Die Ausdehnung der Kreditvergabemöglichkeit der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität erhöht das Risiko der vollständigen Inanspruchnahme der deutschen Garantieverpflichtung von 211 Milliarden Euro. Mit der gleichen Garantiesumme kann ein viel größeres Volumen an Staatsanleihen gestützt werden. Der Preis dafür ist eine entsprechende Risikosteigerung für Deutschland. Meine bei der Abstimmung am 29. September vorgetragenen Bedenken gewinnen dadurch noch stärker an Gewicht. (D)

Erstens. Die Hebelung der EFSF-Garantien wirkt wie ein Aufruf an die Finanzmärkte, künftig Anleihen der überschuldeten Euro-Mitgliedsländer mit Risikoaufschlägen zu versehen, die in allernächster Zukunft den Stabilitätsmechanismus auslösen. Der Europäische Stabilisierungsfonds bindet immer mehr Steuermittel, die für andere wichtige Zukunftsinvestitionen fehlen.

Zweitens. Bald wird selbst die deutsche Wirtschaftskraft nicht mehr ausreichen, um immer wieder neue spekulative Angriffe aufzuwiegen. Die von den Finanzmärkten erzwungene Anhebung der Risikoprämie für deutsche Staatsanleihen ist dafür ein unübersehbares Warnzeichen.

Drittens. Die Entfesselung der Finanzmärkte wurde, beginnend mit dem Finanzmarktderegulierungsgesetz 1989, von der Politik ausgelöst. Die Politik hat deshalb auch die Aufgabe, die dienende Funktion des Finanzsektors für das Gemeinwohl wiederherzustellen. Der jetzt eingeschlagene Weg schiebt eine durchgreifende Lösung auf, anstatt sie zu beschleunigen.

Viertens. Mit dem jetzt eingeschlagenen Weg der Bürgschaften lassen sich die europäischen Regierungschefs die Regeln der Finanzmärkte aufzwingen. Sie machen die Staaten zu Mitspielern im Markt. Als demokratisch gewählte Volksvertreter müssten sie aber über den Märkten stehen und das Gemeinwohl sichern. Das ver-

- (A) langt nach einer raschen und strengen Regulierung der Finanzmärkte anstatt neuer Deckungszusagen.

Ich halte deshalb an meiner Ablehnung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität fest.

Dr. Stephan Harbarth (CDU/CSU): Ich stimme dem Entschließungsantrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen zu.

Mit meinem Votum verbinde ich folgende Erwägungen:

Es steht zu erwarten, dass nur durch die Erweiterung der Handlungsoptionen der EFSF die Voraussetzungen dafür geschaffen werden können, die im Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise der Hellenischen Republik erforderlichen Maßnahmen bei gleichzeitiger Begrenzung der hiermit einhergehenden Risiken für die übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union durchführen zu können.

- (B) Die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Hellenischen Republik lässt einen erheblichen Schuldenschnitt unausweichlich erscheinen. Ein derartiger Schuldenschnitt ist notwendige, nicht jedoch hinreichende Bedingung für die wirtschaftliche und finanzielle Genesung der Hellenischen Republik. Im Rahmen der insoweit erforderlichen weiteren Maßnahmen, zu denen unter anderem ein langfristiges Aufbauprogramm zählt, sprechen aus meiner Sicht die überwiegenden Gründe auch für einen – vorübergehenden – Austritt der Hellenischen Republik aus der Euro-Zone, um die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft in den kommenden Jahren zu verbessern. Dies erscheint zugleich notwendig, um die Stabilität des Euro dauerhaft zu gewährleisten, das Vertrauen in die Gemeinschaftswährung zu stärken und den Prozess der europäischen Integration zu unterstützen.

Ich verbinde mein Votum zugleich mit der klaren Erwartung, dass die durch die Errichtung, Aufstockung und Effektivierung der EFSF gewonnene Zeit genutzt wird, um den Weg einer nachhaltigen Finanzpolitik in der Euro-Zone zu beschreiten.

Frank Heinrich (CDU/CSU): Bei aller Hitzigkeit in den Debatten – niemand zweifelt in diesen Tagen an einer gemeinsamen Grundüberzeugung: Wir brauchen ein starkes Europa, und wir brauchen einen starken Euro.

Deutschland spielt dabei eine Führungsrolle. Angela Merkel und Wolfgang Schäuble sind international geachtete Führungsfiguren in diesem Krisenszenario. Um sie weiter zu stärken, braucht es eine breite demokratische Legitimation und Beauftragung durch den Deutschen Bundestag. Wenn wir in der Breite zu einer klaren deutschen Position für Europa gelangen, können wir nationale und europäische Interessen verknüpfen. Und deshalb begrüße ich es außerordentlich, dass der vorliegende Entschließungsantrag von allen Fraktionen des Deutschen Bundestages gemeinsam eingebracht und unterstützt wird. – Von fast allen Parteien, muss ich natürlich ergänzen. Denn die Partei Die Linke hat sich ja spätestens seit dem vergangenen Wochenende gewisser-

- maßen ein Programm der politischen Totalverweigerung auferlegt. (C)

Ich selber werde dem Antrag zustimmen und damit der Bundeskanzlerin das Mandat für Europa übertragen.

Zu meiner Begründung:

Erstens. Wir erleben eine weltweite Empörung gegen die Macht der Banken und Finanzmärkte. Doch kann die „occupy“-Bewegung – wie Altbundeskanzler Helmut Schmidt im Gespräch mit Günther Jauch vor einigen Tagen treffend formulierte – nur ein Symptomanzeiger sein. Ich verstehe diesen Unmut gut und bin sehr froh, dass es in Demokratien die Möglichkeiten solcher Artikulation gibt und auch, dass sich hier viele besorgte Bürger tatsächlich einmischen. Trotzdem frage ich mich immer wieder: Gegen wen geht es eigentlich? Hier schiebt man sich gegenseitig die Schuld in die Schuhe. Die einen haben ein klares Feindbild: die Banken. Die Banken wiederum schieben es auf die Politik. In einem Interview mit Dirk Müller las ich seine Antwort auf die Frage, wer denn die Krise eigentlich gemacht habe, dass es wohl eine besondere Leistung der Banken sei zu behaupten, sie hätten damit nichts zu tun und es seien nur die Staaten gewesen. Ganz so einfach ist es eben nicht. Die ganze Gesellschaft – und damit auch die Politik – trägt die Verantwortung für das Ausufern der Begehrlichkeiten und damit des unbegrenzten Schuldenmachens.

- (D) Die tatsächlichen gesetzlichen Änderungen und Regulierungsmechanismen muss jetzt – endlich wieder – die Politik beschließen. Und so geht es eben gerade darum, eine starke geeinte europäische Stimme – und Kraft – zu sein, die sich politisch gegen weltweit agierende Akteure zu wehren vermag. Die Zeit der D-Mark ist im Zeitalter der Globalisierung vorbei. Dieser Realität können und dürfen wir uns nicht verschließen.

Zweitens. Nationale Alleingänge innerhalb Europas führen nicht weiter. Wir brauchen eine gemeinsame Linie und klare Verträge in Bezug auf Haushaltstransparenz und Schuldenbremsen oder auch auf Instrumente wie die Einführung einer Finanztransaktionsteuer und ein Verbot von Leerverkäufen und anderen spekulativen Finanzderivaten. Wenn Deutschland hier aussteigt, verliert es eine starke Stimme. Unser Einfluss in der EU ist groß, wie etwa der Verzicht auf Euro-Bonds gezeigt hat, für den Angela Merkel gekämpft hatte. Ich persönlich bin der Überzeugung, dass nur so ein Total-Crash verhinderbar ist. Bildlich gesprochen sind wir mit dem Flugzeug „Euro-Raum“ nicht nur auf Sinkflug, sondern auf Crash-Kurs, und jetzt gilt es, in der Pilotenkanzel die richtigen Entscheidungen zu treffen, um möglicherweise eine Bruchlandung zu verhindern.

Die Fehler in der Vergangenheit haben zu dieser Situation geführt, und ich hoffe, dass uns dies eine gute Lehre für die Zukunft sein wird. Auch ich kann nicht verhehlen, dass ich starke Bauchschmerzen dabei habe und um die Risiken und Unwägbarkeiten auch dieser Entscheidung sehr wohl weiß, aber in allen anderen Lösungen und einem Abwarten eher eine Garantie für den Absturz sehe. In dieser Situation Frau Merkel und Herrn Schäuble in der Pilotenkanzel zu wissen – und, wie wir

(A) in den letzten Wochen immer wieder hören, auch an den Schalthebeln – beruhigt mich dabei sehr. Denn die Vorschläge, die da hin und wieder von unseren europäischen Partnern kommen, sind jenseits aller negativen Vorstellungskraft, und bisher konnte die Kanzlerin immer noch kraft guter Argumente das Ruder an sich reißen.

Drittens. Die Erweiterung des EFSF erhöht die Handlungsräume der Kapitalgeber, der Troika aus EU, EZB und IWF, und der Kapitalnehmer und vermindert Liquiditätsengpässe. Zudem werden nun staatliche Anleihen und privates Kapital gemeinsam für den EFSF herangezogen. Auch für die privaten Geldgeber gelten uneingeschränkt die Richtlinien des EFSF-Rahmenvertrages. Wollten wir nicht alle die Banken und alle anderen Partner der Finanzbranche beteiligen, eben auch am Risiko? Deshalb freuen mich die Passagen im Antrag besonders, die eine deutliche Botschaft in Richtung der Banken senden und die Einführung einer Finanztransaktionsteuer zur hohen Priorität erklären.

(B) Viertens. Ohne klare Kompetenzfestschreibungen und Sanktionsmöglichkeiten bleiben auch die besten Beschlüsse nur Absichtserklärungen. Darum müssen die EU-Mitglieder und auch die Bundesrepublik bereit sein, nationale Kompetenzen an die EU abzutreten. Eine Aushöhlung des EFSF und des geplanten ESM, wie es mit den Maastricht-Kriterien regelmäßig geschehen ist, würde das gesamte Rettungspaket ad absurdum führen. Es geht hier darum, demokratische Prinzipien – Zustimmungspflicht des Bundestages – zu stärken und zugleich eine Aushöhlung der EU durch nationale Alleingänge zu verhindern. Gerade gestern wurde dies in den deutschen Medien folgendermaßen kommentiert: „Hier sehen Sie das einflussreichste Parlament in Europa“, und das Bild dazu zeigte den Deutschen Bundestag.

Ich bin mit dem Auftrag in den Deutschen Bundestag geschickt worden, das Wohl der Bürger im Auge zu haben – auch und besonders meiner Stadt Chemnitz –, und ich bin der festen Überzeugung, dass diese Entscheidung zugunsten eines stärkeren Europa jedem einzelnen Bürger mehr zugutekommt als ein deutscher Alleingang oder Rückschritt.

Es geht um Europa. Es geht um 60 Jahre Frieden mit unseren Nachbarn, es geht um Freundschaft unter anderem mit Polen oder Frankreich. Es geht um ein stabiles demokratisches Gebilde, das von Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit getragen ist. Eine europäische Wertegemeinschaft. Ein Europa, das eine gemeinsame Vision für unsere Rolle und Verantwortung in der Weltgemeinschaft trägt. Dazu braucht es einen stabilen Wirtschaftsraum. Aber es braucht noch mehr: ein klares und deutliches Ja zu Europa!

Andrej Hunko (DIE LINKE): Ich stimme aus folgenden Gründen gegen die geplante Hebelung der EFSF:

Die geplante Hebelung der EFSF und die in dem Antrag aufgestellten Forderungen vertiefen die Krise der EU. Sie sind ein weiterer fataler Schritt in die falsche Richtung, der auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler gemacht wird. Den Umgang mit der Euro-

(C) Krise kann man mittlerweile mit der Kernschmelze in einem Atomkraftwerk vergleichen: Die Regierung versucht, auf Kosten der öffentlichen Haushalte immer weitere Schutzmauern um das AKW zu bauen. Gleichzeitig wird die Kettenreaktion aufrechterhalten und weitere Brennstäbe werden hinzugeführt, indem Steuergelder in den Finanzsektor gepumpt, das Kasino an den Finanzmärkten weiter geduldet und in Schwierigkeiten geratene Länder zu Austeritäts- und Privatisierungsprogrammen gezwungen werden.

Alle bisherigen Kritikpunkte an den „Euro-Rettungspaketen“ bleiben bestehen:

Erstens. Die EFSF ist, wie alle anderen bisherigen „Euro-Rettungspakete“ auch, ein Airbag für die Finanzindustrie auf Kosten der öffentlichen Haushalte. Anstatt die Gläubiger an den Kosten der Krise zu beteiligen, wird ein Mechanismus zur Risikoabsicherung der Spekulationsgewinne, also eine dauerhafte Pipeline aus Steuergeldern in den Finanzsektor, geschaffen.

Zweitens. Die mit der EFSF verknüpften Austeritätsprogramme sind sozial ungerecht und treiben die in Schwierigkeiten geratenen Staaten noch tiefer in die Krise. Anstatt etwa in Griechenland Sozialleistungen zu kürzen und öffentliches Eigentum dem Ausverkauf preiszugeben, wäre hier ein sozial-ökologisches Aufbauprogramm notwendig – finanziert durch Gläubigerbeteiligung, eine kräftige Vermögensabgabe und eine drastische Reduzierung der überhöhten Militärausgaben.

(D) Drittens. Die „Euro-Rettungspakete“ stellen, insbesondere durch den Eingriff ins Haushaltsrecht der Parlamente, eine weitere Entdemokratisierung dar. Anstatt Demokratie abzubauen, wäre gerade in der Krise eine Erweiterung der Demokratie notwendig – etwa wie in Island, wo per Referendum abgestimmt wurde, ob die Öffentlichkeit bereit ist, die Kosten privater Zockerbanken zu übernehmen.

Die Euro-Krise steht in Zusammenhang mit den exorbitant gestiegenen privaten Vermögen, die in etwa den gesamten Staatsschulden auf EU-Ebene entsprechen, sowie mit den extremen Leistungsbilanzunterschieden innerhalb des Euro-Raums. Um die Krise zu lösen, müssen die Staatsschulden durch eine kräftige Vermögensabgabe reduziert, die deutschen Exportüberschüsse durch nachhaltige Lohnerhöhungen ausgeglichen sowie die Finanzmärkte endlich reguliert werden.

Die angebliche Forderung nach einer Finanztransaktionsteuer in dem Entschließungsantrag entpuppt sich bei näherem Hinsehen als Nebelwerferei: Gefordert wird lediglich ein selbstverständlicher Verwaltungsvorgang, es gibt keinen positiven Bezug zu dieser sinnvollen Steuer. Ich finde es beschämend, dass große Teile von SPD und Grünen sich mittels dieser Nebelkerze zur Zustimmung haben nötigen lassen.

Der Irrsinn dieser „Rettungspakete“ kann gegenwärtig nur durch eine starke Bewegung auf den Straßen beendet werden. Ich unterstütze deshalb weiterhin die Occupy-Bewegung und wünsche ihr einen starken Zulauf.

(A) **Manfred Kolbe (CDU/CSU):** Bereits am 29. September 2011 habe ich der Erweiterung des Kreditvergabevolumens der EFSF auf 440 Milliarden Euro nicht zugestimmt, da wir die Staatsschuldenkrise in Europa nicht mit immer weiteren Rettungspaketen und weiteren Staatsschulden bekämpfen können. Der heutige Entschließungsantrag ist der Beweis dafür, dass auch das vor vier Wochen beschlossene erweiterte Kreditvergabevolumen der EFSF nicht mehr ausreicht. Deshalb soll über eine Hebelung eine Vervielfachung dieses Betrages über die Billionengrenze erreicht werden. Diese Hebelung ist dem unseriösen Gebaren der Finanzwirtschaft vor der Finanzkrise 2008 nachempfunden. Zwar wird der deutsche Garantierahmen von 211 Milliarden Euro nicht erhöht, aber das deutsche Haftungsrisiko steigt in gleichem Maße wie auch das Kreditvergabevolumen der EFSF gehebelt wird. Daher muss ich den heutigen Entschließungsantrag erst recht ablehnen.

Trotz der vorgesehenen Ausweitung des Kreditvergabevolumens der EFSF über die Billionengrenze sollen daneben offenbar die Staatsanleihenankäufe durch die Europäische Zentralbank – EZB – weitergehen. Diese monetäre Staatsfinanzierung und Vergemeinschaftung der Haftung wird zwar von der Bundesregierung nicht gewünscht, gleichwohl aber offenbar geduldet.

Sowohl das erweiterte Kreditvergabevolumen der EFSF als auch die weitergehenden Staatsanleihenankäufe durch die EZB mindern den Druck auf die Krisenländer, endlich wirksame Sparmaßnahmen zu ergreifen und ihre Haushalte zu sanieren. Dies ist aber eine Voraussetzung für ein Ende der Staatsschuldenkrise in Europa und für ein starkes Europa in der Welt. Beide Maßnahmen schwächen daher eher Europa.

(B) Meiner Meinung nach stärken Neinstimmen aus der CDU/CSU und FDP die Bundeskanzlerin. Ihre internationale Verhandlungsposition hat sich, sowohl aufgrund des ihren Spielraum einengenden Urteils des Bundesverfassungsgerichtes als auch durch den Widerstand in den Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag verbessert. Vor Ort ist es wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger sehen, dass die CDU zwar solidarisch hilft, aber klare Gegenleistungen fordert und eine uferlose Verschuldung nicht zulässt.

Dr. Carsten Linnemann (CDU/CSU): Bereits am 29. September 2011 habe ich im Rahmen der namentlichen Abstimmung zur Erweiterung des EFSF meine Bedenken zu Protokoll gegeben und darauf hingewiesen, dass ich dieses Instrument grundsätzlich für falsch halte. Der EFSF löst keines der ursächlichen Probleme, die zur Krise geführt haben, sondern verschiebt eine – zugegebenermaßen schmerzhaft – Lösung in die Zukunft.

An dieser Einschätzung hat sich nichts geändert. Im Gegenteil, durch die jetzt geplante Ausgestaltung der EFSF mit Hebelmechanismen droht die Krise noch größere Ausmaße anzunehmen. Mit solchen Hebeln kann ein viel größeres Volumen an Staatsanleihen gestützt werden als bisher vorgesehen war, ohne dass im Gegenzug die Einflussmöglichkeiten auf die gefährdeten Euro-Staaten verstärkt werden. Damit wird abermals der An-

reiz für Staaten mit hoher Verschuldung gesenkt, strukturelle Reformen anzugehen. Das steigert wiederum das Haftungsrisiko. (C)

So gewinnt man das Vertrauen der Kapitalmärkte nicht zurück, das zur Bewältigung der Krise aber dringend benötigt wird. Die Verschuldungsspirale droht vielmehr auf weitere Länder der Euro-Zone mit bislang sehr guter Bonität überzugreifen. Aus diesem Grund kann ich dem vorliegenden Entschließungsantrag nicht zustimmen.

Burkhardt Müller-Sönksen (FDP): Nicht alle der bisherigen und geplanten Maßnahmen finden meine Zustimmung.

Auch weiterhin bestehen bei mir in verschiedenen Punkten Zweifel. Ich halte eine geordnete Insolvenz für Griechenland auch künftig für ein geeignetes Instrument und begrüße daher außerordentlich die Diskussion auf europäischer Ebene über einen möglichen Schulden-schnitt Griechenlands.

Da ich jedoch zum jetzigen Zeitpunkt nicht erkennen kann, welche Risiken von anderen Staaten des Euro-Raums noch zu erwarten sind und diese Risiken mir bisher nicht benannt werden konnten, haben meine Zweifel auch weiterhin Bestand.

Ich begrüße es ausdrücklich, dass der vereinbarte Garantierahmen von 221 Milliarden Euro nicht überschritten wird.

(D) Auch die avisierte Einbeziehung von Drittkapital findet meine volle Zustimmung. Die Risikoteilung zwischen öffentlichen Mitteln der EFSF und Drittmitteln durch private Investoren halte ich für den einzig gangbaren Weg für eine Erhöhung der Kapazität der EFSF, bei einer vertretbaren Erhöhung des Verlustrisikos. Auf diese Weise ergeben sich keine Belastungen für den Bundeshaushalt, die über den vereinbarten Garantierahmen von 221 Milliarden Euro hinausreichen. Das auch die Hinzuziehung von Drittkapital, insbesondere aus dem außereuropäischen Ausland, in der öffentlichen Diskussion auch als „Hebel“ bezeichnet wird, bedauere ich sehr, denn der zuvor berechtigt in die Kritik geratene – andere – „Hebel“ beschrieb einen Sachverhalt, der nur die eigene Bilanz der EFSF betraf.

Ich begrüße es, dass auch bei der Entscheidung über die Guidelines der EFSF der Deutsche Bundestag im Rahmen von Beratung und Beschlussfassung im Plenum befasst wird und erst die Entscheidungen über die weitere Ausgestaltung im Haushaltsausschusses vorgenommen werden.

Aufgrund dieser Abwägung stelle ich meine persönlichen Bedenken und Zweifel zu den getroffenen Regelungen zurück und stimme dem von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam vorgelegten Entschließungsantrag zur Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat und zum Eurogipfel am 26. Oktober zu.

(A) **Mechthild Rawert (SPD):** Unser gemeinsamer Antrag überträgt der Bundesregierung ein Rahmenmandat für die Verhandlungen der Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone am 26. Oktober 2011 über die Konkretisierung von Optimierungsmodellen zur European Financial Stability Facility – EFSF. Wir haben uns in diesem Antrag auf einen Rahmen verständigt, der es ermöglichen soll, einen möglichst effizienten Einsatz der Mittel der EFSF zur Stabilisierung der Euro-Zone sicherzustellen. Ich stimme diesem Entschließungsantrag zu, weil ich die grundlegende Zielrichtung der Stabilisierung Europas unterstütze. Die Information und Einbindung des Bundestags durch die Bundesregierung ist allerdings nicht mit den Grundsätzen einer angemessenen Parlamentsbeteiligung vereinbar.

Unser Entschließungsantrag präjudiziert ausdrücklich keine Festlegung auf die konkrete Ausgestaltung und technische Umsetzung eines oder mehrerer Modelle zur Erhöhung des finanziellen Handlungsspielraums der EFSF.

Die Bundesregierung hat im Vorfeld der Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Merkel wesentliche Sachinformationen nur unvollständig und sehr kurzfristig vorgelegt und dabei das Risiko bewusster Fehlinterpretationen und medialer Verwirrung in Kauf genommen.

Rolf Schwantz (SPD): Ich habe aus folgenden Gründen gegen den Entschließungsantrag gestimmt:

(B) Die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität, EFSF, muss wegen der weiterhin angespannten Marktlage einen möglichst effizienten Einsatz der ihr übertragenen Mittel sicherstellen – Hebel. Dafür erscheint mir das Optimierungsmodell 1, das darauf zielt, ein unter Druck stehendes Land der Euro-Zone mit Teilabsicherungen neuer Staatsanleihen am Markt zu halten – Versicherungsmodell – geeignet. Es ist aus meiner Sicht richtig, dieses Modell weiter zu konkretisieren und später dazu die Leitlinien der EFSF anzupassen.

Anders beurteile ich die als Modell 2 vorgestellte Absicht, zur Maximierung der vorhandenen EFSF-Kreditvergabekapazität eine oder mehrere Investmentzweckgesellschaften – SPIV – errichten und nutzen zu wollen. Zum einen sind die hierzu dem Deutschen Bundestag schriftlich vorgelegten Erläuterungen zu unbestimmt, um die konkrete Ausprägung, aber auch die Grenzen dieser Zweckgesellschaften wirklich einschätzen zu können. Auch in der gestrigen, mehr als zweistündigen Beratung des Haushaltsausschusses hat die Bundesregierung das Modell 2 trotz mehrfacher Nachfrage nicht weiter konkretisiert.

Darüber hinaus erinnern solche Investmentzweckgesellschaften in fataler Weise an jene Special Purpose Vehicles – SPV –, deren Tätigkeit am Beginn der weltweiten Finanzkrise stand. Wir erinnern uns: Um das notwendige Kapital für neue Kredite zu beschaffen, wurden damals Kreditforderungen in großem Stil verbrieft. Hierbei gaben die kreditgebenden Banken die Zahlungsansprüche aus Hypothekenkrediten zusammen mit deren

(C) Kreditrisiken an Investoren – andere Banken, Versicherungen, Hedgefonds, Vermögensverwalter – weltweit weiter. Dies geschah, indem die Ansprüche und Risiken aus ganzen Portfolien in solche Zweckgesellschaften – SPI – eingebracht und dann als forderungsbesicherte Wertpapiere an die Investoren weitergegeben wurden. Dieses intransparente Finanzkonstrukt trug nicht unerheblich zur weltweiten Finanzkrise bei und stand deshalb später erheblich in der Kritik.

Aus diesen Gründen lehne ich die Errichtung und Nutzung von Investmentzweckgesellschaften als Instrument zur Maximierung der EFSF-Kreditvergabekapazität – Modell 2 – ab. Ich will der Bundesregierung deshalb auch keinen Auftrag erteilen, ein solches Modell weiterzuerfolgen.

Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE): Ich lehne, wie die EFSF – Euro-Rettungsschirm – selbst, auch seine Ausweitung und riskante Hebelung ab. Er vertieft die Spaltung innerhalb der europäischen Gemeinschaft statt sie sozial, ökologisch und wirtschaftlich zu einen.

Die wirklichen Ursachen der Krisen, vor allem die hochspekulativen, entfesselten Finanzmärkte, werden nicht beseitigt, sondern fortgeschrieben und zementiert. Milliarden Steuergelder werden verbrannt, um Profite von Banken, Versicherungen und Spekulationsgewinne zu sichern.

Die derzeitige Euro-Rettung ist eine reine Bankenrettung auf Kosten der Bevölkerung – in Deutschland wie den Krisenländern. Für die Bevölkerung in allen EU-Mitgliedstaaten bedeutet das massive Sozialkürzungen zur Finanzierung der EFSF. Insbesondere Griechenland, Irland und Portugal werden drastischen Sozialabbauprogrammen unterworfen.

(D) Das europäische Projekt hat nur eine Zukunft, wenn es demokratisch, sozial und wirtschaftlich gerecht ist. Dazu brauchen wir statt Spekulationsrettungsschirme ein europäisches Konjunkturprogramm und eine koordinierte Wirtschafts- und Sozialpolitik in der EU. Der erweiterte Euro-Rettungsschirm zielt in die entgegengesetzte Richtung und gefährdet so das Projekt Europa.

Deshalb kann ich im Interesse der europäischen Idee und der Bevölkerung in allen EU-Mitgliedstaaten, also auch der deutschen Bevölkerung, nicht zustimmen.

Alexander Ulrich (DIE LINKE): Vor nicht einmal vier Wochen sind wir hier zusammengekommen, um über die Ausweitung des sogenannten Euro-Rettungsschirms, EFSF, abzustimmen: Er wurde auf effektive 440 Milliarden Euro aufgestockt, die deutschen Garantien wurden auf – im Höchstfall – 253 Milliarden Euro angehoben. Dies waren damals schon schwindelerregende Summen; im Vergleich zu den Summen; um die es heute geht, nehmen sie sich allerdings fast schon wie Peanuts aus: Von einer Billion ist die Rede, manchmal sogar von zwei Billionen. Und wofür das ganze Geld? Um endlich die Klimakatastrophe oder den Hunger in der Welt zu bekämpfen, für sinnvolle Investitionen in eine sozialökologische Zukunft? Nein, dieses Geld wird

(A) einzig und allein dazu benutzt, Banken und Spekulanten zu retten. Nicht zu Unrecht hat Rainer Brüderle in der damaligen Debatte davon gesprochen, dass eine Hebelung der EFSF eine Massenvernichtung sei – allerdings nicht, wie er meinte, für die Finanzmärkte, sondern für Steuergelder. Und deshalb habe ich heute gegen die Hebelung gestimmt.

Die Bundesregierung wird nicht müde zu betonen, dass sich am deutschen Garantierahmen nichts ändert. Tatsächlich bleibt es dabei, dass für die deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler „nur“ 253 Milliarden auf dem Spiel stehen. Die fundamentale Änderung bei der Hebelung der EFSF, die hier heute zur Abstimmung steht, ist jedoch, dass das Risiko, dass diese Garantien tatsächlich benötigt werden, enorm steigt. Denn durch die Hebelung ist die EFSF immer die erste, die zahlt, wenn es irgendwo zu einer Krise kommt. Und wenn die EFSF zahlt, dann zahlen wir, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Und deshalb habe ich heute gegen die Hebelung gestimmt.

Ich will nicht länger zusehen, wie die Finanzmärkte die Politik vor sich hertreiben. In der Finanzkrise wurden die Banken mit Milliardensummen gerettet – nun spekulieren sie gegen die Schulden, die zu ihrer Rettung gemacht wurden. Die Ratingagenturen haben in der Finanzkrise völlig versagt und Lehman Brothers am Tag vor der Pleite Bestnoten ausgestellt – nun schwingen sie sich zum Schiedsrichter über nationale Politik auf. Die Spekulanten haben mit aberwitzigen Produkten jongliert und damit eine der größten Wirtschaftskrisen der jüngsten Geschichte ausgelöst – heute tut die Politik alles, um sie zu „beruhigen“. Aber die Spekulanten wollen nicht beruhigt werden! Nur wo Unruhe herrscht, kann man Gewinne machen. Wer das nicht begreift, kann die Krise nicht lösen, nicht mit noch so vielen Milliarden.

(B) Ich habe heute gegen die Hebelung des Rettungsschirms gestimmt, weil man die Euro-Krise nur lösen kann, wenn man das Kasino schließt, wenn man die Spekulanten an die Kette legt. Die Staaten müssen sich unabhängig von den Kapitalmärkten finanzieren können, über eine Bank für öffentliche Anleihen. Die Finanzmärkte müssen endlich streng reguliert werden, die Banken gehören unter öffentliche Kontrolle. Und die Verursacher und Profiteure der Krise müssen zur Kasse gebeten werden: Durch eine EU-weite Vermögensabgabe für Superreiche, durch eine Finanztransaktionssteuer und durch eine Beteiligung großer privater Gläubiger.

Ich habe heute gegen die Hebelung des Rettungsschirms gestimmt, weil man die Euro-Krise nur lösen kann, wenn man das Kasino schließt, wenn man die Spekulanten an die Kette legt. Die Staaten müssen sich unabhängig von den Kapitalmärkten finanzieren können, über eine Bank für öffentliche Anleihen. Die Finanzmärkte müssen endlich streng reguliert werden, die Banken gehören unter öffentliche Kontrolle. Und die Verursacher und Profiteure der Krise müssen zur Kasse gebeten werden: Durch eine EU-weite Vermögensabgabe für Superreiche, durch eine Finanztransaktionssteuer und durch eine Beteiligung großer privater Gläubiger.

Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Vier Wochen nach der Aufblähung und Ermächtigung des sogenannten Euro-Rettungsschirmes – EFSF – soll der Bundestag heute die Hebelung des ursprünglichen Kreditausleihvolumens von 440 Milliarden Euro sanktionieren. Die Hebelung ändert zwar nicht die absolute Höhe des Bürgschaftsrisikos Deutschlands in Höhe von 211 Milliarden Euro, sehr wohl aber die Eintrittswahrscheinlichkeit, also das Risiko, dass die gegebenen Garantien gezogen werden. Für eine Kreditausfallrate von circa 20 Prozent bedeutet ein

vierfacher Hebel einen fünffachen Verlust für den Steuerzahler. (C)

Das einzige wirksame Mittel zur Bekämpfung der Schuldenkrise ist das Durchbrechen der Schuldenspirale. Alle anderen Modelle erkaufen nur Zeit. Das Scheitern der Strategie, kurzfristige Marktberuhigungen mit Milliardenbürgschaften und ohne tatsächliche Aussicht auf nachhaltige ökonomische und haushalterische Solidität der Krisenländer zu erkaufen, ist offensichtlich und wird auch durch eine Hebelung oder eine Aufstockung des Garantierahmens, die früher oder später auf die Agenda kommen wird, nicht aufgehalten. Wenn man auf dem falschen Weg ist, hilft es nicht, aufs Gas zu drücken, man entfernt sich so nur immer weiter vom richtigen Weg.

Die Steigerung der Effizienz, wie die Hebelung euphemistisch umschrieben wird, muss bereits vor dem Hintergrund einer möglichen Zuspitzung der Schuldendynamik in den großen europäischen Volkswirtschaften – vor allem Italien – betrachtet werden. Spätestens hierbei sollte aber klar sein, dass eine Bewältigung der entsprechenden Schuldenkrisen der großen Euro-Partner durch das leider mittlerweile etablierte System aus Bürgschaftsgarantien, Heruntersubventionieren der Zinsen und Bonitätsverbesserung auf Kosten der wirtschaftlich solideren AAA-Länder kein Ausweg ist. Dieser Weg nimmt geradezu kontraproduktiv den Konsolidierungsdruck und setzt immer neue falsche Anreize. Zudem bedroht er die Kreditwürdigkeit der heute noch sehr gut bewerteten Länder. Das einzige Mittel gegen zu hohe Schulden sind hohe Zinsen. (D)

Beide in den sogenannten Terms of Reference angesprochene Optionen, Teilausfallschutzzertifikate und Investmentzweckgesellschaft, führen letztlich dazu, dass sich Schuldenstaaten weiterhin – nur jetzt einfacher – verschulden können. Dies wirkt sich umso drastischer aus, als dass die EFSF die Berechtigung erhalten wird, am Primär- und Sekundärmarkt zu intervenieren – und damit in die Bad-Bank-Rolle der EZB gedrängt wird – und andererseits sogar präventiv Stützungskredite weiterreichen kann.

Beiden Modellen liegt überdies die Tendenz zu Grunde, den seitens der EFSF weitgereichten Garantien Nachrangigkeit bei der Bedienung bei etwaigen Zahlungsausfällen einzuräumen – first loss. Auch diese Maßnahme mag zwar die Attraktivität für private Investoren erhöhen, führt aber im Falle eines – auch partiellen – Zahlungsausfalls unweigerlich zu einer deutlich höheren Ausfallquote für die bürgenden Länder, im Falle Deutschlands also bis zu 211 Milliarden Euro. Alle Diskussion um eine Effizienz von Hebelungsmodellen darf – trotz gleichbleibender Gesamthöhe der Bürgschaftsübernahmen – über diese Tatsache nicht einfach hinwegsehen.

Mit der Schuldenbremse haben wir die legalen Verschuldungsmöglichkeiten in Deutschland begrenzt – auf europäischer Ebene machen wir mit dieser Rettungsschirmpolitik genau das Gegenteil: Wir erhöhen die legalen Verschuldungsmöglichkeiten. Die Insolvenz von Griechenland wird unausweichlich kommen. Sie wird

(A) derzeit nicht abgewendet, sondern verschleppt. Die Troika hat kürzlich einen mehr als ernüchternden Bericht über die Schuldentragfähigkeit des Landes geliefert. Die anstehende Tranche wurde dennoch ausgezahlt. Es sollte jedem ein Warnsignal sein, dass der IWF künftig nicht mehr an vermeintlichen Rettungsaktionen beteiligt werden muss, sondern nur noch kann. Der IWF bereitet sich auf das Verlassen des sinkenden Schiffes vor. Und die Euro-Gruppe steuert weiter volle Kraft in Richtung Eisberg. Deshalb kann ich diesem Entschließungsantrag nicht zustimmen.

(C)

(B)

(D)

